Europäisches Migrationsnetzwerk

Nationaler Kontaktpunkt Österreich im Europäischen Migrationsnetzwerk

JAHRESBERICHT 2019 ÜBER MIGRATION UND ASYL IN ÖSTERREICH

Beitrag zu den Jahresberichten der Kommission und EASO

Gefördert durch den AMIF der Europäischen Union

REPUBLIK ÖSTERREICH
BUNDESMINISTERIUM FÜR INNERES

IOM • OIM

Das Europäische Migrationsnetzwerk (EMN) wird von der Europäischen Kommission koordiniert und besteht aus Nationalen Kontaktpunkten (NKP) in jedem Mitgliedsstaat sowie Norwegen.
Der Nationale Kontaktpunkt Österreich im EMN wird von der Europäischen Kommission und dem Österreichischen Bundesministerium für Inneres finanziert.

Die Meinungen, die in dieser Studie geäußert werden, sind die der AutorInnen und reflektieren nicht unbedingt die Position des österreichischen Bundesministeriums für Inneres, der Europäischen Kommission und/oder der Internationalen Organisation für Migration (IOM). Die verwendeten Bezeichnungen und die Darstellung von Material in der gesamten Studie bedeuten keinerlei Stellungnahme seitens der IOM bezüglich des rechtlichen Status eines Landes, eines Territoriums, einer Stadt oder Region, dessen Behörden oder hinsichtlich ihrer Grenzen.

IOM ist dem Prinzip verpflichtet, dass menschenwürdige und geregelte Migration den MigrantInnen und der Gesellschaft zugutekommt. Als zwischenstaatliche Organisation zielt IOM gemeinsam mit ihren PartnerInnen in der internationalen Gemeinschaft darauf ab, Unterstützung bei der Bewältigung von operationellen Migrationsherausforderungen anzubieten, das Verständnis über Migration zu erhöhen, soziale und ökonomische Entwicklung durch Migration zu fördern sowie die Menschenwürde und das Wohlergehen von MigrantInnen aufrechtzuerhalten.

Herausgeber: Nationaler Kontaktpunkt Österreich im Europäischen Migrationsnetzwerk

Internationale Organisation für Migration,
Landesbüro für Österreich
Nibelungengasse 13/4 1010 Wien
Tel.: +43 1 585 33 22 0
E-Mail: iomvienna@iom.int, emnaustria@iom.int
Internet: www.iomvienna.at, www.emn.at

© Februar 2020, Internationale Organisation für Migration (IOM)

Alle Rechte vorbehalten. Kein Teil dieser Publikation darf ohne schriftliche Erlaubnis des Herausgebers in irgendeiner Form (Druck, Fotokopie, elektronische Datenträger, oder in einem anderen Verfahren) reproduziert oder unter Verwendung elektronischer Systeme verarbeitet werden.

Anmerkung

Der vorliegende Bericht wurde im Rahmen der jährlichen Berichterstattung der Nationalen Kontaktpunkte (NKP) im Europäischen Migrationsnetzwerk (EMN) erstellt. Er hebt die wichtigsten rechtlichen, politischen und praxisbezogenen Entwicklungen in den Bereichen Migration und Asyl in Österreich im Jahr 2019 hervor. Der Bericht liefert in weiterer Folge Inhalte für den EMN-Jahresbericht über Migration und Asyl 2019 sowie für den Jahresbericht des Europäischen Unterstützungsbüros für Asylfragen (EASO) zur Asylsituation in der Europäischen Union (EU).

Das Format der Studie basiert auf einer gemeinsamen Studienvorlage, welche vom EMN erstellt wurde, um vergleichbare Informationen zu einer Anzahl von spezifischen Themen zu sammeln.

Dieser Bericht stützt sich auf offizielle Quellen wie etwa Pressemitteilungen und mündliche/schriftliche Beiträge relevanter Ministerien und Behörden und wurde vom NKP Österreich im EMN in Kooperation mit dem Bundesamt für Fremdenwesen und Asyl, dem Bundeskanzleramt, dem Bundeskriminalamt, dem Bundesministerium für Arbeit, Soziales, Gesundheit und Konsumentenschutz, dem Bundesministerium für Europa, Integration und Äußeres und dem Bundesministerium für Inneres erstellt.

Summary of Changes to the National Migration/Asylum System in 2019

This section aims to reflect any overarching changes to the national migration / asylum systems as well as the main/key developments per "policy area". Please note that while all the information provided in your National Report will contribute to the development of the EMN Country Factsheets, the information you enter in this section will be used as a starting point for developing your Factsheet. **Therefore, information in this section must be concise and should only focus on legal and policy developments that had a significant impact in the (Member) State during the reporting year (2019)**.

The 2019 ARM Synthesis Report this year aims to determine the most significant trends across Member States. In your summary, please highlight in bold those developments considered **the most significant** and with the greatest impacts.

0. Overarching changes to the national migration and asylum system in 2019

Mit Jänner 2019 wurde eine umfangreiche Neustrukturierung des Fachbereichs Asyl- und Fremdenwesen im Bundesministerium für Inneres (BMI) umgesetzt. Unter anderem wurde die neue Sektion V geschaffen, in der alle Bereiche des Fremdenwesens gebündelt sind.[1]

Im Mai 2019 wurde die Regierungskoalition zwischen der Österreichischen Volkspartei (ÖVP) und der Freiheitlichen Partei Österreich (FPÖ) beendet. Darauf folgte die Berufung einer neuen, parteilosen Bundeskanzlerin und die Ernennung einer neuen unabhängigen Bundesregierung bis zu Neuwahlen am 29. September 2019.[2] Zwischen 11. November 2019 und 2. Jänner 2020 fanden Koalitionsverhandlungen zwischen ÖVP und den Grünen statt;[3] am 7. Jänner 2020 wurde die neue Bundesregierung angelobt.[4]

1. Legal Migration

Mit 1. Jänner 2019 trat eine Änderung des Ausländerbeschäftigungsgesetzes (AuslBG)[5] in Kraft. Zum einen wurde das Punktesystem für die Erteilung einer Rot-Weiß-Rot – Karte verändert (§ 12b AuslBG), zum anderen die Mangelberufslisten regionalisiert (§ 13 Abs. AuslBG). Erstmals mit der Fachkräfteverordnung 2019 kommen somit, neben der bundesweiten Liste, auch Berufe in Betracht, bei denen es in einzelnen Bundesländern einen Mangel gibt.[6] Außerdem kann durch die Änderung nun die Zulassung von besonders hochqualifizierten Personen per Verordnung geregelt werden (§ 13 Abs. 4 AuslBG).[7]

---

1 Bundesministerium für Inneres, *BMI: Peter Webinger zum Leiter der neuen Sektion V „Fremdenwesen" bestellt*. Presseaussendung, 5. Jänner 2019. Verfügbar auf www.ots.at (Zugriff 15. November 2019).

2 Bundeskanzleramt, *Bundeskanzler Kurz: "Neuwahlen der einzige Weg für Österreich"*. Presseaussendung, 18. Mai 2019. Verfügbar auf www.bundeskanzleramt.gv.at (Zugriff 11. Dezember 2019); Bundeskanzleramt, *Ministerrat fixiert Nationalratswahltermin*. Presseaussendung, 3. Juli 2019. Verfügbar auf www.bundeskanzleramt.gv.at (Zugriff 11. Dezember 2019); Bundeskanzleramt, *Brigitte Bierlein mit Regierungsbildung beauftragt*. Presseaussendung, 31. Mai 2019. Verfügbar auf www.bundeskanzleramt.gv.at (Zugriff 04. Dezember 2019).

3 Die neue Volkspartei, *Aviso: Pressestatement zum Start der Koalitionsverhandlungen*. Presseaussendung, 11. November 2019. Verfügbar auf www.ots.at (Zugriff 4. Dezember 2019); Die Grünen, *Aviso: Morgen Di., 17.30h – Pressestatement Kurz/Kogler zum Start der Koalitionsverhandlungen*. Presseaussendung, 11. November 2019. Verfügbar auf www.ots.at (Zugriff 4. Dezember 2019); APA, *ÖVP und Grüne stehen vor Regierungseinigung*. Presseaussendung, 30. Dezember 2019. Verfügbar auf www.apa.at (Zugriff 30. Dezember 2019).

4 Präsidentschaftskanzlei, *AVISO: Ernennung und Angelobung der Bundesregierung – Akkreditierung*. Presseaussendung, 4. Jänner 2020. Verfügbar auf ww.ots.at (Zugriff 13. Jänner 2020); Pressedienst der Parlamentsdirektion, *Bundeskanzler Kurz und Vizekanzler Kogler präsentieren Schwerpunkte des Regierungsprogramms.* Presseaussendung, 10. Jänner 2020. Verfügbar auf www.ots.at (Zugriff 13. Jänner 2020).

5 BGBl. Nr. 218/1975, in der Fassung des Bundesgesetzes BGBl. I Nr. 94/2018.

6 BGBl. II Nr. 3/2019, in der Fassung des Bundesgesetzes BGBl. II Nr. 96/2019.

7 Dies war zum Beispiel im Jänner 2019 durch BGBl. II Nr. 2/2019 der Fall.

2. International Protection including Asylum

Am 19. Juni 2019 wurde das „Bundesgesetz über die Errichtung der Bundesagentur für Betreuungs- und Unterstützungsleistungen Gesellschaft mit beschränkter Haftung" (BBU-Errichtungsgesetz – BBU-G)[8] kundgemacht. Derzeit ist vorgesehen, dass die neue Bundesagentur grundsätzlich ab 1. Juli 2020 auf Bundesebene ausschließlich für die Unterbringung und Versorgung von AsylwerberInnen in Bundesbetreuung zuständig sein wird. Ab 1. Jänner 2021 zählen außerdem die Rechtsberatung, Rückkehrberatung und -hilfe sowie die Zurverfügungstellung von MenschenrechtsbeobachterInnen, DolmetscherInnen und ÜbersetzerInnen zu den Aufgaben der Bundesagentur (§ 2 BBU-G).[9] Der Bundesminister für Inneres ist jedoch ermächtigt, diese Zeitpunkte unter Berücksichtigung der jeweils zu schaffenden technischen, personellen und organisatorischen Voraussetzungen mittels Verordnung um längstens zwölf Monate zu verschieben (§ 2 Abs. 4 BBU-G).

Weiters wurde am 27. Dezember 2019 ein Gesetz zur Änderung des Fremdenpolizeigesetzes 2005 (FPG)[10] kundgemacht. Damit wurde eine zeitlich befristete Aussetzung der Außerlandeserbringung von ehemaligen AsylwerberInnen, gegen welche eine Rückkehrentscheidung erlassen wird und die sich rechtmäßig in einer Lehrausbildung befinden, beschlossen (§ 55a FPG).[11] Zweck der Gesetzesänderung ist es, (ehemaligen) AsylwerberInnen die Möglichkeit zu geben, ein in Österreich begonnenes Lehrverhältnis, welches grundsätzlich bei rechtskräftiger negativer Entscheidung über den Antrag auf internationalen Schutz ex lege endet, unter bestimmten Voraussetzungen abzuschließen.[12] Vorgesehen wurde daher eine Hemmung des Beginns der Frist für die freiwillige Ausreise für AsylwerberInnen, gegen welche eine Rückkehrentscheidung erlassen wird oder noch nicht rechtskräftig erlassen wurde, und die sich in einer Lehrausbildung befinden (§ 55a FPG), beziehungsweise ein Aufschub der Abschiebung von (bereits) rechtskräftig negativ entschiedenen ehemaligen Asylwerbern, die sich in einem Lehrverhältnis befunden haben, das vor Inkrafttreten der Gesetzesänderung ex lege beendet wurde (§ 125 Abs. 31 bis 34 FPG).

3. Unaccompanied Minors and Other Vulnerable Groups

Am 3. Dezember 2019 wurde eine Vereinbarung zwischen Bund und Ländern über die Kinder- und Jugendhilfe geschlossen.[13] In der Vereinbarung ist festgelegt, dass die im Bundes-Kinder- und Jugendhilfegesetz 2013[14] gelisteten Instrumente, Mindeststandards und Leistungen der Kinder- und Jugendhilfe zukünftig von den Ländern umgesetzt werden. Diese betreffen auch die Versorgung und Betreuung unbegleiteter minderjähriger Flüchtlinge.[15]

---

8 BGBI I Nr. 53/2019.
9 Ebd.
10 BGBl. I Nr. 100/2005, in der Fassung des Bundesgesetzes BGBl. I Nr. 110/2019.
11 BGBl. I Nr. 110/2019.
12 Schriftlicher Beitrag vom Bundesministerium für Inneres, Referat III/1/c (Fremdenlegistik), 21. Februar 2020.
13 BGBl. I Nr. 106/2019.
14 BGBl. I Nr. 69/2013, in der Fassung des Bundesgesetzes BGBl. I Nr. 105/2019.
15 Bassermann M.-A., A. Spiegelfeld, *Unbegleitete Minderjährige nach Feststellung des Aufenthaltstatus in Österreich* (EMN, 2018), S. 9. Verfügbar auf www.emn.at (Zugriff 6. Jänner 2020).

4. Integration

Integrationsschwerpunkte 2019 waren die Arbeitsmarktintegration von Asyl- und subsidiär Schutzberechtigten,[16] sowie die Förderung der Integration von Frauen mit Migrationshintergrund.[17]

Zur Förderung des Spracherwerbs werden laut Schulorganisationsgesetz[18] seit dem Schuljahr 2018/19 SchülerInnen, die dem Unterricht auf Grund unzureichender Sprachkenntnisse nicht folgen können, in eigenen Deutschförderklassen unterrichtet (§ 8h Schulorganisationsgesetz).[19]

Weiters wurde die Novelle des Integrationsgesetzes (IntG)[20] am 22. Mai 2019 kundgemacht, wodurch ab 1. Jänner 2020 Deutschkurse für Asylberechtigte und subsidiär Schutzberechtigte ab dem vollendeten 15. Lebensjahr bis zum Sprachniveau von mindestens B1 (zuvor A2) zur Verfügung gestellt werden müssen (§ 4 Abs. 1 IntG).[21]

5. Citizenship and Statelessness

Am 22. Oktober 2019 wurde ein Gesetz, mit dem das Staatsbürgerschaftsgesetz 1985 (StbG)[22] geändert wird, erlassen. Demnach können Nachkommen in direkter absteigender Linie von im Nationalsozialismus Verfolgten nunmehr unter erleichterten Voraussetzungen die österreichische Staatsbürgerschaft erwerben (§ 58c Abs. 1a StbG). Zudem wurde für ehemalige StaatsbürgerInnen, die vor dem NS-Regime flüchteten und für die bereits bisher ein erleichterter Wiedererwerb der Staatsbürgerschaft vorgesehen war, eine Fristenausdehnung normiert. Diese müssen nun bis zum 15. Mai 1955 – anstelle des 9. Mai 1945 – das Land verlassen haben. Darüber hinaus wurde der Kreis der Anspruchsberechtigten erweitert. Die Voraussetzungen für den erleichterten Wiedererwerb der Staatsbürgerschaft gelten nunmehr auch für Staatsangehörige eines der Nachfolgestaaten der ehemaligen österreichisch-ungarischen Monarchie oder Staatenlose, sofern diese den Hauptwohnsitz im Bundesgebiet hatten (§ 58c Abs. 1 StbG).

6. Borders, Schengen and Visas

Bei Grenzkontrollen wurden in Österreich 2019 technische Neuerungen im Bereich Fluggastdatenzentralstelle (PIU)[23] umgesetzt. Weiters wurde, auf Basis der bereits im Jahr

---

16 Bundesministerium für Arbeit, Soziales, Gesundheit und Konsumentenschutz, *Hartinger-Klein/Hacker: Müssen Asylberechtige in Beschäftigung bringen*. Presseaussendung, 23. März 2019. Verfügbar auf www.ots.at (Zugriff 15. November 2019); Arbeitsmarkt Service, *Rund 1.100 Asylberechtigte bei Job-Börse der Regierung.* Presseaussendung, 23. Jänner 2019. Verfügbar auf www.ams.at (Zugriff 12. Dezember 2019).

17 Bundesministerium für Europa, Integration und Äußeres, *Karin Kneissl: „Umsetzung des Integrationsgesetzes und die Förderung der Integration von Frauen mit Migrationshintergrund sind Prioritäten der Integrationsarbeit"*. Presseaussendung, 14. September 2018. Verfügbar auf www.bmeia.gv.at (Zugriff 12. Dezember 2019); Bundesministerium für Europa, Integration und Äußeres, Karin Kneissl: „Eigenverantwortung ist ein zentrales Element von Integrationsarbeit". Presseaussendung, 16. Mai 2019. Verfügbar auf www.ots.at (Zugriff 12. Dezember 2019).

18 BGBl. Nr. 242/1962, in der Fassung des Bundesgesetzes BGBl. I Nr. 86/2019.

19 BGBl. I Nr. 35/2018.

20 BGBl. I Nr. 68/2017, in der Fassung des Bundesgesetzes BGBl. I Nr. 41/2019.

21 BGBI. I Nr. 41/2019.

22 BGBl. Nr. 311/1985, in der Fassung des Bundesgesetzes BGBl. I Nr. 96/2019.

23 Bundeskriminalamt, *Kriminalitätsbekämpfung: Fluggastdatenzentralstelle: Das neue Büro im Bundeskriminalamt nimmt operative Arbeit auf.* Presseaussendung, 8. März 2019. Verfügbar auf www.bundeskriminalamt.at (Zugriff 28. November 2019).

2018 erfolgten Änderung des Grenzkontrollgesetzes (GrekoG),[24] ein neuer Ausbildungslehrgang zur GrenzpolizeiassistentIn gestartet.[25]

Vor allem mit den Forum Salzburg Partnern[26] gab es 2019 intensiven Austausch im Bereich des Grenzschutzes. Per Verordnung des Bundesministers für Inneres wurden vorübergehende Grenzkontrollen, im Rahmen der Vorgaben des Schengener Grenzkodex, an den Binnengrenzen zu Slowenien und Ungarn bis 14. Mai 2020 wiedereingeführt.[27]

7. Irregular Migration including Migrant Smuggling

Wie aus dem im August 2019 publizierten *Lagebericht Schlepperei 2018* des BMI hervorgeht, gab es eine rückläufige Tendenz in den Bereichen irreguläre Migration und irregulärer Aufenthalt in Österreich.[28] Gegen irreguläre Migration und Schlepperei wurde in Projekten entlang der Seidenstraße,[29] des westlichen Balkans,[30] und im Donauraum[31] durch internationale Vernetzung, Informationsaustausch und polizeilicher Zusammenarbeit vorgegangen.

8. Trafficking in Human Beings

Wesentliche Aktivitäten im Bereich der Bekämpfung des Menschenhandels waren 2019 fortgeführte *Asyl-Train* Schulungen zur Identifizierung von Betroffenen von Menschenhandel im Asylverfahren,[32] Ausbildungen für ArbeitsinspektorInnen,[33] und die jährliche Konferenz der österreichischen Task Force (TT-MH) zum Thema *Technologie und die Bekämpfung des Menschenhandels – Chance oder Herausforderung?*.[34]

---

24 BGBl. Nr. 435/1996, in der Fassung des Bundesgesetzes BGBl. I Nr. 93/2018.

25 Schriftlicher Beitrag vom Bundesministerium für Inneres, Abteilung V/6 (Integriertes Grenzmanagement), 22. Jänner 2020; siehe auch Bundesministerium für Inneres, *Grenzkontrollen: 25 Grenzpolizei-Assistentinnen und Assistenten angelobt.* Presseaussendung, 28. März 2019. Verfügbar auf www.bmi.gv.at (Zugriff 28. November 2019); Bundesministerium für Inneres, *Landespolizeidirektion Niederösterreich: 24 neue Grenzpolizeiassistentinnen und -assistenten für den Flughafen Wien-Schwechat.* Presseaussendung, 13. August 2019. Verfügbar auf www.bmi.gv.at (Zugriff 28. November 2019).

26 Dies sind: Albanien, Bosnien und Herzegowina, Dänemark, Deutschland, Finnland, Griechenland, Italien, Kosovo, Montenegro, Nordmazedonien, Serbien, und der Schweiz. Der Verweis auf Kosovo ist im Sinne der Resolution 1244 (1999) des Sicherheitsrats der Vereinten Nationen zu verstehen.

27 BGBl. II Nr. 316/2019.

28 Bundeskriminalamt, *Lagebericht Schlepperei 2018: Rücklauf bei illegaler Migration* (BMI, Wien 2019). Verfügbar auf www.bmi.gv.at; Bundeskriminalamt, *Schleppereibekämpfung bleibt kriminalpolizeiliche Herausforderung*. Presseaussendung, 23. August 2019. Verfügbar auf www.bundeskriminalamt.at (Zugriff 13. Dezember 2019).

29 Bundesministerium für Inneres, *Kickl: Schleppereibekämpfung und Rückführungen auf gemeinsamer Agenda mit Afghanistan*. Presseaussendung, 19. März 2019. Verfügbar auf www.bmi.gv.at (Zugriff 13. Dezember 2019).

30 Bundesministerium für Inneres, *Drittes Treffen der Task Force zur Bekämpfung der Schlepperkriminalität in Wien*. Presseaussendung, 22. Februar 2019. Verfügbar auf www.bmi.gv.at (Zugriff 13. Dezember 2019).

31 Bundeskriminalamt, *Erfolge gegen Schlepperei*. Presseaussendung, 18. Juli 2019. Verfügbar auf https://bundeskriminalamt.at (Zugriff 13. Dezember 2019).

32 Schriftlicher Beitrag von IOM Landesbüro für Österreich, Arbeitsbereich für die Bekämpfung von Menschenhandel, vom 6. Jänner 2020; IOM Landesbüro für Österreich, *ASYL-Train*, Verfügbar auf www.iomvienna.at (Zugriff 15. Dezember 2019).

33 Schriftlicher Beitrag vom Bundesministerium für Arbeit, Soziales, Gesundheit und Konsumentenschutz, 24. Jänner 2020.

34 Bundesministerium für Europa, Integration und Äußeres, *Konferenz "Technologie und die Bekämpfung des Menschenhandels-Chance oder Herausforderung?" - 16. Oktober 2019*. Verfügbar auf www.bmeia.gv.at (Zugriff 14. Februar 2019).

9. Return and Readmission

Mit 1. Jänner 2019 wurde, im Zuge der Schaffung der Sektion V im BMI, eine neue Abteilung für Rückkehr und Reintegration (Abteilung V/10) eingerichtet. Die Stärkung der bi- und multilateralen Beziehungen mit Drittstaaten, die Beteiligung an internationalen beziehungsweise europäischen Gremien sowie der enge Austausch mit anderen Mitgliedstaaten und EU-Institutionen wurde 2019 aktiv vorangetrieben.[35]

Wie bereits 2018, lag auch dieses Jahr ein Schwerpunkt des BMI auf Rückkehr.[36] Im Zeitraum 1. Jänner – 31. Dezember 2019 erfolgten 12.245 Ausreisen, davon 5.568 freiwillige Ausreisen (45%) und 6.677 zwangsweise Außerlandesbringungen (55%).[37] Die Abschiebungen betrafen zu einem hohen Ausmaß strafrechtlich verurteilte Personen (46,1%).[38] Bis Ende 2019 wurden 58 Charteroperationen (54 davon Außerlandesbringungen in Drittstaaten) in 17 Zielländer durchgeführt.[39]

10. Migration and Development

Im Bereich der Entwicklungshilfe gab es Unterstützung für die Betreuung von geflüchteten Personen in Drittstaaten, unter anderem für Äthiopien,[40] Bangladesch,[41] Burkina Faso,[42] Jordanien[43] und den Libanon.[44]

---

35 Schriftlicher Beitrag vom Bundesministerium für Inneres, Abteilung V/10 (Rückkehr/Reintegration), 31. Jänner 2020.

36 Bundesamt für Fremdenwesen und Asyl, *Rückstandsabbau erledigt, Verfahrensdauer unter drei Monaten, Abschiebungen gesteigert*. Presseaussendung, 24. Jänner 2019. Verfügbar auf www.bmi.gv.at (Zugriff 28. November 2019); Bundesministerium für Inneres, Interview mit Gerhard Reischer: Kontrolle, Aberkennung, Qualität, *Öffentliche Sicherheit 5-6/19*. Verfügbar auf www.bmi.gv.at (Zugriff 15. November 2019).

37 Schriftlicher Beitrag vom Bundesministerium für Inneres, Abteilung V/10 (Rückkehr/Reintegration), 31. Jänner 2020.

38 Ebd.

39 Ebd.

40 Bundesministerium für Europa, Integration und Äußeres, *Schallenberg: „Österreich setzt sein humanitäres Engagement in Afrika konsequent fort."* Presseaussendung, 27. November 2019. Verfügbar auf www.bmeia.gv.at (Zugriff 17. Dezember 2019).

41 Bundesministerium für Europa, Integration und Äußeres, *Karin Kneissl zu Gast in Bangladesch.* Presseaussendung, 20. Februar 2019. Verfügbar auf www.bmeia.gv.at (Zugriff 13. Dezember 2019).

42 Bundesministerium für Europa, Integration und Äußeres, *Schallenberg: „Österreich setzt sein humanitäres Engagement in Afrika konsequent fort."* Presseaussendung, 27. November 2019. Verfügbar auf www.bmeia.gv.at (Zugriff 17. Dezember 2019).

43 Bundesministerium für Europa, Integration und Äußeres, *Österreich unterstützt Syrien und seine Nachbarländer mit 11 Mio. Euro humanitärer Hilfe*. Presseaussendung, 14. März 2019. Verfügbar auf www.bmeia.gv.at (Zugriff 13. Dezember 2019).

44 Ebd.

0 OVERARCHING CHANGES TO THE NATIONAL MIGRATION AND ASYLUM SYSTEM IN 2019

Please describe any overarching changes in the national migration and asylum system that have taken place in 2019. These are likely to result from a change of government or an overarching policy change that affects the overall approach to policymaking which in turn accounts for changes reported in the specific policy areas.

Were there any overall changes in the national migration and asylum system in 2019? Y/N

If **yes**, please elaborate below, stating the **drivers for the change / intended impact** if applicable.

Am 18. Mai 2019 wurde die Regierungskoalition zwischen der Österreichischen Volkspartei (ÖVP) und der Freiheitlichen Partei Österreich (FPÖ) beendet.[45] Es kam in Folge zu vorgezogenen Neuwahlen.[46] Am 30. Mai 2019 wurde die parteilose Präsidentin des Verfassungsgerichtshofes Brigitte Bierlein zur Bundeskanzlerin berufen.[47] Die neue unabhängige Bundesregierung, vorrangig bestehend aus BeamtInnen der jeweiligen Ministerien, wurde am 3. Juni 2019 vereidigt.[48] Bei der Nationalratswahl am 29. September 2019 kam es zu folgendem Wahlergebnis: ÖVP 37,5 Prozent, Sozialdemokratische Partei Österreich (SPÖ) 21,2 Prozent, FPÖ 16,2 Prozent, Die Grünen 13,9 Prozent, NEOS - Das neue Österreich 8,1 Prozent.[49] Zwischen 11. November 2019 und 2. Jänner 2020 fanden Koalitionsverhandlungen zwischen ÖVP und den Grünen statt.[50] Am 7. Jänner 2020 wurde die neue Bundesregierung, zusammengesetzt aus ÖVP und Grünen, vom Bundespräsidenten angelobt.[51] Im Regierungsprogramm sind die Vorhaben in den Bereichen Migration und Asyl unter *Europa, Integration, Migration & Sicherheit* genannt.[52]

Mit Jänner 2019 wurde eine umfangreiche Neustrukturierung des Fachbereichs Asyl- und Fremdenwesen im Bundesministerium für Inneres (BMI) umgesetzt. Die neugeschaffene Sektion V besteht aus den Gruppen (a) „Aufenthalts- und Staatsbürgerschaftswesen“, (b) „Grenze und Fremdenpolizei“ und (c) „Asyl und Rückkehr“.[53] Der Sektion V unterstehen von nun an auch die Grundversorgungseinrichtungen und das Bundesamt für Fremdenwesen und Asyl (BFA).[54] Ziel der Umstrukturierung war es, aufgrund der Erfahrungen der Jahre 2015/2016, die für Asyl- und

---

45 Bundeskanzleramt, *Bundeskanzler Kurz: „Neuwahlen der einzige Weg für Österreich"*. Presseaussendung, 18. Mai 2019. Verfügbar auf www.bundeskanzleramt.gv.at (Zugriff 11. Dezember 2019).

46 Bundeskanzleramt, *Ministerrat fixiert Nationalratswahltermin*. Presseaussendung, 3. Juli 2019. Verfügbar auf www.bundeskanzleramt.gv.at (Zugriff 11. Dezember 2019).

47 Bundeskanzleramt, *Brigitte Bierlein mit Regierungsbildung beauftragt*. Presseaussendung, 31. Mai 2019. Verfügbar auf www.bundeskanzleramt.gv.at (Zugriff 4. Dezember 2019).

48 Bundeskanzleramt, *Bundeskanzlerin Brigitte Bierlein angelobt.* Presseaussendung, 3. Juni 2019. Verfügbar auf www.bundeskanzleramt.gv.at (Zugriff 30. Dezember 2019).

49 Bundesministerium für Inneres, *Nationalratswahl 2019 – Österreich, Endgültiges Endergebnis*. Verfügbar auf https://wahl19.bmi.gv.at/ (Zugriff 11. Dezember 2019).

50 Die neue Volkspartei, *Aviso: Pressestatement zum Start der Koalitionsverhandlungen*. Presseaussendung, 11. November 2019. Verfügbar auf www.ots.at (Zugriff 4. Dezember 2019); Die Grünen, *Aviso: Morgen Di., 17.30h – Pressestatement Kurz/Kogler zum Start der Koalitionsverhandlungen*. Presseaussendung, 11. November 2019. Verfügbar auf www.ots.at (Zugriff 4. Dezember 2019); APA, *ÖVP und Grüne stehen vor Regierungseinigung*. Presseaussendung, 30. Dezember 2019. Verfügbar auf www.apa.at (Zugriff 30. Dezember 2019).

51 Präsidentschaftskanzlei, *AVISO: Ernennung und Angelobung der Bundesregierung – Akkreditierung*. Presseaussendung, 4. Jänner 2020. Verfügbar auf ww.ots.at (Zugriff 13. Jänner 2020); Pressedienst der Parlamentsdirektion, *Bundeskanzler Kurz und Vizekanzler Kogler präsentieren Schwerpunkte des Regierungsprogramms.* Presseaussendung, 10. Jänner 2020. Verfügbar auf www.ots.at (Zugriff 13. Jänner 2020).

52 Bundesregierung, *Aus Verantwortung für Österreich: Regierungsprogramm 2020–2024*, S. 174-224. Verfügbar auf www.dieneuevolkspartei.at (Zugriff 29. Jänner 2020).

53 Bundesministerium für Inneres, *BMI: Peter Webinger zum Leiter der neuen Sektion V „Fremdenwesen“ bestellt*. Presseaussendung, 5. Jänner 2019. Verfügbar auf www.ots.at (Zugriff 15. November 2019).

54 Ebd.

Fremdenrecht relevanten Bereiche zusammenzuführen, und damit die Entwicklung einer gesamtstaatlichen Migrationsstrategie zu unterstützen.[55]

Die Landespolizeidirektion wurden ebenfalls umstrukturiert, indem im März 2019 die Aufgaben der Einsatz-, Grenz- und Fremdenpolizeilichen Abteilungen getrennt und jeweils eine eigene Abteilung für Grenz- und Fremdenpolizei geschaffen wurde.[56] Gründe dafür waren vermehrte migrationsbezogene Herausforderungen und Aufgaben.[57]

Were there any developments in your Member State in 2019 regarding preparations for the impact of the UK's departure from the EU for example, the development of a specific strategy, in relation to your Member State's immigration system? Y/N

If **yes**, please elaborate below.

Am 25. März 2019 wurde das Brexit-Begleitgesetz 2019 (BreBeG 2019)[58] kundgemacht. Dieses Gesetz enthält die gesetzlichen Regelungen im Fall eines Austritts des Vereinigten Königreichs Großbritannien und Nordirland aus der Europäischen Union (EU) ohne Austrittsabkommen. Diese Bestimmungen regeln, unter anderem, die Antragstellung für Aufenthaltstitel für Staatsangehörige des Vereinigten Königreichs Großbritannien und Nordirland sowie für ihre Familienangehörigen im Falle eines Austritts ohne Austrittsabkommen. Demnach müssen betroffene Personen, sofern sie vor dem Austritt über ein unionsrechtliches Aufenthaltsrecht verfügt haben und zum Zeitpunkt des Wirksamwerdens des Austritts rechtmäßig im Bundesgebiet beschäftigt waren, binnen sechs Monaten einen Antrag auf einen Aufenthaltstitel stellen (§ 32b Ausländerbeschäftigungsgesetz - AuslBG),[59] wenn sie beabsichtigen, sich weiterhin in Österreich aufzuhalten. Sind diese Bedingungen gegeben, haben betroffene Personen bis zur rechtskräftigen Entscheidung über diesen Antrag weiterhin einen unbeschränkten Zugang zum österreichischen Arbeitsmarkt. Für Studierende des Vereinigten Königreichs Großbritannien und Nordirland in Österreich, welche bereits vor dem Zeitpunkt des Wirksamwerdens des Austritts Studienbeihilfe bezogen haben, wird diese bis zum Abschluss des geförderten Studiums verlängert (§ 75 Abs. 40 Studienförderungsgesetz 1992).[60] Hintergrund dieser Maßnahmen war, dass angesichts der politischen Entwicklungen im Vereinigten Königreich Großbritannien und Nordirland zunächst mit einem Austritt ohne Austrittsabkommen gerechnet werden musste.[61]

Weiters erließ die Bundesministerin für Europa, Integration und Äußeres am 27. März 2019 die Verordnung über die Ausnahmen von Pflichten aus der Integrationsvereinbarung[62] für Staatsangehörige des Vereinigten Königreichs Großbritannien und Nordirland sowie deren Familienangehörige.[63] Diese Verordnung tritt ebenso nur im Fall eines Austritts des Vereinigten Königreichs Großbritannien und Nordirland aus der EU ohne Austrittsabkommen in Kraft.

---

55 Bundesministerium für Inneres, *Kickl präsentiert neue Sektion V und gibt Ausblick für 2019*. Presseaussendung, 7. Jänner 2019. Verfügbar auf www.bmi.gv.at (Zugriff 15. November 2019); Bundesministerium für Inneres, *BMI: Kickl: Asyl-Betreuungsagentur, Neukodifikation des Fremdenrechts und Migrationsstrategie sind wesentliche Projekte 2019*. Presseaussendung, 7. Jänner 2019. Verfügbar auf www.ots.at (Zugriff 15. November 2019).

56 Schriftlicher Beitrag vom Bundesministerium für Inneres, Abteilung V/7 (Fremdenpolizei), 21. Februar 2020.

57 Bundesministerium für Inneres, *Neue Struktur und Aufgaben für Einsatz-, Grenz- und Fremdenpolizeiliche Abteilungen (EGFA)*. Presseaussendung, 31. März 2019. Verfügbar auf www.bmi.gv.at (Zugriff 15. November 2019).

58 BGBl. I Nr. 25/2019.

59 BGBl. Nr. 218/1975, in der Fassung des Bundesgesetzes BGBl. I Nr. 94/2018.

60 BGBl. Nr. 305/1992, in der Fassung des Bundesgesetzes BGBl. I Nr. 25/2019.

61 Schriftlicher Beitrag vom Bundesministerium für Inneres, Abteilung V/2 (Aufenthalts- und Staatsbürgerschaftswesen), 22. Jänner 2020.

62 Laut §§ 9 und 10 Integrationsgesetz, BGBl. I Nr. 68/2017 zuletzt geändert durch BGBl. I Nr. 41/2019.

63 BGBl. II Nr. 80/2019.

1 LEGAL MIGRATION

1.1 Transposition of EU legislation on legal migration

Please provide a 'snapshot' on the status of transposition of each of the EU Directives relating to legal migration listed below as of (the end of) 2019. If developments have taken place in 2019 in terms of the implementation of these Directives, please elaborate these in the respective sections below.

EU Legislation	Equivalent National Legislation	Status*	Additional information
Directive on the conditions of entry and residence of third-country nationals for the purpose of research, studies, training …[64] *(23 May 2018)*	Fremdenrechtsänderungsgesetz 2018 (FrÄG 2018)[65]	In Kraft	
Directive on the conditions of entry and stay of third-country nationals for the purpose of employment as seasonal workers (30 September 2016)[66]	Fremdenrechtsänderungsgesetz 2017 (FrÄG 2017)[67]	In Kraft	
Directive on the conditions of entry and residence of third-country nationals in the framework of an intra-corporate transfer (29 November 2016)[68]	Fremdenrechtsänderungsgesetz 2017 (FrÄG 2017)[69]	In Kraft	

**Please state whether the equivalent national legislation is a) in force; b) passed but not in force c) in progress; d) not applicable.*

1.2 WORK-RELATED migration

Admission policies of specific categories of third-country nationals

Please describe any **new** concrete developments regarding admission of the following categories of third-country nationals. Please state the **driver for the change / intended impact** (e.g. incentive mechanisms, measures to prevent mis-use) if applicable.

1.2.1.1 Highly skilled/qualified workers

Were there any new developments in relation to highly skilled/qualified workers in 2019? Y/N.

If **yes**, please elaborate below. Please include one development per row and indicate the nature of each development in the tick boxes below. If needed, please add additional rows to the table below.

Development *(Please describe)*	**Nature***
Im Dezember 2018 wurde eine Änderung des Ausländerbeschäftigungsgesetzes (AuslBG)[70] beschlossen, welche mit 1. Jänner 2019 in Kraft trat. Damit wurde das Punktesystem für die Erteilung einer Rot-Weiß-Rot – Karte (RWR-Karte) für sonstige Schlüsselkräfte dahingehend geändert, dass ein Kriterium „Sprachkenntnisse Englisch" eingeführt, das Kriterium „Berufserfahrung"	☒ Legislation ☐ Policy ☐ Practice/Other

64 Richtlinie (EU) 2016/801 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 11. Mai 2016 über die Bedingungen für die Einreise und den Aufenthalt von Drittstaatsangehörigen zu Forschungs- oder Studienzwecken, zur Absolvierung eines Praktikums, zur Teilnahme an einem Freiwilligendienst, Schüleraustauschprogrammen oder Bildungsvorhaben und zur Ausübung einer Au-pair-Tätigkeit, ABl L 132, S. 21–57.

65 BGBl. I Nr. 56/2018.

66 Richtlinie (EU) 2014/36 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 26. Februar 2014 über die Bedingungen für die Einreise und den Aufenthalt von Drittstaatsangehörigen zwecks Beschäftigung als Saisonarbeitnehmer, ABl L 94, S. 375–390.

67 BGBl. I Nr. 145/2017.

68 Richtlinie (EU) 2014/66 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 15. Mai 2014 über die Bedingungen für die Einreise und den Aufenthalt von Drittstaatsangehörigen im Rahmen eines unternehmensinternen Transfers, ABl L 157, S. 1–22.

69 BGBl. I Nr. 145/2017.

70 BGBl. Nr. 218/1975, in der Fassung des Bundesgesetzes BGBl. I Nr. 94/2018.

aufgewertet sowie gleichzeitig das Kriterium „Alter“ geringer gewichtet werden (siehe Anlage C AuslBG).[71] Dieser Änderung liegt die Erkenntnis des Verfassungsgerichtshofs aus dem Jahr 2017 zugrunde, welche die vormals bestehende Regelung zum Alter der antragstellenden Person aufgrund von Diskriminierung für verfassungswidrig befand.[72]	
Seit der Änderung des AuslBG kann weiters per Verordnung festgelegt werden, dass Drittstaatsangehörige mit bestimmten tertiären Ausbildungen als „besonders Hochqualifizierte“ erleichtert nach Österreich zuwandern können (§ 13 Abs 4 AuslBG).[73] Diese Möglichkeit wurde im Jänner 2019 durch die Erlassung einer Verordnung der Bundesministerin für Arbeit, Soziales, Gesundheit und Konsumentenschutz wahrgenommen. Zu den begünstigten „besonders Hochqualifizierten“ zählen unter anderem DiplomingenieurInnen für Maschinenbau, Datenverarbeitung und Wirtschaftswesen sowie ÄrztInnen.[74]	☒ Legislation ☐ Policy ☐ Practice/Other
Seit 1. Jänner 2019 kann die Mangelberufsliste regionalisiert werden (§ 13 Abs. 1 AuslBG). Dies ermöglicht die Erteilung einer RWR-Karte für die Beschäftigung von Fachkräften in einem bestimmten Bundesland (§ 20d Abs. 5 AuslBG) und soll eine bedarfsgerechte Steuerung sicherstellen.[75] Für Fachkräfte aus Drittstaaten kommen somit nicht mehr nur Berufe in Betracht, für die bundesweit pro gemeldete offene Stelle höchstens 1,5 Arbeitsuchende vorgemerkt sind, sondern auch Berufe, in denen in bestimmten Bundesländern ein Mangel besteht (§ 13 Abs. 1 AuslBG). Geregelt in der Fachkräfteverordnung 2019,[76] konnten Fachkräfte aus Drittstaaten 2019 in 45 Berufen bundesweit und auf Landesebene in bis zu 18 zusätzlichen Berufen eine RWR-Karte beantragen. Gelistet waren deutlich mehr Mangelberufe als noch im Vorjahr (2018: 27 Mangelberufe).[77] Am 12. April 2019 wurde verordnet, dass auf Landesebene eine Höchstzahl von 300 Bewilligungen erteilt werden darf.[78]	☒ Legislation ☐ Policy ☐ Practice/Other
Am 27. Februar 2019 beschloss der Ministerrat eine Entbürokratisierung und Weiterentwicklung der RWR-Karte.[79] Im März 2019 folgte der Entwurf der österreichischen Bundesregierung für eine Novellierung der Bestimmungen zur RWR-Karte.[80] Ein entsprechendes Gesetz wurde jedoch noch nicht erlassen.[81]	☐ Legislation ☒ Policy ☐ Practice/Other

71 BGBl. I Nr. 94/2018.
72 VfGH, 13. Dezember 2017, G281/2017.
73 BGBl. I Nr. 94/2018.
74 BGBl. II Nr. 2/2019.
75 Republik Österreich Parlament, *Nationalrat beschließt Reform der Rot-Weiß-Rot-Karte samt Regionalisierung der Mangelberufsliste*. Parlamentskorrespondenz Nr. 1509 vom 13. Dezember 2018, verfügbar auf www.parlament.gv.at (Zugriff 28. Dezember 2018).
76 BGBl. II Nr. 3/2019 in der Fassung des Bundesgesetzes BGBl. II Nr. 96/2019.
77 BGBl. II Nr. 377/2017.
78 BGBl. II Nr. 96/2019.
79 Bundesministerium für Arbeit, Soziales, Gesundheit und Konsumentenschutz, Bundesministerium für Digitalisierung und Wirtschaftsstandort und Bundesministerium für Inneres, *Vortrag an den Ministerrat: Dem Fachkräftemangel bedarfsorientiert begegnen – Entbürokratisierung und Weiterentwicklung Rot-Weiß-Rot Karte*. 26. Februar 2019. Verfügbar auf www.bundeskanzleramt.gv.at (Zugriff 11. Dezember 2019); Bundeskanzleramt, *Bundeskanzler Kurz: Neue Rot-Weiß-Rot-Karte erleichtert Zuzug von hochqualifizierten Fachkräften*. Presseaussendung, 27. Februar 2019. Verfügbar auf www.bundeskanzleramt.gv.at (Zugriff 11. Dezember 2019).
80 Siehe Bundesgesetz mit dem das Ausländerbeschäftigungsgesetz und das Niederlassungs- und Aufenthaltsgesetz geändert werden, Ministerialentwurf – Erläuterungen (124/ME XXVI. GP). Verfügbar auf www.parlament.gv.at (Zugriff 4. Dezember 2019); Parlament – Österreichische Republik, *Ausländerbeschäftigungsgesetz, Niederlassungs- und Aufenthaltsgesetz u.a., Änderung (124/ME)*. Verfügbar auf www.parlament.gv.at (Zugriff 4. Dezember 2019).
81 Aufgrund der Auflösung der österreichischen Bundesregierung im Mai 2019 ist die politische Zukunft dieser Novelle allerdings offen.

Am 30. August 2019 wurde die Ausländerbeschäftigungsverordnung (AuslBVO)[82] geändert. Die Änderungen, welche mit 1. September 2019 in Kraft traten,[83] erweiterten die bereits bestehenden Ausnahmen des Gesetzes zur Beschäftigung von Fremden, beispielsweise an internationalen Instituten und Organisationen sowie internationalen Schulen in Österreich.[84] Nunmehr sind Bedienstete an zusätzlichen derartigen Einrichtungen vom Geltungsbereich des Ausländerbeschäftigungsgesetzes ausgenommen (§ 1 Abs. 2 und Abs. 12 AuslBVO).	☒ Legislation ☐ Policy ☐ Practice/Other
Mit 19. Dezember 2019 wurde die Fachkräfteverordnung 2020[85] beschlossen. Fachkräfte aus Drittstaaten können 2020 in 56 Berufen bundesweit und in den einzelnen Bundesländern in zwischen 1 (Kärnten) und 26 Berufen (Oberösterreich) eine RWR-Karte beantragen. Erstmals stehen auch PflegeassistentInnen und PflegefachassistentInnen auf dieser Liste,[86] um dem Personalmangel im Pflege- und Gesundheitsbereich entgegenzuwirken.[87] Wie bereits 2019 gibt es außerdem eine Auflistung an Mangelberufen in den einzelnen Bundesländern sowie ein Kontingent von maximal 300 Bewilligungen für Fachkräfte dieser Bereiche (§ 1 Abs. 2 Fachkräfteverordnung 2020).	☒ Legislation ☐ Policy ☐ Practice/Other

**Please tick the appropriate box*

1.2.1.2 Intra-corporate transferees

Were there any <u>new</u> developments in relation to intra-corporate transferees in 2019? Y/N.

If **yes**, please elaborate below. Please indicate the nature of each development in the tick boxes below.

Development *(Please describe)*	**Nature***
Keine wesentlichen Neuerungen im Jahr 2019.	☐ Legislation ☐ Policy ☐ Practice/Other

**Please tick the appropriate box*

1.2.1.3 Seasonal workers

Were there any <u>new</u> developments in relation to seasonal workers in 2019? Y/N.

If **yes**, please elaborate below. Please indicate the nature of each development in the tick boxes below.

Development *(Please describe)*	**Nature***

82 BGBl. Nr. 609/1990 in der Fassung des Bundesgesetzes BGBl. II Nr. 263/2019.
83 BGBl. II Nr. 263/2019.
84 BGBl. Nr. 609/1990, in der Fassung des Bundesgesetzes BGBl. II Nr. 263/2019.
85 BGBl. II Nr. 421/2019.
86 BGBl. II Nr. 207/2012, BGBl. II Nr. 328/2013, BGBl. II Nr. 278/2014, BGBl. II Nr. 329/2015, BGBl. II Nr. 423/2016, BGBl. II Nr. 377/2017 und BGBl. II Nr. 3/2019.
87 Arbeiterkammer Oberösterreich, *Noch immer viele Baustellen bei Pflege- und Gesundheitsberufen - Kalliauer: „Jobs attraktivieren statt über Personalmangel jammern!“* Presseaussendung, 23. September 2019. Verfügbar auf www.ots.at (Zugriff 30. Dezember 2019); Wirtschaftskammer Österreich, *IHS-Kocher vor WKÖ-Wirtschaftsparlament: Reformnotwendigkeiten am Standort aktiv begegnen!* Presseaussendung. 27. Juni 2019. Verfügbar auf www.ots.at (Zugriff 30. Dezember 2019).

Am 1. Februar 2019 trat die Niederlassungsverordnung 2019 (NLV 2019)[88] in Kraft. Diese legt unter anderem die Höchstzahlen der Beschäftigungsbewilligungen für befristet beschäftigte Fremde und ErntehelferInnen fest. Für das Jahr 2019 durften höchstens 4.000 Beschäftigungsbewilligungen an befristet beschäftigte Fremde beziehungsweise 600 Beschäftigungsbewilligungen an ErntehelferInnen vergeben werden (§ 2 NLV 2019).	☒ Legislation ☐ Policy ☐ Practice/Other
Am 19. April 2019 wurde eine Verordnung der Bundesministerin für Arbeit, Soziales, Gesundheit und Konsumentenschutz (BMASGK) über die befristete Beschäftigung von AusländerInnen im Tourismus und in der Land- und Forstwirtschaft im Jahr 2019[89] erlassen. Darin ist ein Kontingent in der Höhe von 1.263 für befristete Beschäftigungen im Wirtschaftszweig Tourismus, 2.727 in der Land- und Forstwirtschaft, sowie zusätzlich 288 für die kurzfristige Beschäftigung als ErntehelferIn, festgelegt.[90] Befristete Beschäftigungs-bewilligungen dürfen mit einer maximalen Dauer von fünf Monaten (unter bestimmten Umständen: neun Monaten) ausgestellt werden, kurzfristige Beschäftigungen bis zu sechs Wochen (§ 4 Abs. 1 und 2 leg cit). Zu bevorzugen sind AusländerInnen, welche Übergangsbestimmungen der EU-ArbeitnehmerInnenfreizügigkeit unterliegen, sowie Saisonarbeitskräfte, die in den letzten Jahren bereits in Österreich beschäftigt waren (§ 5 leg cit). Da der Bedarf an zusätzlichen Saisonarbeitskräften innerhalb der Saisonen starken Schwankungen unterliegt, dürfen die Kontingente zu Saisonspitzen um bis zu 20 Prozent überschritten werden, sofern die kontengierten Bewilligungen im Jahresdurchschnitt eingehalten werden (§ 4 Abs. 3 leg cit).[91]	☒ Legislation ☐ Policy ☐ Practice/Other
Die Verordnung für die befristete Beschäftigung von Ausländerinnen und Ausländern im Tourismus und in der Land- und Forstwirtschaft im Jahr 2020wurde von der Bundesministerin für Arbeit, Soziales, Gesundheit und Konsumentenschutz am 17. Dezember 2019 erlassen.[92]	☒ Legislation ☐ Policy ☐ Practice/Other

**Please tick the appropriate box*

1.2.1.4 Low and medium skilled workers (other than seasonal workers)

Were there any <u>new</u> developments in relation to low and medium skilled workers, other than seasonal workers, in 2019? Y/N.

If **yes**, please elaborate below. Please indicate the nature of each development in the tick boxes below.

Development *(Please describe)*	**Nature***
Keine wesentlichen Neuerungen im Jahr 2019.	☐ Legislation ☐ Policy ☐ Practice/Other

**Please tick the appropriate box*

88 BGBl. II Nr. 29/2019.
89 BGBl. II Nr. 100/2019.
90 BGBl. II Nr. 100/2019.
91 BGBl. II Nr. 100/2019; Bundesministerium für Arbeit, Soziales, Gesundheit und Konsumentenschutz, *Ausländische Saisoniers für den Tourismus und die Land- und Forstwirtschaft*. Presseaussendung, 12. April 2019. Verfügbar auf www.ots.at (Zugriff 31. Dezember 2019).
92 BGBl. II Nr. 407/2019.

1.2.1.5 Entrepreneurs, start-ups, and investors

Were there any new developments in relation to entrepreneurs, business start-ups and investors in 2019? Y/N.

If **yes**, please elaborate below. Please indicate the nature of each development in the tick boxes below.

Development *(Please describe)*	**Nature***
Keine wesentlichen Neuerungen im Jahr 2019.	☐ Legislation ☐ Policy ☐ Practice/Other

**Please tick the appropriate box*

1.2.1.6 Trainees, au-pairs and volunteers

Were there any new developments in relation to trainees, au-pairs and volunteers in 2019? Y/N.

If **yes**, please elaborate below. Please indicate the nature of each development in the tick boxes below.

Development *(Please describe)*	**Nature***
Keine wesentlichen Neuerungen im Jahr 2019.	☐ Legislation ☐ Policy ☐ Practice/Other

**Please tick the appropriate box*

1.2.1.7 Other remunerated workers

Were there any new developments in relation to other remunerated workers in 2019? Y/N.

If **yes**, please elaborate below. Please indicate the nature of each development in the tick boxes below.

Development *(Please describe)*	**Nature***
Keine wesentlichen Neuerungen im Jahr 2019.	☐ Legislation ☐ Policy ☐ Practice/Other

**Please tick the appropriate box*

Satisfying labour market needs - admission policies

Were there any new developments to satisfy labour market and skill needs/shortages in relation to the employment of third-country nationals (which were not already covered in question 1.2.1 above) in 2019? Y/N.

If **yes**, please elaborate below. Please indicate the nature of each development in the tick boxes below.

Development *(Please describe)*	**Nature***
Keine wesentlichen Neuerungen im Jahr 2019.	☐ Legislation ☐ Policy ☐ Practice/Other

**Please tick the appropriate box*

‘Social dumping’[93] and labour exploitation

Were there any <u>new</u> developments aimed at tackling labour exploitation and/or social dumping of third-country national workers legally residing in your (Member) State in 2019? Y/N.

If **yes**, please elaborate below, stating the **drivers for the change / intended impact** if applicable.

Development *(Please describe)*	**Nature***
Die im Rahmen der österreichischen Task Force zur Bekämpfung des Menschenhandels beim BMASGK eingerichtete Arbeitsgruppe Arbeitsausbeutung hat 2019 ihre Tätigkeit fortgesetzt und fünf Sitzungen abgehalten.[94] Hervorzuheben sind folgende Punkte: (a) Ein aktueller Schwerpunkt der Arbeitsgruppe liegt in der Frage, welche Rolle Vermittlungsagenturen für eine faire Personenbetreuung einnehmen.[95] Dieser Schwerpunkt wurde gesetzt, da ein großer Teil der in Österreich tätigen 24-Stunden-BetreuerInnen Selbständige und nicht-österreichische StaatsbürgerInnen sind und von Vermittlungsagenturen vermittelt werden. Das seit 2019 bestehende Österreichische Qualifizierungs-Zertifikat für Vermittlungsagenturen in der 24-Stunden-Betreuung, womit mehr Transparenz und Sicherheit für die KundInnen aber auch die BetreuerInnen geschaffen werden soll, wurde in der Arbeitsgruppe vorgestellt.[96] (b) Weiters wurde, unter anderem, das Projekt *ASAROBA* präsentiert, welches beim Österreichischen Gewerkschaftsbund (ÖGB) angesiedelt ist, vom BMASGK finanziert wird und muttersprachliche Beratung in Arabisch, Rumänisch und Bulgarisch für Fragen im Bereich Arbeit- und Sozialrecht anbietet.[97] (c) Auch *vidaflex*, ein Angebot der Gewerkschaft zur Unterstützung von Ein-Personen-Unternehmen beziehungsweise Selbständigen, wurde in der Arbeitsgruppe Arbeitsausbeutung vorgestellt.[98]	☐ Legislation ☐ Policy ☒ Practice/Other

**Please tick the appropriate box*

Circular migration

Were there any <u>new</u> developments regarding circular migration in 2019? Y/N. If **yes**, please elaborate below, stating the **drivers for the change / intended impact** if applicable.

93 While there is no definition of the concept of "social dumping" in EU law, the term is generally used to point to unfair competition due to the application of different wages and social protection rules to different categories of worker (Parliamentary questions, 27 May 2015, E-008441-15). The European Commission described the practice as a situation ‘where foreign service providers can undercut local service providers because their labour standards are lower’, more info at Eurofound.

94 Schriftlicher Beitrag vom Bundesministerium für Arbeit, Soziales, Gesundheit und Konsumentenschutz, 24. Jänner 2020.

95 Ebd.

96 Ebd.

97 Ebd.

98 Ebd.; Vidaflex, *Wir leben Gewerkschaft für EPUs*. Verfügbar auf www.vidaflex.at (Zugriff 28. Jänner 2020).

Development *(Please describe)*	**Nature***
Keine wesentlichen Neuerungen im Jahr 2019.	☐ Legislation ☐ Policy ☐ Practice/Other

**Please tick the appropriate box*

Were there any new developments regarding bilateral labour agreements between your (Member) State and third countries in 2019? Y/N.

If **yes**, please elaborate below, stating the **drivers for the change / intended impact** if applicable.

Development *(Please describe)*	**Nature***
Keine wesentlichen Neuerungen im Jahr 2019.	☐ Legislation ☐ Policy ☐ Practice/Other

**Please tick the appropriate box*

Other developments in WORK-RELATED migration

Were there any other new developments in the area of work-related migration in 2019? Y/N.

If **yes**, please elaborate below, stating the **drivers for the change / intended impact** if applicable.

Development *(Please describe)*	**Nature***
Das Budget der Austrian Business Agency (ABA) wurde 2019 von EUR 4,3 Millionen auf rund EUR 7 Millionen erhöht und es wurden neue Schwerpunkte im Bereich Fachkräftemangel gesetzt.[99] Die ABA, eine Gesellschaft im Eigentum der Republik Österreich, ist auf Bundesebene Hauptakteur bei der Anwerbung internationaler Unternehmen.[100] Die Weiterentwicklung der ABA im Jahr 2019 setzt neben der Betriebsansiedelung (Programm *Invest in Austria*) auch einen Schwerpunkt auf Fachkräfteakquise aus dem Ausland (Programm *Work in Austria*).[101] Der Fokus des Programms *Work in Austria* in der ersten Phase liegt auf IT-Berufe sowie Metall- und Elektrotechnik und konzentriert sich auf die Anwerbung von Fachkräften aus den EU-Staaten Bulgarien, Griechenland, Kroatien, Polen und Rumänien.[102] Ziel ist es, dem Fachkräftemangel entgegenzuwirken und so die Wettbewerbsfähigkeit des Standorts zu sichern.[103]	☐ Legislation ☐ Policy ☒ Practice/Other
Siehe 4.1. c)	☒ Legislation ☐ Policy ☐ Practice/Other

**Please tick the appropriate box*

99 Bundesministerium für Digitalisierung und Wirtschaftsstandort, *Udolf-Strobl: "Work in Austria gegen Fachkräftemangel"*. Presseaussendung, 10. Juli 2019. Verfügbar auf www.bmdw.gv.at (Zugriff 4. Dezember 2019).

100 ABA, *ABA – Über uns*. Verfügbar auf https://investinaustria.at/de/ (Zugriff 30. Dezember 2019); siehe auch Spiegelfeld A., *Zuwanderungsmöglichkeiten für Start-Ups und innovative UnternehmerInnen nach Österreich* (EMN Österreich, 2019), S. 48. Verfügbar auf www.emn.at (Zugriff 30. Dezember 2019).

101 Bundesministerium für Digitalisierung und Wirtschaftsstandort, *Udolf-Strobl: "Work in Austria gegen Fachkräftemangel"*. Presseaussendung, 10. Juli 2019. Verfügbar auf www.bmdw.gv.at (Zugriff 4. Dezember 2019).

102 Ebd.

103 Ebd.

1.3 Students and researchers

Were there any new developments in relation to a) Students and b) Researchers in 2019? Y/N

If **yes**, please elaborate below. Please state the **driver for the change / intended impact** if applicable.

Development for a) STUDENTS *(please describe)*	**Nature***
Keine wesentlichen Neuerungen im Jahr 2019.	☐ Legislation ☐ Policy ☐ Practice/Other
Development for b) RESEARCHERS *(please describe)*	**Nature***
Keine wesentlichen Neuerungen im Jahr 2019.	☐ Legislation ☐ Policy ☐ Practice/Other

**Please tick the appropriate box*

1.4 Family reunification and family formation of economic migrants

Were there any new developments regarding family reunification and family formation in 2019? Y/N.

If **yes**, please elaborate below. Please state the **driver for the change / intended impact**.

Development *(Please describe)*	**Nature***
Keine wesentlichen Neuerungen im Jahr 2019.	☐ Legislation ☐ Policy ☐ Practice/Other

**Please tick the appropriate box*

1.5 Information on routes to and conditions of legal migration

Were there any new developments in 2019 to improve the provision of information on the routes to and conditions of legal migration for third-country nationals? Y/N.

For example, provision of information through:

a) Information campaigns, websites, specific centres etc.

b) Cooperation with third countries, for example on pre-departure measures, which may include provision of information on visas and residence / work permits, which take place both in the (Member) State and/or a third country.

If **yes**, please elaborate below.

Development *(please describe)*	**Nature***
Am 3. Dezember 2019 fand die jährliche Konferenz des *Nationalen Kontaktpunkt Österreich im Europäischen Migrationsnetzwerk* (EMN Österreich) mit dem Titel *Migration und Kommunikation – Informationskampagnen in Herkunfts- und Transitländern* statt. Im Rahmen der Konferenz mit mehr als 100 internationalen TeilnehmerInnen wurden bestehende Informationskampagnen, deren Ziele und zugrundeliegenden Annahmen präsentiert. Zudem wurde die Bedeutung zuverlässiger Daten und rigoroser Evaluierungen erläutert, um ergebnisorientierte Informationskampagnen und eine effektive Kommunikation	☐ Legislation ☐ Policy ☒ Practice/Other

im Kontext der Migration zu gewährleisten.[104] Die Veranstaltung spiegelte die zunehmende Bedeutung der Methodik von Informationskampagnen als ein mögliches effektives Mittel einer proaktiven Präventionsarbeit im Bereich der irregulären Migration auf europäischer und internationaler Ebene wider.[105]	

**Please tick the appropriate box*

1.6 Other measures regarding legal migration

Were there any <u>other new</u> developments regarding legal migration? Y/N.

If **yes**, please elaborate below, and state the **driver for the change / intended impact** in 2019.

Development *(please describe)*	**Nature***
Keine wesentlichen Neuerungen im Jahr 2019.	☐ Legislation ☐ Policy ☐ Practice/Other

**Please tick the appropriate box*

[104] EMN Österreich, *Migration und Kommunikation – Informationskampagnen in Herkunfts- und Transitländern*, Jahreskonferenz, 3. Dezember 2019, Wien. Verfügbar auf www.emn.at (Zugriff 20. Dezember 2019).

[105] Schriftlicher Beitrag vom Bundesministerium für Inneres, Abteilung V/5 (Internationale Migrationsentwicklungen und Migrationskommunikation), 23. Jänner 2020.

2 INTERNATIONAL PROTECTION INCLUDING ASYLUM

NB: This Section will also feed into EASO's Annual Report on the situation of Asylum in the EU.

2.1 Implementation of the Common European Asylum System (CEAS) and related policy developments

Changes in legislation, policies and practices

Please provide **information on *new developments*** relating to any of the areas as indicated below. **Please state the driver for the change/intended impact in 2019, as applicable.**

2.1.1.1 Access to the asylum procedure[106]

Were there any <u>new</u> developments in relation to access to the asylum procedure (making, registering and lodging of applications for international protection in 2019? Y/N.

If **yes**, please elaborate below. Please indicate the nature of each development in the tick boxes below.

Development *(Please describe)*	**Nature***
a) First arrival on the territory (including information provided at the time of first arrival on the EU territory and services to help asylum seekers to access the asylum procedures on arrival);	
Keine wesentlichen Neuerungen im Jahr 2019.	☐ Legislation ☐ Policy ☐ Practice/Other
b) Access to the asylum procedure (i.e. developments related to making and lodging applications, including at the border, within the (Member) State's territory and in detention);[107]	
Keine wesentlichen Neuerungen im Jahr 2019.	☐ Legislation ☐ Policy ☐ Practice/Other
c) Registration of applications for international protection (including subsequent applications and Dublin returnees), identification and fingerprinting.	
Keine wesentlichen Neuerungen im Jahr 2019.	☐ Legislation ☐ Policy ☐ Practice/Other

**Please tick the appropriate box*

[106] Questions in this sub-section cover developments related to Articles 6 and 7 of Directive 2013/32/EU (Recast Asylum Procedures Directive).

[107] This question refers to any developments related to the Member State's obligation to ensure that a person who intends to make an application for international protection has an effective opportunity to lodge it as soon as possible, in line with Directive 2013/32/EU (Recast Asylum Procedures Directive).

2.1.1.2 Reception of asylum applicants

Were there any new developments in relation to reception of asylum applicants in 2019? Y/N.

If **yes**, please elaborate below. Please indicate the nature of each development in the tick boxes below.

Development *(Please describe)*	**Nature***
a) Reception of applicants (please include information on reception capacities – rise/fall/stable, material reception conditions, i.e. housing, food and clothing and financial support, contingency planning in reception, access to labour market and vocational training, medical care, schooling and education, residence and freedom of movement)	
Das Bundesministerium für Inneres (BMI) präsentierte am 25. Februar 2019 ein Fünf-Punkte-Maßnahmen-Paket zur Beschleunigung der Asylverfahren,[108] welches ab März 2019 teilweise umgesetzt wurde. Das Paket beinhaltet: (a) Unterbringung in „Ausreisezentren“, (b) nächtliche Anwesenheitsverpflichtung, (c) weitere Beschleunigung der Asylverfahren, (d) Schritte auf europäischer Ebene zum Thema Aberkennung des Asylstatus, bei bestimmten Straftaten sowie (e) die Sicherungshaft.[109] Die Maßnahme (a) umfasste einen Ausbau der Erstaufnahmezentren von AsylwerberInnen hin zu „Ausreisezentren“.[110] Dies solle laut Bundesminister für Inneres die Dauer der Asylverfahren beschleunigen und Beschwerden gegen Entscheidungen in erster Instanz reduzieren.[111] Die Umbenennung von Erstaufnahmezentren in „Ausreisezentren“ wurde vom nachfolgenden Bundesminister für Inneres[112] im Mai 2019 rückgängig gemacht.[113]	☐ Legislation ☒ Policy ☐ Practice/Other
Am 21. Mai 2019 erließ der Bundesminister für Inneres[114] die Verordnung über die Heranziehung von Asylwerbern und bestimmten sonstigen Fremden für gemeinnützige Hilfstätigkeiten und die Höhe des hierfür zu leistenden Anerkennungsbeitrags.[115] Diese Verordnung begrenzt, unter anderem, die Anerkennungsgebühr für AsylwerberInnen, die gemeinnützige Nebentätigkeiten ausüben, auf EUR 1,50 pro Stunde (§ 3 leg cit). Nach dem Ende der ÖVP-FPÖ Koalition wurde diese Regelung vom neu ernannten Bundesminister für Inneres der neuen Bundesregierung[116] aufgehoben.[117]	☒ Legislation ☐ Policy ☐ Practice/Other

108 Bundesministerium für Inneres, *Kickl präsentiert Neuerungen im Asylbereich.* Presseaussendung, 25. Februar 2019. Verfügbar auf www.ots.at (Zugriff 15. November 2019).

109 Bundesministerium für Inneres, *Kickl präsentiert Neuerungen im Asylbereich.* Presseaussendung, 25. Februar 2019. Verfügbar auf www.ots.at (Zugriff 15. November 2019).

110 Ebd.

111 Bundesministerium für Inneres, *Kickl präsentiert Neuerungen im Asylbereich.* Presseaussendung, 25. Februar 2019. Verfügbar auf www.ots.at (Zugriff 15. November 2019).

112 E. Ratz, Bundesminister für Inneres unter S. Kurz nach der Amtsenthebung von FPÖ nominierten Regierungsmitgliedern, zwischen 22. Mai – 28. Mai 2019; siehe auch Bundeskanzleramt, *Regierungen seit 1945.* Verfügbar auf www.bundeskanzleramt.gv.at (Zugriff 14. Jänner 2020).

113 *Wiener Zeitung*, „Ausreisezentrum"-Tafeln werden abmontiert, 29. Mai 2019. Verfügbar auf www.wienerzeitung.at (Zugriff 11. Dezember 2019).

114 H. Kickl, Bundesminister für Inneres in der ÖVP-FPÖ Regierung unter S. Kurz, zwischen 18. Dezember 2017 – 22. Mai 2019; siehe auch Bundeskanzleramt, *Regierungen seit 1945.* Verfügbar auf www.bundeskanzleramt.gv.at (Zugriff 14. Jänner 2020).

115 BGBI II Nr. 123/2019.

116 E. Ratz, Bundesminister für Inneres unter S. Kurz nach der Amtsenthebung von FPÖ nominierten Regierungsmitgliedern, zwischen 22. Mai – 28. Mai 2019; siehe Bundeskanzleramt, *Regierungen seit 1945.* Verfügbar auf www.bundeskanzleramt.gv.at (Zugriff 14. Jänner 2020).

117 BGBI II Nr. 131/2019.

Development *(Please describe)*	**Nature***
Am 19. Juni 2019 wurde ein Bundesgesetz über die Errichtung der Bundesagentur für Betreuungs- und Unterstützungsleistungen erlassen (BBU-Errichtungsgesetz – BBU-G).[118] Die neu einzurichtende „Bundesagentur für Betreuungs- und Unterstützungsleistung“ (BBU) soll grundsätzlich ab 1. Juli 2020 ausschließlich die Unterbringung und Versorgung von AsylwerberInnen in Bundesbetreuung übernehmen. Ab 1. Jänner 2021 soll die BBU außerdem die Rechtsberatung, Rückkehrberatung und -hilfe sowie die Zurverfügungstellung von MenschenrechtsbeobachterInnen, DolmetscherInnen und ÜbersetzerInnen übernehmen (§ 2 BBU-Errichtungsgesetz). Der Bundesminister für Inneres ist jedoch ermächtigt, diese Zeitpunkte unter Berücksichtigung der jeweils zu schaffenden technischen, personellen und organisatorischen Voraussetzungen mittels Verordnung um längstens zwölf Monate zu verschieben (§ 2 Abs. 4 BBU-G). Ziel der Gründung der im Eigentum des Bundes stehenden BBU ist es, der bisherigen starken Abhängigkeit von externen Leistungserbringern in den der Bundesagentur übertragenen Leistungsbereichen zu begegnen.[119] Weiters sollen Kosteneffizienz, eine Steigerung der freiwilligen RückkehrerInnen durch eine qualitative Rückkehrberatung sowie eine hohe Qualitätssicherung erreicht werden.[120] Bisher wurde die Rechtsberatung vom Verein Menschenrechte Österreich und der ARGE Rechtsberatung (Diakonie und Volkshilfe) durchgeführt.[121] Die Frist zur Kündigung der Verträge mit den bisher zuständigen Nichtregierungsorganisationen wurde am 27. Dezember 2019 einvernehmlich verkürzt, sodass eine Kündigung zum 31. Dezember 2020 noch bis 29. Februar 2020 möglich ist.[122] Die neue Bundesregierung hat daher ausreichend Zeit, die geplante Änderung betreffend der Erfüllung der Betreuungs- und Unterstützungsleistung zu überprüfen.[123]	☒ Legislation ☐ Policy ☐ Practice/Other
Im Bereich der Unterbringung von AsylwerberInnen kam es, wegen zurückgehenden Zahlen von Asylanträgen, zur Stilllegung von sieben Bundesbetreuungseinrichtungen per 31. Dezember 2018.[124] Im Laufe des Jahres 2019 wurden eine weitere Einrichtung stillgelegt sowie fünf Bundesbetreuungseinrichtungen geschlossen.[125] Die stillgelegten	☐ Legislation ☐ Policy ☒ Practice/Other

118 BGBI I Nr. 53/2019.

119 Schriftlicher Beitrag vom Bundesministerium für Inneres, III/1 (Legistik), 23. Jänner 2020.

120 Schriftlicher Beitrag vom Bundesministerium für Inneres, Abteilung V/9 (Grundversorgung), 14. Jänner 2020 und Abteilung III/1 (Legistik), 23. Jänner 2020 sowie 21. Februar 2020; Bundesministerium für Inneres, *Asyl- und Fremdenwesen: Nationalrat beschließt Bundesagentur für Betreuungs- und Unterstützungsleistungen*. Presseaussendung, 16. Mai 2019. Verfügbar auf www.bmi.gv.at (Zugriff 11. Dezember 2019).

121 Bundesministerium für Inneres, *Beantwortung der parlamentarische Anfrage zu „Rechtsberatung im Asylverfahren“ 2567/AB vom 8. März 2019 zu 2565/J (XXVI. GP)*, S. 1. Verfügbar auf www.parlament.gv.at (Zugriff 18. Dezember 2019).

122 APA, *Asyl-Betreuung durch BBU könnte doch nicht kommen*. Presseaussendung, 30. Dezember 2019. Verfügbar auf www.apa.at (Zugriff 30. Dezember 2019).

123 APA, *Asyl-Betreuung durch BBU könnte doch nicht kommen*. Presseaussendung, 30. Dezember 2019. Verfügbar auf www.apa.at (Zugriff 30. Dezember 2019).

124 Schriftlicher Beitrag vom Bundesministerium für Inneres, Abteilung V/9 (Grundversorgung), 14. Jänner 2020; Bundesministerium für Inneres, *Beantwortung der Anfrage zu „Stilllegung und Nachnutzung der Häuser, in denen AsylwerberInnen untergebracht waren“ 2912/AB vom 25. April 2019 zu 2964/J (XXVI.GP)*, S. 3. Verfügbar auf www.parlament.gv.at (Zugriff 18. Dezember 2019).

125 Schriftlicher Beitrag vom Bundesministerium für Inneres, Abteilung V/9 (Grundversorgung), 14. Jänner 2020.

Development *(Please describe)*	**Nature***
Betreuungseinrichtungen werden seither als Reserve und Vorhaltekapazität durch das BMI genutzt.[126]	
b) Detention during the asylum procedure (detention capacity – rise/fall/stable, practices regarding detention, grounds for detention, alternatives to detention, time limit for detention)	
Am 6. März 2019 einigte sich die Bundesregierung im Rahmen eines „Sicherheitsgipfels“ auf die Eckpfeiler zur Einführung einer „Sicherungshaft für gefährliche AsylwerberInnen".[127] Den angestrebten Änderungen nach, soll das Bundesamt für Fremdenwesen und Asyl (BFA) in Zukunft eine Sicherungshaft über potenziell gefährliche AsylwerberInnen verhängen können. Die Rechtmäßigkeit der Verhängung der Sicherungshaft durch das BFA soll durch ein Gericht überprüft werden.[128] Ein entsprechendes Gesetz wurde jedoch noch nicht erlassen.[129]	☐ Legislation ☒ Policy ☐ Practice/Other

**Please tick the appropriate box*

2.1.1.3 Asylum procedures[130]

Were there any <u>new</u> developments in relation to asylum procedures in 2019? Y/N.

If **yes**, please elaborate below. Please indicate the nature of each development in the tick boxes below.

Development *(Please describe)*	**Nature***
a) Access to information and legal counselling/representation (including at the border and during the asylum procedure);	
Durch das BBU-Errichtungsgesetz,[131] welches am 19. Juni 2019 erlassen wurde, war es erforderlich, bestimmte in asyl- und fremdenrechtlichen Materiengesetzen enthaltene Vorschriften an die neue Organisationsstruktur anzupassen. In diesem Zusammenhang erfolgte eine Änderung des BFA-Verfahrensgesetzes (BFA-VG),[132] des Asylgesetzes 2005 (AsylG 2005)[133] und des Grundversorgungsgesetzes – Bund 2005 (GVG-B 2005).[134] Im BFA-VG wurde in Übereinstimmung mit unionsrechtlichen Vorgaben vorgesehen, dass eine kostenlose Rechtsberatung im Asylverfahren nur noch nach Maßgabe der	☒ Legislation ☐ Policy ☐ Practice/Other

126 Bundesministerium für Inneres, Beantwortung der Anfrage zu „Stilllegung und Nachnutzung der Häuser, in denen AsylwerberInnen untergebracht waren“ 2912/AB vom 25. April 2019 zu 2964/J (XXVI.GP), S. 3. Verfügbar auf www.parlament.gv.at (Zugriff 18. Dezember 2019).

127 Schriftlicher Beitrag vom Bundesministerium für Inneres, Abteilung III/1 (Legistik), 23. Jänner 2020.

128 Schriftlicher Beitrag vom Bundesministerium für Inneres, Abteilung III/1 (Legistik), 23. Jänner 2020; Bundesministerium für Inneres, *Kickl: Sicherungshaft für Gefährder statt Sicherheit vor Haft für Gefährder*. Presseaussendung, 6. März 2019. Verfügbar auf www.bmi.gv.at (Zugriff 12. Dezember 2019). Bundeskanzleramt, *Bundeskanzler Sebastian Kurz: Sicherungshaft mit richterlicher Genehmigung soll Österreich wieder sicherer machen*. Presseaussendung, 6. März 2019. Verfügbar auf www.bundeskanzleramt.gv.at (Zugriff 12. Dezember 2019).

129 Aufgrund der Auflösung der österreichischen Bundesregierung im Mai 2019 wurde noch kein entsprechendes Gesetz erlassen. Gegenwärtig läuft eine Diskussion, wie die Sicherungshaft im Lichte der österreichischen Bundesverfassung eingeführt werden kann.

130 Questions in this sub-section cover developments related to Articles 8-43 and 46 of Directive 2013/32/EU (Recast Asylum Procedures Directive). and the Dublin III Regulation (for point b).

131 BGBI I Nr. 53/2019.

132 BGBl. I Nr. 87/2012, in der Fassung des Bundesgesetzes BGBl. I Nr. 53/2019.

133 BGBl. I Nr. 100/2005, in der Fassung des Bundesgesetzes BGBl. I Nr. 53/2019.

134 BGBl. Nr. 405/1991, in der Fassung des Bundesgesetzes BGBl. I Nr. 53/2019.

Development *(Please describe)*	**Nature***
faktischen Möglichkeiten gewährt wird (§ 49 BFA- VG, siehe 2.1.1.2. a). In bestimmten Fällen besteht jedoch weiterhin ein Rechtsanspruch auf Rechtsberatung wie etwa für unbegleitete minderjährige AsylwerberInnen (§ 49 BFA- VG). Erfolgt keine Rechtsberatung, sind dem/der AsylwerberIn jedenfalls auf sein/ihr Verlangen kostenlos rechts- und verfahrenstechnische Auskünfte zu erteilen. Die jeweiligen Änderungen treten in Kraft, sobald die entsprechenden Leistungen durch die Bundesagentur erbracht werden.[135]	
b) Provision of interpretation;	
Siehe 2.1.1.2. a	☐ Legislation ☐ Policy ☐ Practice/Other
c) Dublin procedure (including changes in: the organisational framework, IT systems,[136] practical development and suspension of transfers to selected countries, detention in the framework of Dublin procedures);	
Keine wesentlichen Neuerungen im Jahr 2019.	☐ Legislation ☐ Policy ☐ Practice/Other
d) Special procedures: border procedures, procedures in transit zones, accelerated procedures, admissibility procedures, prioritised procedures or any special procedure for selected caseloads;	
Keine wesentlichen Neuerungen im Jahr 2019.	☐ Legislation ☐ Policy ☐ Practice/Other
e) Safe country concept: safe country of origin, safe third country, European safe third country, first country of asylum (introduction of the concept into law, applicability of the concept in practice, measures undertaken to create, revise or implement a list of safe countries);	
Im Jahr 2019 wurde die Herkunftsstaaten-Verordnung[137] zwei Mal geändert. Durch eine am 8. Mai 2019 erlassene Verordnung der Bundesregierung wurden Namibia, die Republik Korea und Uruguay zur Liste der Staaten, die als sichere Herkunftsstaaten gelten, hinzugefügt.[138] Durch eine weitere, am 5. Juni 2019 erlassene Verordnung der Bundesregierung kam es zu einer Streichung des Staates Sri Lanka von der Liste der sicheren Herkunftsstaaten.[139] Eine Überprüfung ergab, dass Sri Lanka die Wiederaufnahme der Vollstreckung von Todesurteilen ankündigte, daher lagen die Voraussetzungen für einen sicheren Herkunftsstaat zu diesem Zeitpunkt nicht mehr vor.[140]	☒ Legislation ☐ Policy ☐ Practice/Other

135 Schriftlicher Beitrag vom Bundesministerium für Inneres, Abteilung III/1 (Legistik), 23. Jänner 2020.

136 For example, information on setting up new databases that allow managing of Dublin cases, problems with managing DubliNet which can cause a delay in sending/receiving Dublin requests, acquisition of new equipment, such as Eurodac machines etc. as it is a relevant development in boosting the capacity to conduct Dublin procedures.

137 BGBl. II Nr. 177/2009, in der Fassung des Bundesgesetzes BGBl. II Nr. 145/2019.

138 BGBl. II Nr. 113/2019.

139 BGBl. II Nr. 145/2019.

140 BGBl. II Nr. 130/2018; Bundeskanzleramt, *Erster Ministerrat der Regierung Bierlein*. Presseaussendung, 5. Juni 2019. Verfügbar auf www.bundeskanzleramt.gv.at (Zugriff 4. Dezember 2019).

Development *(Please describe)*	**Nature***
f) Procedures at first instance (relevant changes in: the authority in charge, organisation of the process, interviews, evidence assessment, international protection status determination, decision making, timeframes, case management, including backlog management);	
Zur Qualitätssicherung erstinstanzlicher Asylverfahren wird das von der Europäischen Kommission sowie dem BMI finanzierte, Projekt *Bridge* vom Hohen Flüchtlingskommissar der Vereinten Nationen beziehungsweise Hochkommissar der Vereinten Nationen für Flüchtlinge (UNHCR) in Österreich implementiert.[141] In dessen Rahmen wurde am 14. November 2019 der „Asyltag 2019" organisiert, welcher sich mit aktuellen Herausforderungen des Flüchtlingsschutzes in Europa sowie mit rechtlichen Fragestellungen von besonderer Relevanz im österreichischen Kontext befasste.[142]	☐ Legislation ☐ Policy ☒ Practice/Other
g) Appeal/judicial review (changes in: organisation of the process, hearings, written procedures, timeframes, case management, including backlog management);	
Keine wesentlichen Neuerungen im Jahr 2019.	☐ Legislation ☐ Policy ☐ Practice/Other
h) Country of origin information (changes or updates in: organisation, methodology, products, databases, fact-finding missions, cooperation between (Member) States).	
Keine wesentlichen Neuerungen im Jahr 2019.	☐ Legislation ☐ Policy ☐ Practice/Other

**Please tick the appropriate box*

2.1.1.4 Residence/entry documents and rights/obligations of beneficiaries of international protection

Were there any <u>new</u> developments in relation to the rights and obligations related to the status of beneficiary of international protection in 2019? Y/N.

If **yes**, please elaborate below. Please indicate the nature of each development in the tick boxes below.

Development *(Please describe)*	**Nature***
a) Residence/entry documents granted to beneficiaries of international protection (including length/duration);	
Keine wesentlichen Neuerungen im Jahr 2019.	☐ Legislation ☐ Policy ☐ Practice/Other
b) Rights and obligations regarding family reunification, access to social welfare scheme, access to accommodation, healthcare, citizenship, education, employment etc.	
Am 27. Dezember 2019 wurde eine zeitlich befristete Gesetzesänderung des Fremdenpolizeigesetzes (FPG)[143] betreffend eine Hemmung des Beginns der Frist für die freiwillige Ausreise für AsylwerberInnen, gegen welche eine	☒ Legislation ☐ Policy ☐ Practice/Other

141 UNHCR Österreich, *Projekt Bridge*, verfügbar auf www.unhcr.org (Zugriff 30. Dezember 2019).
142 Verfassungsgerichtshof Österreich, *Hochkarätiger Besuch am Asyltag 2019 im VfGH*. Presseaussendung, 14. November 2019. Verfügbar auf www.vfgh.gv.at (Zugriff 30. Dezember 2019).
143 BGBl. I Nr. 100/2005, in der Fassung des Bundesgesetzes BGBl. I Nr. 110/2019.

Rückkehrentscheidung erlassen wird oder noch nicht rechtskräftig erlassen wurde und die sich in einer Lehrausbildung befinden (§ 55a FPG), beziehungsweise einen Aufschub der Abschiebung von (bereits) rechtskräftig negativ entschiedenen ehemaligen AsylwerberInnen, deren Lehrverhältnis auf Grund einer solchen Entscheidung ex lege endete (§ 125 Abs. 31 bis 34 FPG), kundgemacht.[144] Zweck der Regelung ist es, den (ehemaligen) AsylwerberInnen – bei Vorliegen bestimmter Voraussetzungen – die Möglichkeit zu geben, ein in Österreich begonnenes Lehrverhältnis abzuschließen.[145] Betroffen davon könnten rund 800 AsylwerberInnen in Lehre sein.[146]	

**Please tick the appropriate box*

2.1.1.5 Provision of information on residence/entry documents and rights/obligations of beneficiaries of international protection

Were there any <u>new</u> developments in relation to the provision of information to beneficiaries of international protection on the rights and obligations related to that status, in a language that they understand or are reasonably supposed to understand in 2019? Y/N.

If **yes**, please elaborate below. Please indicate the nature of each development in the tick boxes below.

Development *(Please describe)*	**Nature***
a) Information on residence/entry documents granted to beneficiaries of international protection (including length/duration);	
Keine wesentlichen Neuerungen im Jahr 2019.	☐ Legislation ☐ Policy ☐ Practice/Other
b) Information on rights and obligations regarding family reunification, access to social welfare scheme, access to accommodation, healthcare, citizenship, employment and integration programme.	
Keine wesentlichen Neuerungen im Jahr 2019.	☐ Legislation ☐ Policy ☐ Practice/Other

**Please tick the appropriate box*

2.1.1.6 Withdrawal of international protection

Were there any <u>new</u> developments regarding the withdrawal of international protection? Y/N.

Please include information in relation to institutional and organisational aspects, procedural rules, cessation, grounds for revocation of, ending of, or refusal to renew international protection (grounds for ending international protection include: exclusion, misrepresentation or omission of facts and danger to national security or the community) and consequences following revocation of, ending of, or refusal to renew international protection.

If **yes**, please elaborate below. Please indicate the nature of each development in the tick boxes below.

---

144 BGBl. I Nr. 110/2019.

145 Schriftlicher Beitrag Bundesministerium für Inneres, Abteilung III/1 (Legistik), 23. Jänner 2020.

146 Bundesministerium für Inneres, *Vom Parlament geforderte "pragmatische Lösung" bei Asylwerber in Lehre bedarf einer Gesetzesänderung*. Presseaussendung, 5. November 2019. Verfügbar auf www.bmi.gv.at (Zugriff 12. Dezember 2019).

Development *(Please describe)*	**Nature***
Die Priorität von Aberkennungsverfahren für straffällig gewordene Asylberechtigte und darauf folgende Außerlandesbringungen durch das BFA wurde auch im Jahr 2019 fortgesetzt.[147]	☐ Legislation ☒ Policy ☐ Practice/Other

**Please tick the appropriate box*

2.1.1.7 Cooperation with third countries

Were there any <u>new</u> policies/measures in 2019 implemented in cooperation with third countries, including activities related to the external dimension of the CEAS (e.g. participation in capacity building activities in third countries, Regional Development Protection Programmes or any relevant activities under Partnership Framework with Third Countries and European Neighbourhood Policy)?

If evidence is available, please describe the outcomes of these developments in the box below

Österreich unterstützte 2019 die regionale Entwicklung in Nordafrika mit der Teilnahme am Projekt *Migration Management for Libyan authorities to identify and register migrants* mit Hinblick auf „Schutz in der Region".[148] Beim ersten Globalen Flüchtlingsforum, welches am 17. und 18. Dezember 2019 in Genf stattfand,[149] wurden seitens des BMI finanzielle Zusagen in den Bereichen Lösungsfindung, Maßnahmen in Drittstaaten, Rückkehr und Reintegration gemacht.[150]

2.1.1.8 Other developments in asylum legislation, policy and practices

Were there any <u>other new</u> developments in 2019 which were not covered above, in particular in relation to any specific challenges?

Development *(Please describe)*	**Nature***
Im Dezember 2018 wurde eine Änderung des Waffengesetzes 1996 (WaffG)[151] beschlossen. Unter anderem wird das bestehende Schusswaffenverbot für AsylwerberInnen, irregulär Aufhältige und sonstige Drittstaatsangehörige, die nicht über ein dauerhaftes Aufenthaltsrecht verfügen, auf sämtliche Waffen ausgedehnt (§ 11a WaffG).[152] Diese Änderungen traten mit 1. Jänner 2019 in Kraft.	☒ Legislation ☐ Policy ☐ Practice/Other

**Please tick the appropriate box*

Institutional changes in the national asylum system

Were there any <u>new</u> institutional changes in the asylum field at ministry/agency/section level (including changes in mandate, creation of new entities, internal restructuring and transfer of competences, increase/decrease of staffing) in 2019? Y/N.

---

147 Bundesamt für Fremdenwesen und Asyl, *Rückstandsabbau erledigt, Verfahrensdauer unter drei Monaten, Abschiebungen gesteigert*. Presseaussendung, 24. Jänner 2019. Verfügbar auf www.bfa.gv.at (Zugriff 20. November 2019); Bundesministerium für Inneres, Interview mit Gerhard Reischer: Kontrolle, Aberkennung, Qualität, *Öffentliche Sicherheit 5-6/19*. Verfügbar auf www.bmi.gv.at (Zugriff 15. November 2019).

148 Schriftlicher Beitrag vom Bundesministerium für Inneres, Abteilung III/1 (Legistik), 23. Jänner 2020.

149 UNHCR, *Globales Flüchtlingsforum*, verfügbar auf www.unhcr.org (Zugriff 28. Jänner 2020).

150 Ebd.

151 BGBl. I Nr. 12/1997, in der Fassung des Bundesgesetzes BGBl. I Nr. 97/2018.

152 BGBl. I Nr. 97/2018.

*If **yes**, please elaborate below, and state the **driver for the change / intended impact** in 2019.*

Mit 1. Jänner 2019 wurde im BMI die Sektion V „Fremdenwesen“ neu geschaffen (siehe 0). Mit 19. Juni 2019 wurde die neu einzurichtende „Bundesagentur für Betreuungs- und Unterstützungsleistung“ (BBU) beschlossen (siehe 2.1.1.2).

Efficiency and Quality of the national asylum system

Were there any measures undertaken to improve:

*If **yes**, please state the **driver for the change / intended impact** in 2019. Please indicate the nature of each development in the tick boxes below.*

Development *(Please describe)*	**Nature***
a) Safeguards of the national asylum system (preventing and combatting unfounded applications, credibility assessment,[153] establishing identity, nationality verification, detection of security concerns, age fraud) including information on tools, mechanisms and training provided to staff.	
Keine wesentlichen Neuerungen im Jahr 2019.	☐ Legislation ☐ Policy ☐ Practice/Other
b) Quality of the national asylum system (internal measures to improve quality in decision-making processes and the content of issued decisions, e.g. creation of guidelines and instructions). Please include information on training, tools and mechanisms and state how results are measured.	
Der Rechnungshof prüfte im Untersuchungszeitraum Februar bis Juni 2018 das BFA hinsichtlich Organisation, Strategien, asyl- und fremdenrechtlichen Verfahren, Qualitätsmanagement und interner Kontrollsysteme.[154] Betreffend der asyl- und fremdenrechtlichen Verfahren rät der Rechnungshof, den Fokus bei Einzelfallprüfungen von straffällig gewordenen AsylwerberInnen auf eine beschleunigte Verfahrensführung zu legen sowie das Verfahrensleitsystem in den Bundesländern zu vereinheitlichen.[155] Die Sicherstellung hoher Qualitätsstandards in asyl- und fremdenrechtlichen Verfahren war auch 2019 ein prioritärer Schwerpunkt des BMI sowie des BFA. Kernpunkte des gesamtjährlichen Qualitätsrahmenplans sind die Durchführung von Qualitätskontrollen, wie beispielsweise die Evaluierungen von Bescheiden, und die Setzung von Qualitätssicherungsmaßnahmen.[156] Ebenso wurde ein Fokus auf eine fachspezifische Ausbildung und laufende Fortbildung aller BFA-Bediensteten gelegt. Um einen einheitlichen Ausbildungsstandard zu gewährleisten, wurde - der Empfehlung des Rechnungshofs folgend - ein neues Ausbildungsmodell für verfahrensführende ReferentInnen sowie eine spezielle Ausbildung für MitarbeiterInnen im Qualitätsbereich entwickelt.[157]	☐ Legislation ☐ Policy ☒ Practice/Other

153 According to EASO, credibility assessment is performed in order to establish if the applicant’s statements substantiating the claim are truthful in the light of other circumstances of the case and other means of evidence.

154 Rechnungshof Österreich, Bundesamt für Fremdenwesen und Asyl: Bericht des Rechnungshofes, *Reihe BUND* 2019(46). Verfügbar auf www.rechnungshof.gv.at (Zugriff 17. Dezember 2019).

155 Ebd., S. 126–128.

156 Die verschiedenen Organisationseinheiten des BFA erstellen zudem auch regionale Qualitätspläne, die spezifisch regionale Schwerpunkte und Ziele zum Inhalt haben. Schriftlicher Beitrag vom Bundesministerium für Inneres, Abteilung V/10 (Rückkehr/Reintegration), 31. Jänner 2020.

157 Schriftlicher Beitrag vom Bundesministerium für Inneres, Abteilung V/10 (Rückkehr/Reintegration), 31. Jänner 2020.

Development *(Please describe)*	**Nature***
c) Efficiency of the processing of (first) applications and appeals (increasing speed, reducing costs, use of new technology, specialised training provided) of the national asylum system. Please indicate if there are any procedural changes, which are specific to subsequent applications.	
Im Jänner 2019 wurde von Seiten des BFA erklärt, dass der Rückstau an zu bearbeitenden Asylanträgen der letzten Jahre aufgearbeitet wurde.[158] Die durchschnittliche Verfahrensdauer für jene Verfahren mit Asylantrag seit 1. Juni 2018 betrug für das Jahr 2019 drei Monate.[159] Dies steht neben einer deutlichen Personalaufstockung auch in Zusammenhang mit dem Rückgang von Asylanträgen: Bereits 2018 wurden mit 13.746 Asylanträgen um 44 Prozent weniger gestellt als 2017 (24.735 Asylanträge).[160] Im Jahr 2019 wurden in Summe 12.511 Asylanträge gestellt. Dies stellt, im Vergleich zu 2018, einen weiteren Rückgang um 9 Prozent dar.[161] Im Jahr 2019 wurden von Seiten des BFA 17.203 Asyl-Entscheidungen getroffen, dabei wurde in 6.959 Fällen Schutz gewährt und in 7.782 Fällen eine negative Entscheidung getroffen.[162]	☐ Legislation ☐ Policy ☒ Practice/Other

**Please tick the appropriate box*

Please include information on **effectiveness** *of above listed measures (where evidence exists and stating how this is measured).*

Keine Angaben.

158 Bundesministerium für Inneres, *BFA: Rückstandsabbau erledigt, Verfahrensdauer unter drei Monaten, Abschiebungen gesteigert.* Presseaussendung, 24. Jänner 2019. Verfügbar auf www.bmi.gv.at (Zugriff 20. November 2019).

159 Schriftlicher Beitrag vom Bundesamt für Fremdenwesen und Asyl, 26. Februar 2020; Bundesamt für Fremdenwesen und Asyl, *BFA-Bilanz: Fremdenrechtlicher Schwerpunkt im 1. Halbjahr 2019.* Presseaussendung, 30. Juli 2019. Verfügbar auf www.bfa.gv.at (Zugriff 20. November 2019); Bundesamt für Fremdenwesen und Asyl, *BFA-Halbjahresbilanz 2019*. (Stand 30. Juli 2019). Verfügbar auf www.bfa.gv.at (Zugriff 4. Dezember 2019).

160 Schriftlicher Beitrag vom Bundesamt für Fremdenwesen und Asyl, 26. Februar 2020; Statistik Austria, *Migration & Integration: Zahlen, Daten, Indikatoren 2019* (Wien, 2019), S. 8. Verfügbar auf www.bmeia.gv.at.

161 Schriftlicher Beitrag vom Bundesamt für Fremdenwesen und Asyl, 26. Februar 2020.

162 Ebd.

2.2 Relocation and resettlement programmes

NB: Please note that information collected under this section will be presented in the Synthesis Report together with the EU overview of relocation and resettlement schemes.

Relocation[163]

2.2.1.1 Intra-EU relocation mechanism

Did your Member State carry out activities in the framework of the voluntary relocation exercise coordinated by the European Commission since January 2019? Y/N.

If **yes**, please elaborate below. Please also mention any challenges related to this mechanism.

Keine wesentlichen Neuerungen im Jahr 2019.

2.2.1.2 National relocation mechanisms

Were there any actions undertaken in 2019 with regard to relocation activities organised under national schemes (i.e. on bilateral basis, not EU level schemes)? This also includes informal relocation arrangements following disembarkation in Italy and Malta, outside of official EU-relocation programmes. Y/N.

If **yes**, please elaborate below.

Keine wesentlichen Neuerungen im Jahr 2019.

Resettlement and Humanitarian Admission Programmes[164]

2.2.1.3 EU Joint Resettlement Programmes and national resettlement programmes

Please report on any activities related to resettlement and humanitarian admission programmes by filling in the table below. Please distinguish between EU- and national resettlement programmes, whereby the latter do not contribute to EU resettlement pledges, but may be implemented through UNHCR.

---

163 Relocation: The transfer of persons having a status defined by the Geneva Refugee Convention and Protocol or subsidiary protection within the meaning of Directive 2011/95/EU (Recast Qualification Directive) from the EU Member State which granted them international protection to another EU Member State where they will be granted similar protection, and of persons having applied for international protection from the EU Member State which is responsible for examining their application to another EU Member State where their applications for international protection will be examined. In the context of the EU emergency relocation programme, the transfer of persons in clear need of international protection, as defined in Council Decision 2015/1601 and 2016/1754, having applied for international protection from the EU Member State, CH or NO which is responsible for examining their application to another EU Member State, CH or NO where their application for international protection will be examined.(see EMN Glossary V6).

164 Resettlement: In the EU context, the transfer, on a request from the United Nations High Commissioner for Refugees (UNHCR) and based on their need for international protection, of a third-country national or stateless person , from a third country to an EU Member State, where they are permitted to reside with one of the following statuses:
(i) refugee status within the meaning of Art. 2(d) of Directive 2011/95/EU (Recast Qualification Directive); (ii) a status which offers the same rights and benefits under national and EU law as refugee status. (see EMN Glossary Version 6).

	Type of programme	Name of programme	Resettlement quota	Number of resettlements carried out in 2019	Country/ies of origin of resettled persons	Challenges
EU programmes	EU Joint resettlement programme	Keine Angaben.				
	Resettlements in framework of UNHCR programmes counting towards EU pledges	Keine Angaben.				
National programmes	National Resettlement programme	Keine Angaben.				
	National Humanitarian Admission Programme	Keine Angaben.				
	Private Sponsorship programme/scheme	Keine Angaben.				
	ad hoc special programmes (national or international initiatives)	Keine Angaben.				

2.3 Information for EASO purposes (REPORT and EASO Database on Case LAw) only, not for inclusion in EMN Synthesis Report:

Jurisprudence

Please provide information on precedent setting new national jurisprudence relating to asylum with major policy implications (preferably final judgments) by using the following structure:

- **Court Name**
- **Date of Decision**
- **Title/Parties**
- **Case Number/ Citation/Document Symbol/ECLI**
- **Abstract**
- **Link to the full version/or attach original document**

*Please provide information on the impact of **CJEU/ECHR judgements** on national policy*

Name des Gerichts: Verwaltungsgerichtshof (VwGH)

Entscheidungsdatum: 4. April 2019

Titel: Einbeziehung gerichtlicher Verfahren für die Prognose bei Asylaberkennung

Geschäftszahl: Ro 2018/01/0014

Zusammenfassung:

Gemäß § 7 Abs. 1 Z 1 des Bundesgesetz über die Gewährung von Asyl (AsylG 2005)[165] ist einem Fremden der Status des Asylberechtigten von Amts wegen mit Bescheid abzuerkennen, wenn ein Asylausschlussgrund nach § 6 vorliegt, der unter anderem dann gegeben ist, wenn aus stichhaltigen Gründen angenommen werden kann, dass der Fremde eine Gefahr für die Sicherheit der Republik Österreich darstellt (§ 6 Abs. 1 Z 3 AsylG 2005). Nach dieser Bestimmung wurde einem russischen Staatsangehörigen tschetschenischer Volksgruppenzugehörigkeit mit Bescheid des Bundesamts für Fremdenwesen und Asyl (BFA) der Status des Asylberechtigten aberkannt und festgestellt, dass ihm die Flüchtlingseigenschaft kraft Gesetzes nicht mehr zukomme. Im Gegensatz zur Rechtsansicht des Bundesverwaltungsgerichts führte der Verwaltungsgerichtshof in seiner Entscheidung aus, dass der genannte Aberkennungstatbestand keine rechtskräftige strafgerichtliche Verurteilung des asylberechtigten Fremden beziehungsweise die Verwirklichung eines gerichtlichen Straftatbestandes durch ihn erfordere. Unabhängig davon reichen stichhaltige Gründe für die Annahme, dass der Fremde eine Gefahr für die Sicherheit der Republik Österreich darstellt, aus. Die Gefährdungsprognose ist dabei vom Verwaltungsgericht als Voraussetzung für die zu prüfende Erlassung der administrativrechtlichen Maßnahme der Aberkennung des Status eines Asylberechtigten eigenständig aus dem Blickwinkel des Asylrechts vorzunehmen.

Link zur Gesamtfassung: Siehe Fußnote.[166]

Name des Gerichts: Verwaltungsgerichtshof (VwGH)

Entscheidungsdatum: 21. Mai 2019

Titel: Keine richtlinienkonforme Interpretation des § 8 Abs. 1 AsylG 2005 möglich

165 BGBl. I Nr. 100/2005, in der Fassung des Bundesgesetzes BGBl. I Nr. 53/2019.
166 VwGH, 4. April 2019, Ro 2018/01/0014.

Geschäftszahl: Ro 2019/19/0006

Zusammenfassung:

Der VwGH befasste sich in der gegenständlichen Entscheidung mit der - in der bisherigen Rechtsprechung offengelassenen - Frage der unionsrechtskonformen Auslegung der Bestimmung des § 8 Abs. 1 AsylG 2005. Der VwGH hält an seiner Rechtsprechung fest, wonach eine reale Gefahr einer Verletzung von Art. 2 und 3 der Europäische Menschenrechtskonvention (EMRK)[167] durch eine Zurückweisung, Zurückschiebung oder Abschiebung einer fremden Person in deren Herkunftsstaat die Zuerkennung subsidiären Schutzes nach § 8 Abs. 1 AsylG 2005 begründen kann. Diese Gefahr muss nicht durch das Verhalten von Dritten beziehungsweise durch eine Bedrohung in einem bewaffneten Konflikt verursacht werden. Somit teilte der VwGH die Ansicht des Bundesverwaltungsgerichts (BvwG), dass die Zuerkennung des Status ausschließlich nach der Statusrichtlinie zu prüfen und die Bestimmung des § 8 Abs. 1 AsylG 2005 unangewendet zu lassen sei, nicht.

Link zur Gesamtfassung: Siehe Fußnote.[168]

Name des Gerichts: Verwaltungsgerichtshof (VwGH)

Entscheidungsdatum: 4. März 2019

Titel: § 4a AsylG 2005: Keine Anwendung des Familienverfahrens nach § 34 AsylG 2005, wenn in einem anderen EWR-Staat bereits der Status des Schutzberechtigten zuerkannt wurde

Geschäftszahl: Ra 2019/14/0023

Zusammenfassung:

Nach § 4a AsylG 2005 ist ein Antrag auf internationalen Schutz als unzulässig zurückzuweisen, wenn fremden Personen in einem anderen EWR-Staat oder der Schweiz der Asyl- beziehungsweise subsidiäre Schutzstatus zuerkannt wurde. Im konkreten Fall stellte der Revisionswerber, ein syrischer Staatsangehöriger, im April 2018 einen Antrag auf internationalen Schutz. Im Jahr 2015 wurde dem Revisionswerber in Dänemark der Status des subsidiär Schutzberechtigten zuerkannt. Seine Familie ist jedoch in Österreich asylberechtigt. Der VwGH führte aus, dass Voraussetzung für eine Entscheidung über einen Antrag im Familienverfahren das Bestehen eines Schutzbedürfnisses der antragstellenden Person ist. Weist die Person hingegen kein Schutzbedürfnis auf, weil ihr im Sinne des § 4a AsylG 2005 bereits der Asyl- beziehungsweise subsidiäre Schutzstatus zuerkannt wurde und sie dort Schutz vor Verfolgung gefunden hat, kommt eine Sachentscheidung im Familienverfahren nicht in Betracht. Weil im vorliegenden Fall die Voraussetzungen des § 4a AsylG 2005 vorlagen und dies ein Prozesshindernis für die inhaltliche Behandlung nach § 34 AsylG 2005 darstellt, wies der VwGH die Revision ab.

Link zur Gesamtfassung: Siehe Fußnote.[169]

Name des Gerichts: Verwaltungsgerichtshof (VwGH)

Entscheidungsdatum: 26. März 2019

Titel: Keine Parteistellung von Asylwerbern im Konsultationsverfahren nach Art. 10 Dublin III-VO

---

167 BGBl. Nr. 210/1958, in der Fassung des Bundesgesetzes BGBl. III Nr. 139/2018.
168 VwGH, 21. Mai 2019, Ro 2019/19/0006.
169 VwGH, 4. März 2019, Ra 2019/14/0023.

Geschäftszahl: Ro 2018/19/0005-0010

Zusammenfassung:

Die RevisionswerberInnen, eine afghanische Familie mit vier Kindern, reisten im März 2016 gemeinsam in Griechenland ein. Der Erstrevisionswerber reiste weiter nach Österreich, wo er am 22. Jänner 2017 einen Antrag auf internationalen Schutz stellte, der zugelassen wurde. Die Familienmitglieder stellten am 27. Jänner 2017 ihre Anträge auf internationalen Schutz in Griechenland. Im April, Juni und Juli 2017 richteten die griechischen Behörden auf Art. 10 Dublin III-VO gestützte Aufnahmeersuchen an die österreichischen Behörden, weil die Familienmitglieder schriftlich den Wunsch nach einer Familienzusammenführung mit dem Erstrevisionswerber äußerten. Das BFA lehnte dieses Ersuchen mit der Begründung ab, dass die Familieneinheit der RevisionserwerberInnen im Zeitpunkt ihrer Einreise in Griechenland bestanden habe und die Trennung der Familie bewusst erfolgt sei. Es sei nicht Zweck der Familienzusammenführung nach Art. 10 Dublin III-VO, eine Trennung einer Familieneinheit und die Weiterreise in einen Mitgliedstaat eigener Wahl zu ermöglichen. Mit einem gemeinsamen Schriftsatz vom 11. August 2017 beantragten die Revisionswerber beim BFA unter anderem die Erlassung von Feststellungsbescheiden zu den ablehnenden Antworten, wonach das BFA einer Aufnahme der Zweit- bis Sechstrevisionswerber nicht zustimme, weil Österreich nicht zur Prüfung ihrer Anträge auf internationalen Schutz nach Art. 10 Dublin III-VO zuständig sei. Das BFA lehnte diese Anträge im Wesentlichen mit der Begründung ab, dass es sich bei dem Konsultationsverfahren nach der Dublin III-VO zwischen dem ersuchenden und dem ersuchten Mitgliedsstaat um ein rein zwischenstaatliches Verfahren handle. Der VwGH stellte letztlich – in Übereinstimmung mit dem zuvor angerufenen Bundesverwaltungsgericht – fest, dass weder das AsylG 2005 noch eine andere nationale Rechtsvorschrift die Erlassung eines Feststellungsbescheides darüber vorsieht, ob Österreich nach der Dublin III-VO der zuständige Mitgliedstaat zur Prüfung eines Antrags auf internationalen Schutz ist und daher einem (Wieder-)Aufnahmegesuch zuzustimmen oder es abzulehnen hat. AsylwerberInnen haben im Konsultationsverfahren nach Art. 10 Dublin III-VO keine Parteistellung.

Link zur Gesamtfassung: Siehe Fußnote.[170]

[170] VwGH, 26. März 2019, Ro 2018/19/0005-0010.

3 UNACCOMPANIED MINORS AND OTHER VULNERABLE GROUPS

Across (Member) States, unaccompanied minors may be recorded within the national asylum system or in other migration / protection procedures, or may remain outside of such systems. Please check the relevant boxes as applicable in your Member State:

☒ unaccompanied minors are recorded within the asylum system (please fill in section 3.1);

☐ unaccompanied minors not applying for asylum who are recorded within the child protection system and may apply for a different migration status. If so, please specify which procedures are used and fill in section 3.2):

☐ unaccompanied minors not applying for asylum who remain outside the asylum/migration/(child) protection-system (please fill in section 3.3).

3.1 Unaccompanied minors applying for asylum

Were there any new developments at national level in 2019 in relation to unaccompanied minors (UAMs) who were applying for asylum using the specific headings outlined below? Y/N.

If **yes**, please elaborate below and state the **driver for the change / intended impact** in 2019. Please indicate the nature of each development in the tick boxes below.

Development *(Please describe)*	**Nature***
a) Increase/Decrease of human resources and/or training of staff;	
Keine wesentlichen Neuerungen im Jahr 2019.	☐ Legislation ☐ Policy ☐ Practice/Other
b) Protection and care of UAMs, including reception facilities;	
Am 3. Dezember 2019 wurde eine Vereinbarung gemäß Art. 15a Bundes-Verfassungsgesetz[171] zwischen Bund und Ländern über die Kinder- und Jugendhilfe geschlossen.[172] Diese Vereinbarung trat mit 1. Jänner 2020 in Kraft. Die Vereinbarung zielt darauf ab, die Kinder- und Jugendhilfe in Österreich einheitlich zu gestalten, gemeinsame Standards festzulegen und weiterzuentwickeln (Art. 1 leg cit). Dafür wurde in der Vereinbarung festgelegt, dass die im Bundes-Kinder- und Jugendhilfegesetz 2013[173] gelisteten Instrumente, Mindeststandards und Leistungen der Kinder- und Jugendhilfe zukünftig von den Ländern umgesetzt werden (Art. 2 leg cit). Dies betrifft auch die Versorgung und Betreuung unbegleiteter Minderjähriger Flüchtlinge.[174] Einige gesetzliche Regelungen des Bundes-Kinder- und Jugendhilfegesetzes 2013 sollen zukünftig durch ein Bundesgesetz festgelegt werden (Art. 3 leg cit).[175]	☒ Legislation ☐ Policy ☐ Practice/Other
c) Legal guardianship and foster care;	
Keine wesentlichen Neuerungen im Jahr 2019.	☐ Legislation ☐ Policy

171 BGBl. Nr. 1/1930, in der Fassung des Bundesgesetzes BGBl. I Nr. 100/2003.
172 BGBl. I Nr. 106/2019.
173 BGBl. I Nr. 69/2013, in der Fassung des Bundesgesetzes BGBl. I Nr. 105/2019.
174 Bassermann M.-A., A. Spiegelfeld, *Unbegleitete Minderjährige nach Feststellung des Aufenthaltstatus in Österreich* (EMN, 2018), S. 9. Verfügbar auf www.emn.at (Zugriff 6. Jänner 2020).
175 BGBl. I Nr. 106/2019.

Development *(Please describe)*	**Nature***
	☐ Practice/Other
d) Age assessment;	
Keine wesentlichen Neuerungen im Jahr 2019.	☐ Legislation ☐ Policy ☐ Practice/Other
e) Procedural safeguards;	
Keine wesentlichen Neuerungen im Jahr 2019.	☐ Legislation ☐ Policy ☐ Practice/Other
f) Provision of information (info material, e.g. videos, leaflets, booklets etc.);	
Keine wesentlichen Neuerungen im Jahr 2019.	☐ Legislation ☐ Policy ☐ Practice/Other
g) Other.	
Im Rahmen einer Überprüfung der Rückkehrberatungseinrichtungen hinsichtlich menschenrechtlicher Standards wurde geraten, Kinder sowie Familien mit schulpflichtigen Kindern, für die eine in Rechtskraft erwachsene Rückkehrentscheidung vorliegt, nicht länger in den Einrichtungen Schwechat und Fieberbrunn unterzubringen (siehe auch 9.2.1.5).[176] Grund dafür ist, dass kein ausreichender Schulzugang besteht.[177] Seit 21. November 2019 werden die Betroffenen in der Bundesbetreuungseinrichtung Bad Kreuzen (Oberösterreich) untergebracht, wo es einen Schulversuch mit der örtlichen ansässigen Schule gibt.[178]	☐ Legislation ☐ Policy ☒ Practice/Other

**Please tick the appropriate box*

3.2 Unaccompanied minors recorded within the child-protection system

Were there any <u>new</u> developments at national level in 2019 in relation to unaccompanied minors (UAMs) who were recorded within the child protection system and may apply for a different migration status (other than asylum) using the specific headings outlined below? Y/N.

If **yes**, please elaborate below and state the **driver for the change / intended impact** in 2019. Please indicate the nature of each development in the tick boxes below.

Development *(Please describe)*	**Nature***
a) Increase/Decrease of human resources and/or training of staff;	
Keine wesentlichen Neuerungen im Jahr 2019.	☐ Legislation ☐ Policy ☐ Practice/Other
b) Protection and care of UAMs, including reception or detention facilities;	
Keine wesentlichen Neuerungen im Jahr 2019.	☐ Legislation ☐ Policy ☐ Practice/Other

176 Bundesministerium für Inneres, *Menschenrechtliche Prüfung der Rückkehrberatungseinrichtungen (RÜBE).* Verfügbar auf www.bmi.gv.at (Zugriff 17. Dezember 2019).

177 Bundesministerium für Inneres, *Menschenrechtliche Überprüfung der Rückkehrberatungseinrichtungen durch Innenminister Peschorn.* Presseaussendung, 21. November 2019. Verfügbar auf www.bmi.gv.at (Zugriff 17. Dezember 2019).

178 Ebd.

Development *(Please describe)*	**Nature***
c) Legal guardianship and foster care;	
Keine wesentlichen Neuerungen im Jahr 2019.	☐ Legislation ☐ Policy ☐ Practice/Other
d) Age assessment;	
Keine wesentlichen Neuerungen im Jahr 2019.	☐ Legislation ☐ Policy ☐ Practice/Other
e) Procedural safeguards (e.g. modalities on the assessment of best interests);	
Keine wesentlichen Neuerungen im Jahr 2019.	☐ Legislation ☐ Policy ☐ Practice/Other
f) Provision of information (info material, e.g. videos, leaflets, booklets etc.);	
Keine wesentlichen Neuerungen im Jahr 2019.	☐ Legislation ☐ Policy ☐ Practice/Other
g) Other.	
Keine wesentlichen Neuerungen im Jahr 2019.	☐ Legislation ☐ Policy ☐ Practice/Other

**Please tick the appropriate box*

3.3 Unaccompanied minors NOT applying for asylum who remain outside the asylum/migration/(child) protection-system

Were there any new developments at national level in 2019 in relation to unaccompanied minors (UAMs) NOT applying for asylum who are also not recorded as part of another migration/protection-related procedure, following the specific headings outlined below? Y/N.

If **yes**, please elaborate below and state the **driver for the change / intended impact** in 2019. Please indicate the nature of each development in the tick boxes below.

Development *(Please describe)*	**Nature***
a) Increase/Decrease of human resources and/or training of staff;	
Keine wesentlichen Neuerungen im Jahr 2019.	☐ Legislation ☐ Policy ☐ Practice/Other
b) Protection and care of UAMs, including reception facilities;	
Keine wesentlichen Neuerungen im Jahr 2019.	☐ Legislation ☐ Policy ☐ Practice/Other
c) Legal guardianship and foster care;	
Keine wesentlichen Neuerungen im Jahr 2019.	☐ Legislation ☐ Policy ☐ Practice/Other
d) Age assessment;	
Keine wesentlichen Neuerungen im Jahr 2019.	☐ Legislation

Development *(Please describe)*	**Nature***
	☐ Policy ☐ Practice/Other
e) Procedural safeguards;	
Keine wesentlichen Neuerungen im Jahr 2019.	☐ Legislation ☐ Policy ☐ Practice/Other
f) Provision of information (info material, e.g. videos, leaflets, booklets etc.);	
Keine wesentlichen Neuerungen im Jahr 2019.	☐ Legislation ☐ Policy ☐ Practice/Other
g) Other.	
Keine wesentlichen Neuerungen im Jahr 2019.	☐ Legislation ☐ Policy ☐ Practice/Other

**Please tick the appropriate box*

3.4 Other vulnerable groups applying for asylum

Were there any new developments at national level in relation to other vulnerable groups[179] applying for asylum in 2019? Y/N.

Other vulnerable groups include (accompanied) minors, disabled people, elderly people, lesbian, gay, bisexual, transgender, queer or questioning, and intersex (LGBTQI) people, pregnant women, single parents with minor children, persons with serious illnesses, persons with mental disorders and persons who have been subjected to torture, rape or other serious forms of psychological, physical or sexual violence, such as victims of female genital mutilation, following the specific headings outlined below.

If **yes**, please elaborate below and state the **driver for the change / intended impact** in 2019. Please indicate the nature of each development in the tick boxes below.

Development *(Please describe)*	**Nature***
a) Measures clarifying the definition of vulnerable groups;	
In Kooperation zwischen dem Bundesministerium für Inneres (BMI) und dem Hohen Flüchtlingskommissar der Vereinten Nationen beziehungsweise Hochkommissar der Vereinten Nationen für Flüchtlinge (UNHCR) fand 2019 erstmals eine Schulung zum Thema LGBTQI für verfahrensführende ReferentInnen des Bundesamts für Fremdenwesen und Asyl (BFA) statt.[180] Auch zwei weitere Fortbildungsveranstaltungen zum Thema „Vulnerabilität und Flucht“ wurden 2019 in Zusammenarbeit mit UNHCR angeboten.[181]	☐ Legislation ☐ Policy ☒ Practice/Other
b) Special reception facilities for vulnerable groups;	
Keine wesentlichen Neuerungen im Jahr 2019.	☐ Legislation ☐ Policy ☐ Practice/Other
c) Identification mechanisms/referrals;	

179 Not including victims of human trafficking, as this is covered in Section 7.
180 Schriftlicher Beitrag vom Bundesministerium für Inneres, Abteilung V/10 (Rückkehr/Reintegration), 31. Jänner 2020.
181 Ebd.

Development *(Please describe)*	**Nature***
Keine wesentlichen Neuerungen im Jahr 2019.	☐ Legislation ☐ Policy ☐ Practice/Other
d) Applicable procedural safeguards;	
Keine wesentlichen Neuerungen im Jahr 2019.	☐ Legislation ☐ Policy ☐ Practice/Other
e) Other.	
Keine wesentlichen Neuerungen im Jahr 2019.	☐ Legislation ☐ Policy ☐ Practice/Other

**Please tick the appropriate box*

3.5 Other vulnerable groups NOT applying for asylum

Were there any **new developments at national level in 2019 in relation to other vulnerable groups NOT** applying for asylum (such as (accompanied) minors, disabled people, elderly people, lesbian, gay, bisexual, transgender, queer or questioning, and intersex (LGBTQI) people, pregnant women, single parents with minor children, persons with serious illnesses, persons with mental disorders and persons who have been subjected to torture, rape or other serious forms of psychological, physical or sexual violence, such as victims of female genital mutilation) , following the specific headings outlined below? **Y/N.**

If **yes**, please elaborate below and state the **driver for the change / intended impact** in 2019. Please indicate the nature of each development in the tick boxes below.

Development *(Please describe)*	**Nature***
a) Measures clarifying the definition of vulnerable groups;	
Keine wesentlichen Neuerungen im Jahr 2019.	☐ Legislation ☐ Policy ☐ Practice/Other
b) Special reception or detention facilities for vulnerable groups;	
Keine wesentlichen Neuerungen im Jahr 2019.	☐ Legislation ☐ Policy ☐ Practice/Other
c) Identification mechanisms/referrals;	
Keine wesentlichen Neuerungen im Jahr 2019.	☐ Legislation ☐ Policy ☐ Practice/Other
d) Applicable procedural safeguards;	
Keine wesentlichen Neuerungen im Jahr 2019.	☐ Legislation ☐ Policy ☐ Practice/Other

e) **Other**.	
Eine Initiative der von der Bundesregierung etablierten *Task Force Strafrecht* fokussiert sich unter anderem auf weibliche Genitalverstümmelung. Bestehen Indizien für eine drohende Genitalverstümmelung im Ausland, soll die Kinder- und Jugendhilfe künftig die Möglichkeit haben, den Entzug der Reisedokumente zu veranlassen.[182] Im Rahmen eines Projektaufrufs zu „Maßnahmen gegen weibliche Genitalverstümmelung sowie gegen Gewalt an Frauen im Kontext von Integration“ werden vom Österreichischen Integrationsfonds (ÖIF) zwischen 2019 und 2021 sieben Projekte mit einem Budget von insgesamt EUR 1 Million gefördert.[183] Bei diesen Projekten, mit Frauen und Mädchen mit Migrationshintergrund als Zielgruppe, werden Betroffene über Therapiemöglichkeiten informiert, fachlich betreut sowie Aufklärungs- und Präventionsarbeit gefördert.[184]	☐ Legislation ☒ Policy ☐ Practice/Other

**Please tick the appropriate box*

[182] Bundesministerium für Inneres, *Edtstadler: Task Force Strafrecht plant Maßnahmen gegen weibliche Genitalverstümmelung*. Presseaussendung, 17. Februar 2019. Verfügbar auf https://bmi.gv.at (Zugriff 18. November 2019).

[183] Österreichischer Integrationsfonds, Geförderte Projekte - Sonderaufruf „Maßnahmen gegen weibliche Genitalverstümmelung (FGM) sowie gegen Gewalt an Frauen im Kontext von Integration". Verfügbar auf www.integrationsfonds.at (Zugriff 5. Dezember 2019).

[184] Österreichischer Integrationsfonds, *Maßnahmen gegen weibliche Genitalverstümmelung (FGM) sowie gegen Gewalt an Frauen im Kontext von Integration*. Verfügbar auf www.integrationsfonds.at (Zugriff 5. Dezember 2019).

4 INTEGRATION

4.1 Integration of third-country nationals

Integration through socio-economic participation

Were there any new significant developments to facilitate integration of third-country nationals, through socio-economic participation in 2019? Y/N.

Please note that this question is intended to capture generic integration policies. Measures targeting specific categories of third-country nationals are addressed in Section 4.2. Please also consider measures to increase the participation of third-country nationals (both women and men) in the design and implementation of integration policies.

If **yes**, please elaborate below and state the **driver for the change / intended impact** in 2019. Please indicate the nature of each development in the tick boxes below.

Development *(Please describe)*	**Nature***
a) Measures to improve attainment in schooling and/or the education system and/or vocational training;	
Im Oktober 2019 wurde das *Liese Prokop Stipendium* an 17 Studierende mit Flucht- und Migrationshintergrund vergeben.[185] Bisher wurden bereits mehr als 300 Studierende gefördert, die an einem Vorstudienlehrgang teilnehmen oder ihr Studium an einer österreichischen Universität nostrifizieren lassen und keine Studienbeihilfe erhalten.[186] Die StipendiatInnen werden unter anderem beim Absolvieren ihres Studiums und dem Einstieg in den österreichischen Arbeitsmarkt unterstützt. Wichtiger Teil des Programms ist außerdem die kulturelle und gesellschaftliche Weiterbildung.[187]	☐ Legislation ☐ Policy ☒ Practice/Other
b) Measures to enhance language skills;	
Seit dem Schuljahr 2018/19 werden SchülerInnen an allgemeinbildenden Pflichtschulen, mittleren und höheren Schulen, die dem Unterricht auf Grund unzureichender Sprachkenntnisse nicht folgen können, in eigenen Deutschförderkursen oder Klassen unterrichtet (§ 8h Schulorganisationsgesetz).[188] Bei mangelhaften Deutschkenntnissen erfolgt eine Zuteilung zu einem Deutschförderkurs, bei ungenügenden Deutschkenntnissen eine Zuteilung zu einer Deutschförderklasse. Die Maßnahmen sind grundsätzlich auf ein Semester ausgelegt und können maximal vier Semester lang besucht werden.[189] Im Februar 2019 wurde berichtet, dass nach dem Wintersemester 2018/19 in Wien 800 SchülerInnen den Umstieg von der Deutschförderklasse in den Regelunterricht geschafft und mehr als 1.000 SchülerInnen die Deutschförderkurse erfolgreich absolviert hatten.[190]	☐ Legislation ☐ Policy ☒ Practice/Other
Am 22. Mai 2019 wurde die Novelle des Integrationsgesetzes (IntG)[191] kundgemacht, wodurch das Bundesministerium für Europa, Integration und	☒ Legislation

185 Österreichischer Integrationsfonds (ÖIF), *Verleihung des Liese Prokop Stipendiums an asylberechtigte Studierende*. Verfügbar auf www.integrationsfonds.at (Zugriff 24. Jänner 2020).
186 Schriftlicher Beitrag vom Bundesministerium für Europa, Integration und Äußeres, Sektion VIII (Integration), 24. Jänner 2020.
187 Schriftlicher Beitrag vom Bundesministerium für Europa, Integration und Äußeres, Sektion VIII (Integration), 24. Jänner 2020.
188 BGBl. Nr. 242/1962, in der Fassung des Bundesgesetzes BGBl. I Nr. 35/2018.
189 Bundesministerium für Bildung, Wissenschaft und Forschung, *Deutschförderklassen und Deutschförderkurse*, verfügbar auf www.bmbwf.gv.at (Zugriff 4. Dezember 2019).
190 Die neue Volkspartei, *Blümel/Wölbitsch: Deutschförderklassen zeigen erste Erfolge.* Presseaussendung, 22. Februar 2019. Verfügbar auf www.ots.at (Zugriff 28. November 2019).
191 BGBl. I Nr. 68/2017, in der Fassung des Bundesgesetzes BGBl. I Nr. 41/2019.

Äußeres (BMEIA) ab 1. Jänner 2020 Deutschkurse für Asylberechtigte und subsidiär Schutzberechtigte ab dem vollendeten 15. Lebensjahr zur Verfügung zu stellen hat, um das Erreichen eines Sprachniveaus von zumindest B1 – statt des zuvor festgelegten Niveaus von A2 – zu ermöglichen (§ 4 Abs. 1 IntG).[192] Darüber hinaus werden ab 1. Juni 2019 auch für Drittstaatsangehörige, die Leistungen im Rahmen des Sozialhilfe- Grundsatzgesetzes (SH-GG) beziehen, welche an die Bereitschaft der eigenen Arbeitskraft geknüpft sind, Werte- und Orientierungskurse zur Verfügung gestellt. Die Abwicklung der Kurse erfolgt durch den Österreichischen Integrationsfonds (ÖIF) (§ 16a IntG).[193]	☐ Policy ☐ Practice/Other
Am 1. Oktober 2019 trat die Integrationsgesetz-Durchführungsverordnung (IntG-DV)[194] in Kraft, welches die Integrationsvereinbarungs-Verordnung (IV-V 2017)[195] ersetzt. Darin werden organisatorische Aspekte zum Integrationsgesetz näher bestimmt. Die Durchführungsverordnung sieht unter anderem Kriterien für Kursinstitute vor, die Deutschkurse durchführen wollen, und legt Qualifikationsvoraussetzungen des Lehrpersonals sowie der zu Prüfenden fest. Außerdem werden Qualitätsstandards und Inhalte für diese Kurse und Prüfungen definiert.[196]	☐ Legislation ☐ Policy ☒ Practice/Other
c) Access to social security, social assistance, healthcare, housing and other basic services;	
Im Jahr 2019 wurde das Bundesgesetz zur Integration rechtmäßig in Österreich aufhältiger Personen ohne österreichische Staatsbürgerschaft (Integrationsgesetz-IntG)[197] novelliert, um eine Harmonisierung mit den einschlägigen Bestimmungen des Bundesgesetzes betreffend Grundsätze für die Sozialhilfe (Sozialhilfe-Grundsatzgesetz, SH-GG) zu bewirken.[198] Im Rahmen dieses Paketes war für erwachsene SozialhilfebezieherInnen vorgesehen, dass ein Mindestanteil von 35 Prozent der Leistung von der Voraussetzung der Vermittelbarkeit einer Person am österreichischen Arbeitsmarkt abhängig zu machen ist (§ 5 Abs. 6 bis 9 SH-GG), der sogenannte „Arbeitsqualifizierungsbonus“. Eine Vermittelbarkeit war im Sinne des SH-GG anzunehmen, wenn: - das Sprachniveau B1 (Deutsch) oder C1 (Englisch) erreicht ist, - und die integrationsrechtlichen Verpflichtungen („Mitwirkungspflichten“ gemäß § 16c Abs. 1 IntG) - oder gegebenenfalls der Abschluss einer geeigneten beruflichen Qualifizierungsmaßnahme erfüllt ist. Das SH-GG wurde vom österreichischen Verfassungsgerichtshof (VfGH) auf Verfassungswidrigkeiten geprüft. Mit Erkenntnis vom 12. Dezember 2019 wurde unter anderem die Regelung des „Arbeitsqualifizierungsbonus“ vom VfGH für verfassungswidrig befunden und aufgehoben.[199] Als Begründung wurde ausgeführt, dass „keine Gründe ersichtlich sind, weshalb ausschließlich bei Deutsch- und Englischkenntnissen auf diesem hohen Niveau eine Vermittelbarkeit am Arbeitsmarkt anzunehmen sein soll“. Darüber hinaus habe	☒ Legislation ☐ Policy ☐ Practice/Other

192 BGBl. I Nr. 41/2019.
193 BGBI. I Nr. 41/2019.
194 BGBl. II Nr. 286/2019.
195 BGBl. II Nr. 242/2017.
196 Schriftlicher Beitrag vom Bundesministerium für Europa, Integration und Äußeres, Sektion VIII (Integration), 24. Jänner 2020.
197 BGBl. I Nr. 68/2017, in der Fassung des Bundesgesetzes BGBl. I Nr. 41/2019.
198 BGBl. I Nr. 41/2019.
199 VfGH, 12. Dezember 2019, G 164/2019-25, G 171/2019-24, S. 102.

der Grundsatzgesetzgeber außer Acht gelassen, „dass Personen aus mannigfaltigen Gründen [...] nicht in der Lage sein können, ein derart hohes Sprachniveau zu erreichen“.[200] Trotz Verfassungswidrigkeit des „Arbeitsqualifizierungsbonus“ im Sozialhilfe-Grundsatzgesetz bestehen die integrationsrechtlichen Verpflichtungen gemäß Integrationsgesetz weiterhin fort.[201]	
d) Integration into the labour market.	
In Kooperation zwischen dem österreichischen Arbeitsmarktservice (AMS), dem ÖIF, der Wirtschaftskammer (WKÖ) und der Industriellenvereinigung (IV) sowie der Bundesregierung wurde im Jänner 2019 eine „Job-Börse“ für arbeitslose Asylberechtigte initiiert. Dabei nahmen etwa 1.100 Asylberechtigte die Möglichkeit wahr, mit rund 40 vor Ort befindlichen Unternehmen in Kontakt zu treten.[202]	☐ Legislation ☐ Policy ☒ Practice/Other
Das Bundesministerium für Arbeit, Soziales, Gesundheit und Konsumentenschutz und der Wiener Sozialstadtrat einigten sich im Februar 2019 darauf, Beschäftigungsmöglichkeiten für Asyl- und subsidiär Schutzberechtigte zu fördern. Als Schwerpunkte wurden, unter anderem, der Ausbau berufsspezifischer Deutschkurse in Kooperation mit Betrieben, Forcierung der Pflichtschulabschlüsse, Deutschkurse für Frauen sowie Umsetzung des gemeinsamen Projekts der Wiener Jugendunterstützung, mit Fokus auf Arbeitsmarktintegration von 15- bis 25-Jährigen, definiert.[203] Wie aus 2019 veröffentlichten Zahlen hervorgeht, konnten bereits 2018 durch vermehrte Schulungen die überdurchschnittlich hohe Arbeitslosigkeitsquote von Jugendlichen aus Afghanistan, der Arabische Republik Syrien und dem Irak auf 27 Prozent gesenkt werden (2017: 37,2%).[204]	☐ Legislation ☒ Policy ☐ Practice/Other
Die Arbeitslosenquote von Menschen mit ausländischer Staatsbürgerschaft lag im ersten Halbjahr 2019 mit 11,2 Prozent deutlich höher als die Arbeitslosenquote bei ÖsterreicherInnen mit 6,6 Prozent.[205] Um dem entgegenzuwirken, ging das Programm „Mentoring für MigrantInnen“ mit November 2019 in die nächste Runde. Das Projekt, welches seit 2008 existiert, vernetzt qualifizierte Personen mit Migrations- oder Fluchthintergrund, die Hilfe beim Einstieg in die österreichische Arbeitswelt suchen, mit MentorInnen aus der Wirtschaft.[206] Am Durchgang 2019/2020 in Wien, Niederösterreich und	☐ Legislation ☐ Policy ☒ Practice/Other

200 VfGH, 12. Dezember 2019, G 164/2019-25, G 171/2019-24, S. 102.

201 Schriftlicher Beitrag vom Bundesministerium für Europa, Integration und Äußeres, Sektion VIII (Integration), 24. Jänner 2020.

202 Arbeitsmarkt Service, *Rund 1.100 Asylberechtigte bei Job-Börse der Regierung*. Presseaussendung, 23. Jänner 2019. Verfügbar auf www.ams.at (Zugriff 12. Dezember 2019); Bundeskanzleramt, *Bundeskanzler Kurz: Asylberechtigte zu Leistungserbringern machen*. Presseaussendung, 23. Jänner 2019. Verfügbar auf www.bundeskanzleramt.gv.at (Zugriff 12. Dezember 2019).

203 Bundesministerium für Arbeit, Soziales, Gesundheit und Konsumentenschutz, *Hartinger-Klein/Hacker: Müssen Asylberechtige in Beschäftigung bringen*. Presseaussendung, 23. März 2019. Verfügbar auf www.ots.at (Zugriff 15. November 2019).

204 Statistik Austria, *Migration & Integration: Zahlen, Daten, Indikatoren 2019* (Wien, 2019), S. 11. Verfügbar auf www.bmeia.gv.at (Zugriff 7. Februar 2020); Statistik Austria, *Migration & Integration: Zahlen, Daten, Indikatoren 2018* (Wien, 2018), S. 12. Verfügbar auf www.bmeia.gv.at. (Zugriff 7. Februar 2020).

205 Ebd.; Arbeitsmarktservice Österreich (AMS), *Mentoring unterstützt MigrantInnen beim Einstieg in den Arbeitsmarkt*. Presseaussendung, 11. November 2019. Verfügbar auf www.ams.at (Zugriff 9. Dezember 2019).

206 Arbeitsmarktservice Österreich (AMS), *Mentoring unterstützt MigrantInnen beim Einstieg in den Arbeitsmarkt*. Presseaussendung, 11. November 2019. Verfügbar auf www.ams.at (Zugriff 9. Dezember 2019).

Burgenland nehmen 96 Mentoring-Paare teil.[207] Von den Mentees sind 97 Prozent AkademikerInnen und 52 Prozent hochqualifizierte Frauen mit Migrationshintergrund.[208]	
Das Beratungszentrum für Migrantinnen und Migranten in Wien[209] wurde für seine Arbeit im Bereich der Anerkennung und Bewertung von Qualifikationen mit dem europäischen *VINCE Validation Prize 2019* ausgezeichnet.[210] Das Beratungszentrum ist eines von vier Projektträgern, die als Beratungsstellen nach dem Anerkennungs- und Bewertungsgesetz eingerichtet sind.[211] Allein im Jahr 2018 haben mehr als 8.000 Personen das Beratungsangebot in Anspruch genommen, im ersten Halbjahr 2019 waren es beinahe 4.700.[212]	☐ Legislation ☐ Policy ☒ Practice/Other
Instrumente der Arbeitsmarktpolitik für die Zielgruppe der MigrantInnen, die sich in den Vorjahren bewährten, wurden 2019 fortgesetzt. Dies sind insbesondere die sprachliche Förderung, bedarfsorientierte Nachqualifizierungen, Diversity Management im Rahmen der AMS-Betreuung sowie die Zusammenarbeit des AMS mit externen Beratungs- und Betreuungseinrichtungen für MigrantInnen.[213]	☐ Legislation ☐ Policy ☒ Practice/Other
e) Other.	
Für das BMEIA ist die Förderung der Integration von Frauen mit Migrationshintergrund ein Schwerpunktthema.[214] Für die Umsetzung dieses Schwerpunkts in der Integrationsarbeit wurden 2019 die finanziellen Mittel auf EUR 2,3 Millionen erhöht (zuvor EUR 1,4 Millionen).[215] Außerdem wurde dieser Schwerpunkt 2019 im jährlich erscheinenden *Integrationsbericht* bei der Sitzung des Integrationsbeirats sowie vom ÖIF aufgegriffen.[216]	☐ Legislation ☐ Policy ☒ Practice/Other
Anfang September wurde der vom Expertenrat für Integration erstellte *Integrationsbericht 2019* präsentiert. Der diesjährige Fokus des Berichts lag auf Geschlechterrollen, Integration von Jugendlichen, Familiennachzug und Heiratsmigration, religiöse Vielfalt und Säkularität.[217] Darüber hinaus wurden eine Übersicht integrationsrelevanter staatlicher Daten und Statistiken aus den Bereichen Asyl und Aufenthalt, Bildung, Sozialleistungen, Arbeitsmarkt, Deutschkurse, Werte- und Orientierungskurse und Wissenschaft	☐ Legislation ☒ Policy ☐ Practice/Other

207 Österreichischer Integrationsfonds (ÖIF), *Bundesministerin Dr. Susanne Raab bei "Mentoring für MigrantInnen" Auftaktveranstaltung.* Verfügbar auf www.integrationsfonds.at (Zugriff 28. Jänner 2020); Schriftlicher Beitrag vom Bundesministerium für Europa, Integration und Äußeres, Sektion VIII (Integration), 24. Jänner 2020.

208 Ebd.

209 Beratungszentrum für Migranten und Migrantinnen, verfügbar auf www.migrant.at/ (Zugriff 27. Jänner 2020).

210 VINCE Validierungspreis 2019, verfügbar auf https://vince.eucen.eu (Zugriff 27. Jänner 2020).

211 Schriftlicher Beitrag vom Bundesministerium für Arbeit, Soziales, Gesundheit und Konsumentenschutz, 24. Jänner 2020.

212 Ebd.

213 Ebd.

214 Bundesministerium für Europa, Integration und Äußeres, Karin Kneissl: „Umsetzung des Integrationsgesetzes und die Förderung der Integration von Frauen mit Migrationshintergrund sind Prioritäten der Integrationsarbeit“. Presseaussendung, 14. September 2018. Verfügbar auf www.bmeia.gv.at (Zugriff 12. Dezember 2019).

215 Bundesministerium für Europa, Integration und Äußeres, *Karin Kneissl: „Eigenverantwortung ist ein zentrales Element von Integrationsarbeit“.* Presseaussendung, 16. Mai 2019. Verfügbar auf www.ots.at (Zugriff 12. Dezember 2019).

216 Österreichischer Integrationsfonds, *ÖIF-Förderaufruf für Maßnahmen gegen Gewalt an Frauen im Kontext von Integration.* Presseaussendung, 17. Jänner 2019. Verfügbar auf www.ots.at (Zugriff 13. Dezember 2019); Bundesministerium für Europa, Integration und Äußeres, *Integrationsbericht 2019 – Österreich ist im Integrationsbereich auf einem guten Weg.* Presseaussendung, 4. September 2019. Verfügbar auf www.bmeia.gv.at (Zugriff 13. Dezember 2019); Bundesministerium für Europa, Integration und Äußeres, *Bundesminister Alexander Schallenberg eröffnet 19. Sitzung des Integrationsbeirats.* Presseaussendung, 7. November 2019. Verfügbar auf www.bmeia.gv.at (Zugriff 13. Dezember 2019).

217 Expertenrat für Integration, *Integrationsbericht 2019* (Wien, 2019). Verfügbar auf www.bmeia.gv.at (Zugriff 7. Februar 2020).

(Integrationsmonitoring gemäß § 21 IntG) aufbereitet. Dies dient als solide Datengrundlage zur Erfassung der strukturellen Integration von MigrantInnen sowie von Asyl- und subsidiär Schutzberechtigten in Österreich und ermöglicht langfristige vergleichende Beobachtung, die als Basis für evidenzbasierte integrationspolitische Maßnahmen herangezogen werden kann.[218] Diese Informationen werden durch das Statistische Jahrbuch *migration & integration* der Statistik Austria ergänzt, welches ebenso Anfang September 2019 präsentiert wurde.[219]	
Am 21. Oktober 2019 wurde die Studie *Integrationsbarometer 2019* im Auftrag des ÖIF zu Integrationsthemen präsentiert, in deren Rahmen 1.000 österreichische StaatsbürgerInnen ab dem 16. Lebensjahr zum Zusammenleben von ÖsterreicherInnen, ZuwanderInnen und Flüchtlingen befragt wurden. Die Ergebnisse zeigten, dass im Sommer 2019 das Zusammenleben zwischen ÖsterreicherInnen und ZuwanderInnen von 42 Prozent als positiv bewertet wurde.[220] Das Zusammenleben zwischen MuslimInnen und Nicht-MuslimInnen bewerteten 27 Prozent als positiv.[221] Die Integration von MigrantInnen aus Bosnien und Herzegowina, Deutschland, Kroatien, Polen sowie Ungarn wird mehrheitlich als gelungen bewertet, die Integration von Personen aus Afghanistan, Somalia und jene mit tschetschenischem Hintergrund hingegen als weniger oder gar nicht gelungen.[222] Weiters sprechen sich der Studie nach 90 Prozent der Befragten für verpflichtende Integrationsmaßnahmen sowie eine Sanktionierung, sofern diese Maßnahmen nicht erfüllt werden, aus.[223]	☐ Legislation ☐ Policy ☒ Practice/Other
Die ÖIF Studie *Junge Menschen mit muslimischer Prägung in Wien. Zugehörigkeiten, Einstellungen und Abwertungen* ergab, dass mit zunehmender Aufenthaltsdauer die demokratische Grundhaltung steigt.[224] Anti-demokratische und abwertende Haltungen zu Grund- und Freiheitsrechten wurden mit familiärer Sozialisierung, Gewalterfahrungen, autoritären Strukturen der Herkunftsstaaten und der persönlichen Einstellung zu Religion in Verbindung gebracht.[225] Weiters verweisen Berichte von jungen MuslimInnen über häufige Diskriminierung auf Wechselwirkungen zwischen Herkunft, Religion und sozialem Status.[226]	☐ Legislation ☐ Policy ☒ Practice/Other

**Please tick the appropriate box*

218 Schriftlicher Beitrag Bundesministerium für Europa, Integration und Äußeres, Sektion VIII (Integration), 24. Jänner 2020.

219 Statistik Austria, *Migration & Integration: Zahlen, Daten, Indikatoren 2019* (Wien, 2019). Verfügbar auf www.bmeia.gv.at (Zugriff 7. Februar 2020).

220 P. Hajek, *Integrationsbarometer 2019: Integrationsbefragung*. (Österreichischer Integrationsfonds, Wien, 2019), S. 11. Verfügbar auf www.integrationsfonds.at (Zugriff 20. November 2019).

221 Ebd., S. 12.

222 Ebd., S. 14.

223 P. Hajek, *Integrationsbarometer 2019: Integrationsbefragung*. (Österreichischer Integrationsfonds, Wien, 2019), S. 19. Verfügbar auf www.integrationsfonds.at (Zugriff 20. November 2019).

224 Österreichischer Integrationsfonds, *Junge Menschen mit muslimischer Prägung in Wien: Zugehörigkeiten, Einstellungen und Abwertungen*. Verfügbar auf www.integrationsfonds.at (Zugriff 17. Dezember 2019).

225 Ebd.; siehe auch Österreichischer Integrationsfonds, *Neue ÖIF-Befragung zu Einstellungen von muslimischen Jugendlichen in Wien.* Presseaussendung, 30. November 2019. Verfügbar auf www.ots.at (Zugriff 17. Dezember 2019).

226 Österreichischer Integrationsfonds, *Junge Menschen mit muslimischer Prägung in Wien: Zugehörigkeiten, Einstellungen und Abwertungen*, S. 104. Verfügbar auf www.integrationsfonds.at (Zugriff 17. Dezember 2019).

Integration through ACTIVE participation and social inclusion

Were there any new developments to promote the integration of third-country nationals through active participation and social inclusion in 2019? Y/N.

For instance, consider measures to increase the participation of third country nationals (both women and men) in the design and implementation of integration policies; outreach programmes, capacity-building within migrant organisations; and measures to enhance democratic and civic participation, for example, training, civic courses on national history, political institutions and values, mentors etc.

If **yes**, please elaborate below and state the **driver for the change / intended impact** in 2019. Please indicate the nature of each development in the tick boxes below.

Development *(Please describe)*	**Nature***
Zwölf Sportprojekte, welche die Integration von MigrantInnen und Flüchtlingen in Österreich fördern, wurden mit dem ÖIF „Integrationspreis Sport" geehrt.[227] Das Gewinnerprojekt „Miteinander am Berg" des Österreichischen Alpenvereins zielt beispielsweise darauf ab, Menschen mit und ohne Migrationshintergrund für den Klettersport zu begeistern und mit der österreichischen Bergwelt vertraut zu machen.[228] Durch die *Intercultural Achievement Awards* wurden 2019 sieben interreligiöse und interkulturelle Dialoginitiativen durch das BMEIA geehrt.[229] Der Sonderpreis in der Kategorie Integration des ÖIF ging an das Frauen- und Männergesundheitszentrum FEM Süd in Wien. FEM Süd bietet Beratung für Mädchen und Frauen an, die von Gewalt, insbesondere von weiblicher Genitalverstümmelung, betroffen sind.[230]	☐ Legislation ☐ Policy ☒ Practice/Other

**Please tick the appropriate box*

4.2 Promoting integration of specific categories of third-country nationals

Were there any new developments specifically targeted to facilitate integration of specific categories of third-country nationals, such as beneficiaries of international protection, family migrants, UAMs and other vulnerable groups etc. in 2019? Y/N. Please also consider measures to increase the participation of specific categories of third-country nationals in the design and implementation of integration policies.

If **yes**, please elaborate below and state the **driver for the change / intended impact** in 2019. Please indicate the nature of each development in the tick boxes below.

227 Österreichischer Integrationsfonds, *Integrationspreis Sport*. Verfügbar auf www.integrationsfonds.at (Zugriff 5. Dezember 2019).

228 Österreichischer Integrationsfonds, *ÖIF-„Integrationspreis Sport": Hauptpreise an „Miteinander am Berg" und „Sportvereint in Raaba-Grambach".* Presseaussendung, 27. März 2019. Verfügbar auf www.ots.at (Zugriff 5. Dezember 2019).

229 Bundesministerium für Europa, *Integration und Äußeres, Verleihung des Intercultural Achievement Awards 2019*. Presseaussendung, 28. Oktober 2019. Verfügbar auf www.bmeia.gv.at (Zugriff 20. Dezember 2019).

230 Österreichischer Integrationsfonds, *Intercultural Achievement Award 2019: ÖIF-Integrationspreis an Frauengesundheitszentrum FEM Süd.* Verfügbar auf www.integrationsfonds.at (Zugriff 17. Jänner 2020).

Development *(Please describe)*	**Nature***
a) Measures to improve attainment in schooling and/or the education system and/or vocational training;	
Im Rahmen der aktiven Arbeitsmarktpolitik für Asylberechtige und subsidiär Schutzberechtigte wurden 2019 folgende Schwerpunkte gesetzt: Neben Sprachkursen und Nachqualifizierungen sind insbesondere Kompetenzchecks hervorzuheben.[231] Dabei handelt es sich um Fördermaßnahmen mit dem primären Ziel, die mitgebrachten Qualifikationen, Kompetenzen und Berufserfahrungen der beim AMS vorgemerkten anerkannten Flüchtlinge zu ermitteln.[232] Die Vereinten Nationen haben den „Kompetenzcheck für Frauen" mit dem *Public Service Award 2019* prämiert.[233]	☐ Legislation ☒ Policy ☐ Practice/Other
b) Measures to enhance language skills;	
Keine wesentlichen Neuerungen im Jahr 2019.	☐ Legislation ☐ Policy ☐ Practice/Other
c) Access to social security, social assistance, healthcare, housing and other basic services;	
Keine wesentlichen Neuerungen im Jahr 2019.	☐ Legislation ☐ Policy ☐ Practice/Other
d) Integration into the labour market;	
Keine wesentlichen Neuerungen im Jahr 2019.	☐ Legislation ☐ Policy ☐ Practice/Other
e) Other.	
Keine wesentlichen Neuerungen im Jahr 2019.	☐ Legislation ☐ Policy ☐ Practice/Other

4.3 Non-discrimination

Were there any new relevant developments in 2019 that concern promotion, implementation and monitoring of non-discrimination policies, in particular on grounds of ethnicity, race and others, as well as the intersection of several grounds for discrimination that would be particularly relevant for third-country nationals? Y/N.

Specifically mention any measures beyond those introduced through the transposition and implementation of EU legislation.[234] Please also consider measures to increase the participation of third-country nationals (both women and men) in the design and implementation of non-discrimination policies.

If **yes**, please elaborate below and state the **driver for the change / intended impact** in 2019. Please indicate the nature of each development in the tick boxes below.

231 Kompetenzchecks werden vom AMS österreichweit umgesetzt. Von 2015-2018 wurden über 21.000 anerkannte Flüchtlinge in Kompetenzchecks einbezogen.

232 Schriftlicher Beitrag vom Bundesministerium für Arbeit, Soziales, Gesundheit und Konsumentenschutz, 24. Jänner 2020.

233 Ebd.

234 European non-discrimination law, as constituted by the EU non-discrimination directives (Racial Equality and Employment Equality Directive), Article 21 of the EU Charter of Fundamental rights and Article 14 of and Protocol 12 to the European Convention on Human Rights, prohibits discrimination across a range of contexts and a range of grounds.

Development *(Please describe)*	**Nature***
Keine wesentlichen Neuerungen im Jahr 2019.	☐ Legislation ☐ Policy ☐ Practice/Other

**Please tick the appropriate box*

4.4 Promoting integration at local level and cooperation, consultation and coordination of local stakeholders

Were there any new relevant activities implemented by national, regional and/or local governments on the integration of third-country nationals involving the active participation of local authorities and/or civil society in 2019? Y/N.

They might include activities addressing integration challenges in disadvantaged urban areas; supporting integration through the involvement of local communities/organisation, including private sponsorship schemes; improving multi-level cooperation between different levels of governance (e.g. national, regional, local government) and stakeholders (e.g. civil society organisations, economic and social partners, education institutions, public employment services); granting voting rights in local elections. Please also consider measures to increase the participation of third-country nationals (both women and men) in the design and implementation of such policies.

If **yes**, please elaborate below and state the **driver for the change / intended impact** in 2019.

Development *(Please describe)*	**Nature***
Auch 2019 wurde das Projekts *WIR II – Workshops für Integration und Prävention von Radikalisierung* unter dem Nationalen Aktionsplan für Integration (NAP.I), finanziert durch das BMEIA, von der Internationalen Organisation für Migration (IOM) Landesbüro für Österreich in Zusammenarbeit mit lokalen Akteuren durchgeführt. Das Projekt soll tschetschenische Jugendliche bei der Entwicklung ihrer Identität und der Integration in Österreich unterstützen.[235]	☐ Legislation ☐ Policy ☒ Practice/Other
Ebenso werden in der Phase II des Projekts *ADMin4ALL* Inklusionsmaßnahmen für benachteiligte MigrantInnen durch Entwicklung lokaler, sozialer und ökonomischer Strukturen unterstützt. Das internationale Projekt, welches vom IOM Landesbüro für Österreich implementiert wird, zielt darauf ab, AkteurInnen auf lokaler und kommunaler Ebene bei ihrer Tätigkeit und ihrer Interaktion mit MigrantInnen zu unterstützen.[236]	☐ Legislation ☐ Policy ☒ Practice/Other
Im Bundesland Niederösterreich (NÖ) wurde im Jahr 2019 der *NÖ Integrationsbeirat* gegründet. Ziel ist es, zusammen mit VertreterInnen von NGOs, Länderkammern, dem NÖ Gemeindebund, dem ÖIF, Bezirkshauptmannschaften, Quartiergebern und VertreterInnen der Fachabteilung des Landes Niederösterreich das Thema Integration übergeordnet zu organisieren.[237]	☐ Legislation ☐ Policy ☒ Practice/Other

[235] IOM Landesbüro für Österreich, *WIR*, verfügbar auf https://austria.iom.int (Zugriff 13. Dezember 2019).
[236] IOM Landesbüro für Österreich, *ADMin4ALL*, verfügbar auf https://austria.iom.int (Zugriff 13. Dezember 2019).
[237] Freiheitlicher Klub im NÖ Landtag, *Landesrat Waldhäusl hebt „NÖ Integrationsbeirat" aus der Taufe!* Presseaussendung, 4. April 2019. Verfügbar auf www.ots.at (Zugriff 28. November 2019).

Im Bundesland Tirol wurde im Juni 2019 eine Neufassung des Integrationsleitbild (2006) veröffentlicht.[238] Das neue Leitbild zum Zusammenleben in Tirol hat als Ziel, das Gemeinwohl und die regionale Zugehörigkeit zu stärken. Es dient Politik, Verwaltung und lokalen Akteuren als Wegweiser und präsentiert eine Umsetzungsstrategie für die Förderung des Zusammenlebens der gesamten Bevölkerung im Kontext zunehmender Diversität.[239]	☐ Legislation ☒ Policy ☐ Practice/Other

**Please tick the appropriate box*

4.5 Awareness raising on migration in the hosting (Member) State

Were there any <u>new</u> developments aimed at raising awareness / engaging the receiving community within the (Member) State in order to enhance its understanding of the phenomenon of migration and thereby promote integration and social cohesion (information campaigns, websites, etc.) in 2019? Y/N.

If **yes**, please elaborate below and state the **driver for the change / intended impact** in 2019. Please indicate the nature of each development in the tick boxes below.

Development *(Please describe)*	**Nature***
Keine wesentlichen Neuerungen im Jahr 2019.	☐ Legislation ☐ Policy ☐ Practice/Other

**Please tick the appropriate box*

4.6 Integration measures in the countries of origin and/or involving diaspora communities

Pre-departure integration measures in countries of origin

Were there any <u>new</u> pre-departure policies / measures taking place in the countries of origin of third-country nationals to prepare for their integration after arrival in 2019? For example, language training, vocational training, recognition of qualifications and skills. Y/N.

If **yes**, please elaborate below and state the **driver for the change / intended impact** in 2019. Please indicate the nature of each development in the tick boxes below.

Development *(Please describe)*	**Nature***
Keine wesentlichen Neuerungen im Jahr 2019.	☐ Legislation ☐ Policy ☐ Practice/Other

**Please tick the appropriate box*

238 Land Tirol, *Gemeinwohl und Zugehörigkeit stärken: Leitbild zum Zusammenleben in Tirol.* Verfügbar auf www.tirol.gv.at (Zugriff 31. Dezember 2019).

239 Land Tirol, *Gemeinwohl und Zugehörigkeit stärken: Umsetzungsstrategien zum Zusammenleben in Tirol ExpertInnenpositionen*, S. 4. Verfügbar auf www.tirol.gv.at (Zugriff 31. Dezember 2019).

Integration measures involving the diaspora communities in Member States

Were there any new integration developments involving the diaspora communities in your Member State (as a host country) in 2019? For example, activities either organised by public authorities or by diaspora communities with the government's support, to promote cultural awareness and/or integration activities for particular diaspora communities. **Y/N.**

If **yes**, please elaborate below and state the **driver for the change / intended impact** in 2019. Please indicate the nature of each development in the tick boxes below.

Development *(Please describe)*	**Nature***
Keine wesentlichen Neuerungen im Jahr 2019.	☐ Legislation ☐ Policy ☐ Practice/Other

**Please tick the appropriate box*

5 CITIZENSHIP AND STATELESSNESS

5.1 Acquisition of Citizenship

Were there any new developments in relation to the acquisition of citizenship (prerequisites and conditions) for legally residing third-country nationals in your (Member) State during 2019? Y/N.

If **yes**, please elaborate below and state the **driver for the change / intended impact** in 2019. Please indicate the nature of each development in the tick boxes below.

Development *(Please describe)*	**Nature***
Am 22. Oktober 2019 wurde ein Bundesgesetz, mit dem das Staatsbürgerschaftsgesetz 1985 (StbG)[240] geändert wird, erlassen. Durch die Gesetzesänderung können Nachkommen in direkter absteigender Linie von im Nationalsozialismus Verfolgten nunmehr unter erleichterten Voraussetzungen die österreichische Staatsbürgerschaft erwerben (§ 58c Abs. 1a StbG). Diese Regelung wird am 1. September 2020 in Kraft treten. Zudem wurde für die unmittelbare Opfergeneration, welche bereits nach bisheriger Rechtslage die österreichische Staatsbürgerschaft unter bestimmten erleichterten Voraussetzungen wiedererlangen konnte, zunächst der relevante Zeitpunkt für eine Flucht ausgedehnt (statt „vor dem 9. Mai 1945“ gilt nunmehr „vor dem 15. Mai 1955“). Auch der Kreis der Anspruchsberechtigten wurde erweitert. Die Neuregelung erfasst nunmehr auch Staatsangehörige eines der Nachfolgestaaten der ehemaligen österreichisch-ungarischen Monarchie oder Staatenlose, sofern diese den Hauptwohnsitz im Bundesgebiet hatten (§ 58c Abs. 1 StbG). Diese Regelung trat mit 23. Oktober 2019 in Kraft.[241]	☒ Legislation ☐ Policy ☐ Practice/Other

**Please tick the appropriate box*

5.2 Statelessness

Statelessness determination, STATUS AND RIGHTS GRANTED

Were there any new developments in relation to statelessness determination and status during 2019? Y/N

If **yes**, please elaborate below and state the **driver for the change / intended impact** in 2019. Please indicate the nature of each development in the tick boxes below.

Development *(Please describe)*	**Nature***
a) Ratification of international conventions on statelessness;	
Keine wesentlichen Neuerungen im Jahr 2019.	☐ Legislation ☐ Policy ☐ Practice/Other
b) A dedicated statelessness determination procedure (SDP) or any other procedures or mechanisms by which statelessness can be identified and status determined;	
Keine wesentlichen Neuerungen im Jahr 2019.	☐ Legislation ☐ Policy ☐ Practice/Other

240 BGBl. Nr. 311/1985, in der Fassung des Bundesgesetzes BGBl. I Nr. 96/2019.
241 BGBl. I Nr. 96/2019.

Development *(Please describe)*	**Nature***
c) Good practices;	
Keine wesentlichen Neuerungen im Jahr 2019.	☐ Legislation ☐ Policy ☐ Practice/Other
d) Rights granted to recognised statelessness persons.	
Keine wesentlichen Neuerungen im Jahr 2019.	☐ Legislation ☐ Policy ☐ Practice/Other

**Please tick the appropriate box*

6 BORDERS, VISA AND SCHENGEN

6.1 Enhanced border management at the external borders

Border control measures/management

Were there any new developments in relation to border control measures/ management implemented during 2019? Y/N.

NB: This question only pertains to technical developments and measures taken at the external borders.

If **yes**, please elaborate below and state the **driver for the change / intended impact** in 2019. Please indicate the nature of each development in the tick boxes below.

Development *(Please describe)*	**Nature***
Die Grenzschutzeinheit *PUMA*, welche 2018 in jeder Landespolizeidirektion eingerichtet wurde, ist seit März 2019 der neuen Fremden- und Grenzpolizeilichen Abteilung (FGA) zugeordnet, da laut Bundesministerium für Inneres (BMI) die Herausforderungen in den letzten Jahren stark gestiegen sind.[242] Zu den Aufgaben der Einheit zählen die Kontrolle, ob sich Fremde rechtmäßig in Österreich aufhalten oder rechtmäßig beschäftigt sind, die Bearbeitung von Asylanträgen und die Durchführung von Grenzkontrollen.[243]	☐ Legislation ☐ Policy ☒ Practice/Other
In Österreich wurden Schritte zur Umsetzung der EU-Verordnungen zur Interoperabilität zwischen EU-Informationssystemen einerseits in den Bereichen Grenzen und Visa (PE-CONS 30/19),[244] andererseits bei polizeilicher und justizieller Zusammenarbeit, Asyl und Migration (PE-CONS 31/19)[245] gesetzt. Im Rahmen der fünfjährigen Umsetzungsphase in Österreich soll es zu einer Verbesserung der biometrischen Identifizierungsmethoden, Fingerabdrücke und Lichtbilder sowie zur Errichtung neuer Identifizierungssysteme zum Außengrenzschutz kommen.[246] Derzeit wird vor allem intensiv an der nationalen Umsetzung des europäischen Entry-Exit-Systems (EES) gearbeitet, dessen Inbetriebnahme im Jahr 2022 geplant ist. Hierbei handelt es sich um ein System zur Erfassung der Ein- und Ausreisedaten von Drittstaatsangehörigen an den Schengen-Außengrenzen.[247] Die Einführung des EES gilt als der erste wichtige Schritt für die zukünftige Interoperabilität der europäischen Informationssysteme.[248]	☐ Legislation ☐ Policy ☒ Practice/Other

242 Bundesministerium für Inneres, *Neue Struktur und Aufgaben für Einsatz-, Grenz- und Fremdenpolizeiliche Abteilungen (EGFA)*. Presseaussendung, 1. März 2019. Verfügbar auf www.bmi.gv.at (Zugriff 15. November 2019).

243 Bundesministerium für Inneres (Hg.), Streifen und kontrollieren. In: Bundesministerium für Inneres (Hg.), *Öffentliche Sicherheit 9-10/18*, S. 29 verfügbar auf www.bmi.gv.at (Zugriff 13. Dezember 2019).

244 Europäisches Parlament, Verordnung des Europäisches Parlaments und des Rates zur Errichtung eines Rahmens für die Interoperabilität zwischen EU Informationssystemen in den Bereichen Grenzen und Visa Rates (PE-CONS 30/19). Brüssel, 2. Mai 2019. Verfügbar auf https://data.consilium.europa.eu (Zugriff 7. Februar 2019).

245 Europäisches Parlament, Verordnung des Europäisches Parlaments und des Rates zur Errichtung eines Rahmens für die Interoperabilität zwischen EUInformationssystemen (polizeiliche und justizielle Zusammenarbeit, Asyl und Migration) (PE-CONS 31/19). Brüssel, 2. Mai 2019. Verfügbar auf https://data.consilium.europa.eu (Zugriff 7. Februar 2019).

246 Bundeskriminalamt, *EU-Ratspräsidentschaft 2018: Identitätsmissbrauch: Kickl feiert Erfolg auf EU-Ebene*. Presseaussendung, 6. Februar 2019. Verfügbar auf www.bundeskriminalamt.at (Zugriff 28. November 2019).

247 EMN Glossar, *Entry/Exit System (EES)*, verfügbar auf https://ec.europa.eu (Zugriff 28. Jänner 2020).

248 Schriftlicher Beitrag vom Bundesministerium für Inneres, Abteilung V/6 (Integriertes Grenzmanagement), 22. Jänner 2020; siehe auch Bundesministerium für Inneres, *Terrorismusbekämpfung: Kickl besichtigt neues Security-System am Flughafen Wien-Schwechat*. Presseaussendung, 30. April 2019. Verfügbar auf www.bmi.gv.at (Zugriff 5. Dezember 2019).

Zur Umsetzung der EU-Richtlinie (2016/681) über die Verwendung von Fluggastdatensätzen (PNR-Daten) zur „Verhütung, Aufdeckung, Ermittlung und Verfolgung von terroristischen Straftaten und schwerer Kriminalität“[249] wurde im März 2019 im Bundeskriminalamt eine neue Fluggastdatenzentralstelle (Passenger Information Unit) eingerichtet.[250] Diese wertet personenbezogene Daten ankommender und abfliegender Flugpassagiere aus und übermittelt sie an die Zentralstelle in Brüssel.[251]	☐ Legislation ☐ Policy ☒ Practice/Other

**Please tick the appropriate box*

Activities to improve the effectiveness of controls at external borders

Were there any <u>new</u> developments to ensure more effective control of the external borders, such as reinforcing border control staff, providing training, increasing overall resources, introducing action plans or protocols, etc. in 2019? Y/N.

If **yes**, please elaborate below and state the **driver for the change / intended impact** in 2019. Please indicate the nature of each development in the tick boxes below.

Development *(Please describe)*	**Nature***
Mit Inkrafttreten einer Novelle des Grenzkontrollgesetzes (GrekoG)[252] am 23. Dezember 2018 kann der/die LandespolizeidirektorIn Bedienstete, die nicht Organe des öffentlichen Sicherheitsdienstes sind, zur Ausübung von Befehls- und Zwangsgewalt an der Außengrenze ermächtigen (§ 12b Abs. 1 GrekoG). Am 1. März 2019 startete die entsprechende Ausbildung an der Sicherheitsakademie des BMI.[253] AnwärterInnen müssen eine fünfmonatige Ausbildung absolvieren sowie eine Dienstprüfung ablegen.[254] Die ersten 24 GrenzpolizeiassistentInnen beendeten diese mit 9. August 2019.[255] Anlassfall dieser Maßnahme war die aufgrund der steigenden Passagierzahlen am internationalen Flughafen Wien-Schwechat notwendig gewordene Unterstützung der PolizistInnen bei der Grenzkontrolle.[256]	☐ Legislation ☐ Policy ☒ Practice/Other

**Please tick the appropriate box*

249 Richtlinie (EU) 2016/681 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 27.April 2016 über die Verwendung von Fluggastdatensätzen (PNR-Daten) zur Verhütung, Aufdeckung, Ermittlung und Verfolgung von terroristischen Straftaten und schwerer Kriminalität, ABl L 119, S. 132 – 149.

250 Bundeskriminalamt, *Kriminalitätsbekämpfung: Fluggastdatenzentralstelle: Das neue Büro im Bundeskriminalamt nimmt operative Arbeit auf.* Presseaussendung, 8. März 2019. Verfügbar auf www.bundeskriminalamt.at (Zugriff 28. November 2019).

251 Ebd.

252 BGBl. Nr. 435/1996, in der Fassung des Bundesgesetzes BGBl. I Nr. 93/2018.

253 Schriftlicher Beitrag vom Bundesministerium für Inneres, Abteilung V/6 (Integriertes Grenzmanagement), 22.Jänner 2020; Bundesministerium für Inneres, *Grenzkontrollen: 25 Grenzpolizei-Assistentinnen und Assistenten angelobt.* Presseaussendung, 28. März 2019. Verfügbar auf www.bmi.gv.at (Zugriff 28. November 2019).

254 Ebd.

255 Bundesministerium für Inneres, *Landespolizeidirektion Niederösterreich: 24 neue Grenzpolizeiassistentinnen und -assistenten für den Flughafen Wien-Schwechat.* Presseaussendung, 13. August 2019. Verfügbar auf www.bmi.gv.at (Zugriff 28. November 2019).

256 Schriftlicher Beitrag vom Bundesministerium für Inneres, Abteilung V/6 (Integriertes Grenzmanagement), 22.Jänner 2020.

Reinforced cooperation with third countries in the area of border management

Please list any 2019 agreements, and other forms of bilateral and multilateral cooperation with third countries with an objective to strengthen the operational capacity in combatting irregular migration and controlling of external borders.

Title of agreement (where relevant)	**Third country (countries) with whom the cooperation exists**	**Description** (e.g. provision of border equipment, training of border guards, etc.)
Übereinkommen zwischen den Parteien der Konvention über die polizeiliche Zusammenarbeit in Südosteuropa über den automatisierten Austausch von DNA-, daktyloskopischen und Fahrzeugregisterdaten (PCC Prüm)	Albanien, Nordmazedonien, Republik Moldau, Montenegro, Serbien	Zur Umsetzung des 2018 unterzeichneten PCC Prüm Übereinkommens,[257] gab es im Juni 2019 ein Arbeitstreffen in Wien. Ziel ist der rasche, automatisierte Austausch von DNA-, Fingerabdruck- und Fahrzeugregisterdaten zwischen und mit den Partnern am Westbalkan. Die Umsetzung des Übereinkommens bringe einen hohen operativen Mehrwert mit Klärungsmöglichkeiten von tausenden Straftaten. Das Übereinkommen ist nach Hinterlegung der Ratifizierungsurkunden der ersten zwei Staaten mit 11. August 2019 in Kraft getreten.[258]
Mitteleuropäische Sicherheitspartnerschaft Forum Salzburg	Forum Salzburg Staaten,[259] *„Gruppe der Freunde“*[260] und Gäste[261]	Österreich führte im zweiten Halbjahr 2019 den Vorsitz des Forum Salzburg und hielt eine Ministerkonferenz vom 6.-7. November 2019 in Wien mit einem gleichzeitigen Treffen der jeweiligen Grenzpolizeichefs ab. Der Fokus lag auf der Erörterung der aktuellen Situation auf der „Balkanroute“ und der Diskussion und Erarbeitung von Vorschlägen für ein zukünftiges gemeinsames europäisches Asyl- und Migrationssystems.[262] Vereinbarte Maßnahmen sind konsequente Grenzkontrollen entlang der Westbalkanroute, Unterstützung an

257 Police Cooperation Convention for Southeast Europe (PCC SEE), Agreement between the parties to the Police Cooperation Convention for Southeast Europe on the automated exchange of DNA data, dactyloscopic data and vehicle registration data. Verfügbar auf www.eu2018.at (Zugriff 13. Dezember 2019); Police Cooperation Convention for Southeast Europe (PCC SEE), Memorandum of Understanding on the automated exchange of DNA, dactyloscopic and vehicle registration data. Verfügbar auf www.eu2018.at (Zugriff 13. Dezember 2019).

258 Schriftlicher Beitrag vom Bundesministerium für Inneres, Abteilung I/4 (Internationales), 24. Jänner 2020.

259 Mitglieder dieser mitteleuropäischen Sicherheitspartnerschaft sind: Bulgarien, Kroatien, Polen, Rumänien, Slowenien, Slowakei, Tschechien sowie Ungarn.

260 Zur „Gruppe der Freunde“ gehören: Albanien, Bosnien und Herzegowina, Montenegro, Nordmazedonien, Serbien und Republik Moldau.

261 Als Gast waren anwesend: Dänemark, Deutschland, Finnland (zu dem Zeitpunkt amtierender EU-Ratsvorsitz), Griechenland, Italien, Kosovo und die Schweiz. Der Verweis auf Kosovo ist im Sinne der Resolution 1244 (1999) des Sicherheitsrats der Vereinten Nationen zu verstehen.

262 Schriftlicher Beitrag vom Bundesministerium für Inneres, Abteilung I/4 (Internationales), 24. Jänner 2020.

		Brennpunkten und Zusammenarbeit gegen Schlepperei und Menschenhandel durch Nutzung des „Joint Operational Office" in Wien.[263]
OSZE Seminar - Trainerausbildung für Dokumentenschulungen in Nordmazedonien	Nordmazedonien	Schulung der PolizeibeamtInnen in der Erkennung von gefälschten oder verfälschten Dokumenten. Die einwöchige Ausbildung beinhaltete einen Theorieteil im Bereich Dokumentensicherheit und einen Praxisteil im Erkennen von unechten Dokumenten.[264]
Internationalen Ministerkonferenz zur Balkanroute	u.a. Albanien, Kosovo[265], Bosnien und Herzegowina, Montenegro, Nordmazedonien, Serbien	Bei der Internationalen Ministerkonferenz zur „Balkanroute“ im Mai 2019 in Wien wurde ein Zwölf-Punkte-Maßnahmenpaket mit Schwerpunkt auf Krisenprävention vereinbart. Darin inkludiert sind ein regelmäßiger Informationsaustausch, strategische Treffen, ein verstärkter Kampf gegen Menschenschmuggel und Schleppernetzwerke, koordinierte Maßnahmen beim Grenzschutz, intensive Kooperationen bei Rückführungen sowie bei der Zusammenarbeit gegen Bedrohungen durch Extremismus.[266]

If information is available, please describe any evidence of the effectiveness of these measures
Keine Angaben.

6.2 Visa Policy

Were there any <u>new</u> developments in relation to the implementation of the Visa Code and the Visa Information System (VIS) or any other Visa related developments, in particular in relation to cooperation between (Member) States' consulates and the set-up of joint consular services for visas in 2019? Y/N

If **yes**, please elaborate below and state the **driver for the change / intended impact** in 2019. Please indicate the nature of each development in the tick boxes below.

263 Schriftlicher Beitrag vom Bundesministerium für Inneres, Abteilung I/4 (Internationales), 24. Jänner 2020; Bundesministerium für Inneres, *Peschorn: Neue Migrationskrise mit Notfallplänen verhindern*. Presseaussendung, 7. November 2019. Verfügbar auf www.bmi.gv.at (Zugriff 13. Dezember 2019). Bundesministerium für Inneres, *Hochrangiges Treffen zu Migration und Grenzen in Wien.* Presseaussendung, 18. September 2019. Verfügbar auf www.bmi.gv.at (Zugriff 13. Dezember 2019).

264 Bundesministerium für Inneres, *OSCE Seminar - Trainerausbildung für Dokumentenschulungen in Nordmazedonien*. Presseaussendung, 27. September 2019. Verfügbar auf www.bmi.gv.at (Zugriff 13. Dezember 2019).

265 Der Verweis auf Kosovo ist im Sinne der Resolution 1244 (1999) des Sicherheitsrats der Vereinten Nationen zu verstehen.

266 Bundesministerium für Inneres, *Kickl: Wollen mit Partnern neue Migrationskrise am Balkan verhindern.* Presseaussendung, 3. Mai 2019. Verfügbar auf https://bmi.gv.at; Landespolizeidirektion Wien, *Migrationskonferenz in Wien.* Presseaussendung, 3. Mai 2019. Verfügbar auf www.polizei.gv.at (Zugriff 13. Dezember 2019).

Development *(Please describe)*	**Nature***
Im Jahr 2019 wurden eine Anzahl von Anhängen zu Vereinbarungen über die gegenseitige Vertretung im Verfahren der Visumerteilung abgeändert: a) Am 30. April sowie am 8. Oktober 2019 wurden Ergänzungen in der bestehenden Vereinbarung mit Deutschland über das Verfahren der Erteilung von Schengen Visa vorgenommen. Mit 1. April 2019 wird die Vertretung Österreichs in solchen Verfahren durch Deutschland in Taschkent (Usbekistan)[267] und mit 1. Oktober 2019 in Kampala (Uganda)[268] auf Personen beschränkt, die über einen DiplomatInnen- oder Dienstpass des jeweiligen Drittstaates verfügen. b) Das bestehende Übereinkommen mit Tschechien über die gegenseitige Vertretung durch diplomatische und konsularische Vertretungen ihrer Staaten im Verfahren der Visaerteilung wurde geändert; der Dienstort Dakar (Senegal) mit Wirkung vom 1. Jänner 2019 aus dem Anhang gestrichen.[269] c) Das bestehende Übereinkommen mit der Slowakei über die gegenseitige Vertretung durch diplomatische und konsularische Vertretungen ihrer Staaten im Verfahren der Visaerteilung wurde geänder;t der Dienstort Abu Dhabi (Vereinigte Arabische Emirate) mit Wirkung vom 1. April 2019 aus dem Anhang gestrichen. [270] d) Ab 1. März 2019 wird Österreich von Ungarn an der Dienststelle Tripoli (Libyen) vertreten. Diese Regelung beschränkt sich auf Personen, die über einen DiplomatInnenpass der jeweiligen Drittstaaten verfügen, und gilt nach Absprache mit der österreichischen Botschaft in Tunis.[271] e) Mit 1. Juni 2019 kam es zur Aussetzung der Schengenvertretung durch Finnland in Sankt Petersburg (Russische Föderation) und durch Österreich in Beirut (Libanon).[272]	☒ Legislation ☐ Policy ☐ Practice/Other
Am 13. November 2019 trat eine neue Konsularverordnung (KonsV)[273] in Kraft. Die Anlage der Verordnung des Bundesministers für Europa, Integration und Äußeres über die Wahrnehmung konsularischer Aufgaben durch die österreichischen Vertretungsbehörden im Ausland regelt die örtlichen Zuständigkeiten von Botschaften/ Berufsvertretungsbehörden[274] sowie von HonorarkonsulInnen geleiteten Konsulate.[275]	☒ Legislation ☐ Policy ☐ Practice/Other

**Please tick the appropriate box*

267 BGBl. III Nr. 55/2019.
268 BGBl. III Nr. 168/2019.
269 BGBI III Nr. 24/2019.
270 BGBI III Nr. 30/2019.
271 BGBI III Nr. 29/2019.
272 Schriftlicher Beitrag vom Bundesministerium für Europa, Integration und Äußeres, Sektion IV (Konsularsektion und Unternehmensservice), 26. Februar 2020.
273 BGBl. II Nr. 327/2019.
274 BGBl. II Nr. 327/2019 Anlage 1.
275 BGBl. II Nr. 327/2019 Anlage 2.

6.3 Schengen governance

Were there any new developments in relation to Schengen governance during 2019? Y/N

Where relevant, please include any (planned) actions in relation to the new Schengen acquis, temporary suspension of Schengen, etc.

If **yes**, please elaborate below and state the **driver for the change / intended impact** in 2019. Please indicate the nature of each development in the tick boxes below.

Development *(Please describe)*	**Nature***
Per Verordnung des Bundesministers für Inneres gemäß § 10 Abs. 2 Grenzkontrollgesetz (GrekoG) führte Österreich vorübergehende Grenzkontrollen an den Binnengrenzen zu Slowenien und Ungarn ein. Zunächst wurden die Grenzkontrollen bis 13. November 2019[276] und schließlich bis 14. Mai 2020 eingeführt.[277] Begründet wird die Wiedereinführung der Grenzkontrollen unter anderem mit der Situation in Griechenland, der Arabischen Republik Syrien und der Türkei sowie mit Sekundärbewegungen von MigrantInnen und Risiken im Zusammenhang mit Terrorismus, organisierter Kriminalität und einem mangelhaften Außengrenzschutz.[278] Auch Deutschland führte gegenüber Österreich Binnengrenzkontrollen ein.[279]	☒ Legislation ☐ Policy ☐ Practice/Other
Betreffend EU-Verhandlungen des Visakodex, setzte sich Österreich 2019 für die Einführung sogenannter „Visahebel“ ein. Dieser sieht Erschwerungen bei der Visaerteilung für Angehörige jene Drittstaaten vor, welche im Bereich der Rückübernahme nicht ausreichend mit den EU-Mitgliedstaaten zusammenarbeiten.[280]	☐ Legislation ☒ Policy ☐ Practice/Other

**Please tick the appropriate box*

276 BGBI II Nr. 114/2019.

277 BGBl. II Nr. 316/2019.

278 Bundesministerium für Inneres, *Kickl: EU-Initiativen zum Schutz der Menschen in Österreich*. Presseaussendung, 10. April 2019. Verfügbar auf www.bmi.gv.at (Zugriff 30. Dezember 2019); Europäische Kommission, *Member States' notifications of the temporary reintroduction of border control at internal borders pursuant to Article 25 et seq. of the Schengen Borders Code*. Verfügbar auf https://ec.europa.eu (Zugriff 13. Dezember 2019).

279 Schriftlicher Beitrag vom Bundesministerium für Inneres, Abteilung III/1 (Legistik), 23. Jänner 2020; Bundesministerium für Inneres, *Statement des BMI zur deutschen Entscheidung, die Grenzkontrollen zu Österreich weiter zu verlängern*. Presseaussendung, 25. September 2019. Verfügbar auf www.bmi.gv.at (Zugriff 13. Dezember 2019).

280 Bundesministerium für Inneres, Beantwortung der parlamentarischen Anfrage betreffend „Rückübernahmeabkommen“ 2916/AB vom 25. April 2019 zu Nr 2969/J (XXVI.GP), S.2. Verfügbar auf www.parlament.gv.at (Zugriff 18. Dezember 2019); Bundesministerium für Europa, Integration und Äußeres, Beantwortung der parlamentarischen Anfrage betreffend „Rückübernahmeabkommen“ 2949/AB vom 26. April 2019 zu Nr. 2969/J (XXVI.GP), S. 2. Verfügbar auf www.parlament.gv.at (Zugriff 18. Dezember 2019).

7 IRREGULAR MIGRATION INCLUDING MIGRANT SMUGGLING

7.1 Preventing and tackling of misuse of legal migration channels

Irregular migration as a result of visa liberalisation

Were there any new developments introduced in 2019 to prevent irregular migration as a result of visa liberalisation? Y/N.

If **yes**, please elaborate below and state the **driver for the change / intended impact** in 2019. Please indicate the nature of each development in the tick boxes below.

Development *(Please describe)*	**Nature***
Keine wesentlichen Neuerungen im Jahr 2019.	☐ Legislation ☐ Policy ☐ Practice/Other

**Please tick the appropriate box*

7.1.1.1 Effects of visa free regimes

Were there any new developments to monitor the effects of visa free regimes in your (Member) State in 2019? Y/N

If **yes**, please elaborate below and state the **driver for the change / intended impact** in 2019. Please indicate the nature of each development in the tick boxes below.

Development *(Please describe)*	**Nature***
Keine wesentlichen Neuerungen im Jahr 2019.	☐ Legislation ☐ Policy ☐ Practice/Other

**Please tick the appropriate box*

7.1.1.2 Key findings of monitoring activities

Please describe the results/key findings of these monitoring activities – especially in relation to impact on the number unfounded asylum applications registered in your (Member) State.

Keine Angaben.

Irregular migration as a result of misuse of legal migration channels

7.1.1.3 Misuse of legal migration channels by third-country national workers

Were there any new developments in 2019 to tackle misuse of legal migration channels by third-country national workers (e.g. overstay, misuse of rights granted by a permit)? Y/N.

If **yes**, please elaborate below and state the **driver for the change / intended impact** in 2019. Please indicate the nature of each development in the tick boxes below.

Development *(Please describe)*	**Nature***
Keine wesentlichen Neuerungen im Jahr 2019.	☐ Legislation ☐ Policy ☐ Practice/Other

**Please tick the appropriate box*

7.1.1.4 Misuse of legal migration channels by third-country national students and researchers

Were there any <u>new</u> developments in 2019 to tackle misuse of legal migration channels by third-country national students and researchers (e.g. overstay, misuse of rights granted by a permit)? Y/N.

If **yes**, please elaborate below and state the **driver for the change / intended impact** in 2019. Please indicate the nature of each development in the tick boxes below.

Development *(Please describe)*	**Nature***
Keine wesentlichen Neuerungen im Jahr 2019.	☐ Legislation ☐ Policy ☐ Practice/Other

**Please tick the appropriate box*

7.1.1.5 Misuse of family reunification migration channels

Were there any <u>new</u> developments in 2019 to tackle misuse of family reunification migration channels? Y/N.

If **yes**, please elaborate below and state the **driver for the change / intended impact** in 2019. Please indicate the nature of each development in the tick boxes below.

Development *(Please describe)*	**Nature***
Keine wesentlichen Neuerungen im Jahr 2019.	☐ Legislation ☐ Policy ☐ Practice/Other

**Please tick the appropriate box*

False travel documents

Were there any <u>new</u> developments in 2019 to prevent, identify and/or investigate fraudulent acquisition and use of false travel documents? Y/N.

If **yes**, please elaborate below. Please indicate the nature of each development in the tick boxes below.

Development *(Please describe)*	**Nature***
Im August 2019 wurde der *Lagebericht Schlepperei 2018* des Bundesministeriums für Inneres (BMI) publiziert. Wie aus dem Bericht hervorgeht, gab es zwei mehrjährige Ermittlungsverfahren, VISA.XIN und	☐ Legislation ☐ Policy ☒ Practice/Other

RANSCHO, welche gegen Netzwerke der Dokumentenfälschung von MigrantInnen mit Erfolg vorgingen.[281]	
Für österreichische DokumentenberaterInnen, die oftmals in kurz oder langfristigen Auslandsaufenthalten tätig sind, gab es im Mai eine Fortbildung zum neu gestalteten Schulungsprogramm für Personenverifizierung. Außerdem erfolgten Schulungen in den Bereichen „Visa" und „Kriminaltechnik".[282]	☐ Legislation ☐ Policy ☒ Practice/Other

**Please tick the appropriate box*

Irregular migration caused by the misuse of free movement rights by third-country nationals and preventing the fraudulent acquisition and use of free movement rights by third-country nationals

Were there any new developments in 2019 to prevent the fraud and misuse of free movement rights? Y/N.

If **yes**, please elaborate below. Please indicate the nature of each development in the tick boxes below.

Development *(Please describe)*	**Nature***
Keine wesentlichen Neuerungen im Jahr 2019.	☐ Legislation ☐ Policy ☐ Practice/Other

**Please tick the appropriate box*

7.2 The fight against facilitation of irregular migration ('smuggling') and prevention of irregular stay

Combatting facilitation of irregular migration (smuggling)

Were there any new developments aimed at preventing and combatting facilitation of irregular migration (smuggling), including facilitation of unauthorised entry in 2019? Y/N.

If **yes**, please elaborate below and state the **driver for the change / intended impact** in 2019. Please indicate the nature of each development in the tick boxes below.

Development *(Please describe)*	**Nature***
Im Rahmen des EU-geförderten Projekts *SILK ROAD* zur Bekämpfung der Schlepperei auf der Seidenstraße, gab es im März 2019 einen Austausch mit VertreterInnen aus Afghanistan in Wien. Ziel ist, mittels kriminalpolizeilicher Zusammenarbeit und Trainingsmaßnahmen die Identifikation von Netzwerken und die Grenzkontrollen zu verbessen.[283]	☐ Legislation ☐ Policy ☒ Practice/Other
Die 2018 gegründete *Task Force Western Balkan* des Joint Operational Office (JOO) im Bundeskriminalamt, zur Bekämpfung der Schlepperei auf den	☐ Legislation ☐ Policy ☒ Practice/Other

281 Bundesministerium für Inneres, *Schleppereibekämpfung bleibt kriminalpolizeiliche Herausforderung.* Presseaussendung, 23. August 2019 Verfügbar auf www.bmi.gv.at (Zugriff 10. Dezember 2019); Bundeskriminalamt, *Lagebericht Schlepperei 2018: Rücklauf bei illegaler Migration* (BMI, Wien 2019). Verfügbar auf www.bmi.gv.at.

282 Bundesministerium für Inneres, *Gefälschte Dokumente erkennen*. Presseaussendung, 14. Mai 2019. Verfügbar auf www.bmi.gv.at (Zugriff 10. Dezember 2019).

283 Bundesministerium für Inneres, *Kickl: Schleppereibekämpfung und Rückführungen auf gemeinsamer Agenda mit Afghanistan*. Presseaussendung, 19. März 2019. Verfügbar auf www.bmi.gv.at (Zugriff 13. Dezember 2019).

Balkanrouten, traf sich im Februar und Dezember 2019.[284] Ziel ist die Bekämpfung der Schlepperkriminalität und des Menschenhandels durch eine verstärkte Zusammenarbeit der Mitgliedstaaten in den Bereichen Echtzeitinformation, Frühwarnsysteme, multilateralen Ermittlungen und mittels *Smart Identification*, zum Beispiel durch Mobiltelefonauswertung.[285] Bei dem Treffen im Dezember 2019 in Ankara wurde die Türkei als Mitglied der Task Force aufgenommen, um besser gegen Schlepperei vorgehen zu können.[286]	
Im Rahmen der *Joint Action Days Danube*, unter dem Vorsitz von Frontex und mit dem JOO des Bundeskriminalamts in Wien als operatives Einsatzzentrum, wurden zwölf Menschenschlepper und 95 irregulär einreisende Personen aufgegriffen. Im Rahmen der Operation erfolgten in Österreich rund 1.700 Personen- und 1.200 Fahrzeugkontrollen, 15 Kontrollen von Güterzügen und zahlreiche Identitätsfeststellungen.[287]	☐ Legislation ☐ Policy ☒ Practice/Other

**Please tick the appropriate box*

Prevention of irregular migration

Were there any <u>new</u> developments responding to the objective of prevention of irregular migration from third countries of origin and transit (information campaigns, websites, projects with grass-roots NGOs or involving the diaspora, etc., with the exception of cooperation activities with third countries to be reported in section 7.2.4) in 2019? **Y/N.**

If **yes**, please elaborate below and state the **driver for the change / intended impact** in 2019. Please indicate the nature of each development in the tick boxes below.

Development *(Please describe)*	**Nature***
Im Juni fand ein Simulationsspiel zum Thema irreguläre Migration mit VertreterInnen von EU Institutionen, Drittstaaten sowie nationalen Zuständigen in Wien statt. Ziel des Simulationsspiels war es, neue Informationen im Bereich der Finanzströme und der Finanzierungsmodelle der Schlepperei zu gewinnen, irreguläre Migrationsrouten besser zu analysieren und dadurch verhindern zu können.[288]	☐ Legislation ☐ Policy ☒ Practice/Other
Am 15. Juni 2019 startete das vom BMI finanzierte Projekt der Internationalen Organisation für Migration (IOM) *Strengthening the delivery of information provision and counselling within the scope of AVRR in the Western Balkans* zur Förderung der freiwilligen Rückkehr aus Staaten des Westbalkans. Der geografische Fokus liegt auf Albanien sowie Bosnien und Herzegowina. Im Rahmen der Informationskampagne (unter anderem Broschüren,	☐ Legislation ☐ Policy ☒ Practice/Other

284 Bundesministerium für Inneres, *Drittes Treffen der Task Force zur Bekämpfung der Schlepperkriminalität in Wien*. Presseaussendung, 22. Februar 2019. Verfügbar auf www.bmi.gv.at (Zugriff 13. Dezember 2019); Bundeskriminalamt, *Schleppereibekämpfung: Treffen der "Task Force Western Balkan" in Ankara*. Presseaussendung, 16. Dezember 2019. Verfügbar auf www.bundeskriminalamt.at (Zugriff 30. Dezember 2019).

285 Bundesministerium für Inneres, *Drittes Treffen der Task Force zur Bekämpfung der Schlepperkriminalität in Wien*. Presseaussendung, 22. Februar 2019. Verfügbar auf www.bmi.gv.at (Zugriff 13. Dezember 2019); Bundeskriminalamt, *Drei Jahre Schleppereibekämpfung durch das "Joint Operational Office"*. Presseaussendung, 10. Mai 2019. Verfügbar auf www.bundeskriminalamt.at (Zugriff 13. Dezember 2019).

286 Bundeskriminalamt, *Schleppereibekämpfung: Treffen der "Task Force Western Balkan" in Ankara*. Presseaussendung, 16. Dezember 2019. Verfügbar auf www.bundeskriminalamt.at (Zugriff 30. Dezember 2019).

287 Bundeskriminalamt, *Erfolge gegen Schlepperei*. Presseaussendung, 18. Juli 2019. Verfügbar auf https://bundeskriminalamt.at (Zugriff 13. Jänner 2020).

288 Bundeskriminalamt, *Planspiel Illegale Einwanderung über die östliche Mittelmeerroute*. Presseaussendung, 8. Juni 2019. Verfügbar auf www.bundeskriminalamt.at (Zugriff 13. Dezember 2019).

Informationsmaterialien und Rückkehrberatung durch IOM) werden MigrantInnen über die Möglichkeit der freiwilligen Rückkehr und über Risiken der irregulären Migration informiert.[289]	

**Please tick the appropriate box*

Prevention of ILLEGAL stay

Were there any <u>new</u> developments aimed at preventing illegal stay and combatting facilitation of irregular stay, including disincentives and sanctions in 2019? Y/N.

Please indicate the nature of each development in the tick boxes below.

Development *(Please describe)*	**Nature***
Keine wesentlichen Neuerungen im Jahr 2019.	☐ Legislation ☐ Policy ☐ Practice/Other

**Please tick the appropriate box*

Cooperation with third countries to prevent irregular migration

Were there any specific cooperation activities developed in 2019 in your (Member) State to prevent irregular migration in relation to the specific regions outlined below? Y/N.

If **yes**, please elaborate below and state the **driver for the change / intended impact** in 2019.

The Western and Southern Mediterranean countries (i.e. Algeria, Egypt, Israel, Jordan, Lebanon, Libya, Morocco, Mauritania, Palestinian Territories, Syrian Arab Republic and Tunisia); Im Mai 2019 fand ein Arbeitstreffen mit dem Generaldirektor für Internationale Beziehungen in Tunesien statt, bei dem der Entwurf eines Polizeikooperationsabkommens überreicht wurde. Das Abkommen betrifft bilaterale Zusammenarbeit in den Bereichen irreguläre Migration, Menschenhandel sowie Rückführungsmaßnahmen.[290] Im Oktober 2019 traf der Bundesminister für Inneres den ägyptischen Botschafter, um über die weitere Zusammenarbeit im Bereich von Rückführungen zu sprechen.[291]
The Eastern Partnership countries (i.e. Armenia, Azerbaijan, Belarus, Georgia, Moldova, and Ukraine); Zwischen dem BMI und VertreterInnen in Georgien gab es Arbeitsgespräche hinsichtlich Visaliberalisierungen und polizeilicher Kooperation.[292]
The Western Balkans countries (i.e. Albania, Bosnia and Herzegovina, Kosovo[265], North Macedonia, Montenegro and Serbia); Ein mehrjähriger Arbeitsschwerpunkt von Österreich ist die Zusammenarbeit mit den Ländern des westlichen Balkans, vor allem in den Bereichen Grenzschutz und irreguläre Migration.

289 Schriftlicher Beitrag vom Bundesministerium für Inneres, Abteilung V/5 (Internationale Migrationsentwicklungen und Migrationskommunikation), 23. Jänner 2020.

290 Bundesministerium für Inneres, *Goldgruber: Verstärkte Kooperation mit Tunesien gegen illegale Migration.* Presseaussendung, 17. Mai 2019. Verfübar auf www.bmi.gv.at (Zugriff 20. November 2019).

291 Schriftlicher Beitrag vom Bundesministerium für Inneres, Abteilung I/4 (Internationale Angelegenheiten), 26. Februar 2020.

292 Bundesministerium für Inneres, *Goldgruber: Georgien wichtiger bilateraler Partner für Österreich*. Presseaussendung, 26. Februar 2019. Verfügbar auf www.bmi.gv.at (Zugriff 13. Dezember 2019).

a) Im Jänner 2019 gab es diplomatische Gespräche zwischen Kosovo[265] und Österreich hinsichtlich einer Visabefreiung, in deren Rahmen auch bilaterale Zusammenarbeit, EU-Kooperationen sowie Bekämpfung der organisierten Kriminalität besprochen wurden.[293] b) In Wien gab es ein Treffen im Mai 2019 mit dem albanischen Bundesminister für Inneres zu den Themen bilaterale Zusammenarbeit, Migration und polizeiliche Kooperation.[294] Im November 2019 fand ein weiteres Treffen mit albanischen Behörden in Albanien statt.[295] c) Mit Serbien fand im Mai 2019 ein Austausch zum Thema Grenzschutz, sowie im August 2019 ein Arbeitstreffen über die Migrationslage vor Ort statt.[296] d) Weiters fand im Juli 2019 ein Arbeitstreffen mit VertreterInnen aus Nordmazedonien statt, wo die „Balkanroute“ sowie regionale Zusammenarbeit im Bereich Migration besprochen wurde.[297] e) Außerdem gab es im Juli 2019 ein Arbeitstreffen mit VertreterInnen aus Bosnien und Herzegowina zur bilateralen Zusammenarbeit im Bereich Migration.[298] f) Im Mai 2019 fand in Wien eine internationale Ministerkonferenz zur „Balkanroute“ und im September sowie November 2019 ein Treffen mit den Ländern und PartnerInnen des Forum Salzburg statt (siehe 6.1.).[299]
Countries in the African Atlantic coast (e.g. Gambia, Ghana, Nigeria, Democratic Republic of Congo, Côte d'Ivoire, etc.). Keine wesentlichen Neuerungen im Jahr 2019.

Monitoring and identifying irregular migration routes

Were there any new developments with regard to identifying, monitoring and aggregating information on irregular migration routes in 2019? Y/N

If yes, please indicate the nature of each development in the tick boxes below.

Please explain how this information is used to develop your (Member) State's response to migratory flows.

Development *(Please describe)*	**Nature***
Der im August 2019 veröffentlichte *Lagebericht Schlepperei 2018* zeigt, basierend auf Daten von geführten Amtshandlungen, einen erneuten Rückgang der Anzahl der geschleppten Personen im Jahr 2018 (2018: 21.236 im Vergleich zu 2017: 27.753 Personen).[300] Als Ausblick rechnet der Bericht mit anhaltender Migration aus Afghanistan, dem Irak, Libanon und der Arabischen Republik Syrien sowie mit einer weiter anhaltenden Zuwanderung aus Marokko.[301]	☐ Legislation ☐ Policy ☒ Practice/Other

293 Bundesministerium für Inneres, *Goldgruber: „Ehrlicher Makler" für Kosovos Anliegen*. Presseaussendung, 29. Jänner 2019. Verfügbar auf www.bmi.gv.at (Zugriff 13. Dezember 2019).

294 Bundesministerium für Inneres, *Goldgruber: Neue Massenmigration durch gemeinsames Handeln verhindern*. Presseaussendung, 2. Mai 2019. Verfügbar auf https://bmi.gv.at (Zugriff 13. Dezember 2019).

295 Schriftlicher Beitrag vom Bundesministerium für Inneres, Abteilung I/4 (Internationales), 24. Jänner 2020.

296 Bundesministerium für Inneres, *Peschorn: Migrationslage am Westbalkan weiterhin unter Beobachtung*. Presseaussendung, 23. August 2019. Verfügbar auf www.bmi.gv.at (Zugriff 13. Dezember 2019); Bundesministerium für Inneres, *Bezdeka: Verstärkte Kooperation mit Serbien im Grenzschutz*. Presseaussendung, 28. Mai 2019. Verfügbar auf www.bmi.gv.at (Zugriff 13. Dezember 2019).

297 Bundesministerium für Inneres, *Peschorn: Entwicklungen entlang der Westbalkanroute genau beobachten*. Presseaussendung, 26. Juli 2019. Verfügbar auf www.bmi.gv.at (Zugriff 13. Dezember 2019).

298 Bundesministerium für Inneres, *Peschorn: Südosteuropa ein Schwerpunkt unserer Außen- und Sicherheitspolitik*. Presseaussendung, 26. Juli 2019. Verfügbar auf www.bmi.gv.at (Zugriff 13. Dezember 2019).

299 Schriftlicher Beitrag vom Bundesministerium für Inneres, Abteilung I/4 (Internationales), 24. Jänner 2020.

300 Bundeskriminalamt, *Lagebericht Schlepperei 2018* (BMI, Wien, 2019), S. 10, verfügbar auf https://bundeskriminalamt.at (Zugriff 17. Dezember 2019).

301 Ebd., S. 24.

8 TRAFFICKING IN HUMAN BEINGS

This Section should address key developments in the migration context with regard to ***third-country national victims of trafficking in human beings.***

In order to respond to this section, please ensure that you liaise with the appointed ***National Rapporteur or Equivalent Mechanism on Trafficking in Human Beings (NREMs)****. Please note that based on Article 19 of Directive 2011/36/EU the tasks of NREMs include the carrying out of assessments of trends in trafficking in human beings, the measuring of results of anti-trafficking actions, including the gathering of statistics in close cooperation with relevant civil society organisations active in this field, and reporting. In this context, every two years based on Articles 19-20 of Directive 2011/36/EU, Member States report such information to the EU Anti-trafficking Coordinator for the European Commission's Progress Report. The European Commission regularly collects EU –wide statistical data, including with respect to non-EU victims and perpetrators, which is gender- and age specific.*

NREMs share information with the Commission (via the informal EU Network of NREMs) on a biannual basis on developments relevant to their national legal and policy framework. This information can be used for this reporting exercise, too. All information is uploaded accordingly to the EU Anti-Trafficking Website under the section of national pages.[302]

8.1 NATIONAL STRATEGIC POLICY DEVELOPMENTS

Were there any new developments or actions regarding the prevention and/or the fight against trafficking in human beings of third-country nationals (e.g. national action plans or national strategies introduced during 2019)? Y/N

If **yes**, please elaborate below and **state the driver for the intended change/impact** in 2019. Please indicate the nature of each development in the tick boxes below, and whether the development targeted specific groups of victims (e.g. labour, sexual exploitation).

Development *(Please describe)*	**Nature***
Von Seiten des Bundesministeriums für Frauen, Familien und Jugend wurden auch 2019 drei Handlungsstränge im Kampf gegen den Menschenhandel besonders verfolgt: die Identifizierung und der Schutz von Opfern, die Verfolgung der TäterInnen und die Ahndung der Verbrechen sowie die Prävention von weiterer Ausbeutung.[303] Seitens des Bundeskriminalamts wurde, unter anderem, die Zusammenarbeit mit den Hauptherkunftsländern von Opfern, wie beispielsweise Bulgarien, Rumänien und Ungarn intensiviert. So wurden gemeinsam mit diesen Staaten und Nicht-Regierungsorganisationen operative kriminalpolizeiliche Schwerpunktmaßnahmen gegen sexuelle Ausbeutung sowie Ausbeutung durch Bettelei durchgeführt..[304] Im Rahmen von Präventionsmaßnahmen in Österreich wurde gemeinsam mit EUROPOL eine Informationsplakate gegen Menschenhandel erarbeitet, die mehrmals zur Anwendung kam. Die österreichischen Opferbetreuungseinrichtungen (LEFÖ-IBF und MenVia) wurden in sämtliche Ermittlungen gegen Menschenhandel beigezogen.[305]	☐ Legislation ☒ Policy ☐ Practice/Other

302 EU Strategy towards the Eradication of trafficking in human beings, EU Member States, at https://ec.europa.eu/anti-trafficking/member-states

303 Bundeskanzleramt, *Bundesministerin Stilling: „Schutz für Betroffene von Menschenhandel"*. Presseaussendung, 18. Oktober 2019. Verfügbar auf www.bundeskanzleramt.gv.at (Zugriff 17. Dezember 2019).

304 Schriftlicher Beitrag vom Bundeskriminalamt, Büro 3.4 (Menschenhandel und Schlepperei), 26. Februar 2020.

305 Ebd.

8.2 Improving identification of and provision of information to third-country national victims of human trafficking

Provision of information on assistance and support to third-country national victims

Were there any new developments in relation to the provision of information and assistance to third-country national victims (including child victims and applicants for asylum) during 2019? Y/N.

If **yes**, please elaborate below and **state the driver for the intended change/impact** in 2019.
Please indicate the nature of each development in the tick boxes below.

Development *(Please describe)*	**Nature***
a) Training and awareness raising;	
Anlässlich des Tages der Europäischen Union zur Bekämpfung des Menschenhandels, fand am 16. Oktober 2019 die jährlich von der österreichischen *Task Force zur Bekämpfung des Menschenhandels*[306] organisierte internationale Konferenz statt. Thema war in diesem Jahr *Technologie und die Bekämpfung des Menschenhandels – Chance oder Herausforderung?*.[307] Die Veranstaltung wurde gemeinsam mit dem Bundesministerium für Inneres (BMI), der Rechtswissenschaftliche Fakultät der Universität Wien, dem Wiener Institut für internationalen Dialog und Zusammenarbeit, der Internationalen Organisation für Migration (IOM), dem Ludwig Boltzmann Institut für Menschenrechte, der Arbeitsgemeinschaft zum Schutz der Kinder vor sexueller Ausbeutung, sowie den Opferschutzeinrichtungen LEFÖ-IBF und MEN VIA organisiert. Im Rahmen dieser Veranstaltung konnten TeilnehmerInnen sechs Stationen zu technologischen Themen in Verbindung mit Menschenhandel besuchen. Das IOM Landesbüro für Österreich organisierte eine Station gemeinsam mit LEFÖ-IBF und MEN VIA zu „Menschenhandel und die Rolle von YouTube".[308]	☐ Legislation ☐ Policy ☒ Practice/Other
b) Measures on cooperation between national authorities;	
Keine wesentlichen Neuerungen im Jahr 2019.	☐ Legislation ☐ Policy ☐ Practice/Other
c) Measures on cooperation between (Member) States.	
Keine wesentlichen Neuerungen im Jahr 2019.	☐ Legislation ☐ Policy ☐ Practice/Other

**Please tick the appropriate box*

306 2004 wurde von der österreichischen Bunderegierung eine Task Force zur Bekämpfung des Menschenhandels eingerichtet, um die österreichischen Maßnahmen gegen Menschenhandel zu koordinieren und zu intensivieren. Hauptaufgabe der Task Force ist es, Nationale Aktionspläne auszuarbeiten und deren Umsetzung zu überwachen.

307 Bundesministerium für Europa, Integration und Äußeres, *Konferenz "Technologie und die Bekämpfung des Menschenhandels-Chance oder Herausforderung?" - 16. Oktober 2019*. Verfügbar auf www.bmeia.gv.at (Zugriff 14. Februar 2019).

308 Schriftlicher Beitrag von IOM Landesbüro für Österreich, Arbeitsbereich für die Bekämpfung von Menschenhandel, vom 12. Februar 2020.

Identification of victims of human trafficking in human beings

Were there any new developments in relation of the identification of victims (including child victims and applicants for asylum) during 2019? Y/N.

If **yes**, please elaborate below and state the **driver for the change / intended impact** in 2019. Please indicate the nature of each development in the tick boxes below.

Development *(Please describe)*	**Nature***
a) Training and awareness raising;	
Auch 2019 wurden im Rahmen des Projekts *Asyl-Train* Schulungen zur Identifizierung von Betroffenen von Menschenhandel und zu interkulturellen Kompetenzen im Asylverfahren für MitarbeiterInnen des Bundesamts für Fremdenwesen und Asyl (BFA), der Sektion V des BMI, der ARGE Rechtsberatung, der Firma ORS Service GmbH (zuständig für die Betreuung von AsylwerberInnen in den Bundesbetreuungsstellen), der Diakonie und der Caritas durchgeführt.[309] Laut der am Projekt beteiligten Opferschutzeinrichtungen trugen die Schulungen zu einer erhöhten Anzahl von Verdachtsmeldungen und in weiterer Folge zur Identifizierung von Betroffenen des Menschenhandels bei.[310] Das Projekt wird vom IOM Landesbüro für Österreich, mit finanzieller Unterstützung des BMI und der Europäischen Union, implementiert.[311] Weiters wurde die Grundausbildung für alle neu eingetretenen ArbeitsinspektorInnen sowie vertiefende Seminare für alle Bediensteten zum Thema „Menschenhandel und Arbeitsausbeutung“ 2019 fortgeführt. Hierbei geht es darum, anhand spezieller Indikatoren mögliche Fälle von Menschenhandel und Arbeitsausbeutung im Zuge der Kontrolltätigkeiten der Arbeitsinspektion festzustellen und die Verdachtslage an die zuständigen Stellen der Polizei (Bundeskriminalamt) weiterzumelden.[312]	☐ Legislation ☐ Policy ☒ Practice/Other
b) Measures on cooperation between national authorities;	
Keine wesentlichen Neuerungen im Jahr 2019.	☐ Legislation ☐ Policy ☐ Practice/Other
c) Measures on cooperation between (Member) States.	
Keine wesentlichen Neuerungen im Jahr 2019.	☐ Legislation ☐ Policy ☐ Practice/Other

**Please tick the appropriate box*

Cooperation with third countries

Were there any new developments involving cooperation with third-countries on the prevention and fight against trafficking in human beings in 2019? Y/N.

If **yes**, please elaborate below and state the **driver for the change / intended impact** in 2019. Please indicate the nature of each development in the tick boxes below.

309 Schriftlicher Beitrag von IOM Landesbüro für Österreich, Arbeitsbereich für die Bekämpfung von Menschenhandel, vom 6. Jänner 2020; IOM Landesbüro für Österreich, *ASYL-Train*, Verfügbar auf www.iomvienna.at (Zugriff 15. Dezember 2019).

310 Schriftlicher Beitrag von IOM Landesbüro für Österreich, Arbeitsbereich für die Bekämpfung von Menschenhandel, vom 6. Jänner 2020.

311 IOM Landesbüro für Österreich, *ASYL-Train*, Verfügbar auf www.iomvienna.at (Zugriff 15. Dezember 2019).

312 Schriftlicher Beitrag vom Bundesministerium für Arbeit, Soziales, Gesundheit und Konsumentenschutz, 24. Jänner 2020.

Development *(Please describe)*	**Nature***
a) Training and awareness raising;	
Zwischen September 2018 und September 2020 wird das Projekt *Twinning Serbien*, unter der Leitung Österreichs in Partnerschaft mit Slowenien, durchgeführt. Dabei werden serbische Stakeholder in den unterschiedlichen Bereichen trainiert und Lösungsstrategien erarbeitet. Ziel ist die Umsetzung des *Nationalen Aktionsplans Serbiens gegen den Menschenhandel*.[313]	☐ Legislation ☐ Policy ☒ Practice/Other
b) Joint investigation teams;	
Mit Juni 2018 wurde die Task Force Western Balkan unter der Leitung Österreichs eingerichtet. Dabei werden gemeinsame internationale Ermittlungen innerhalb der EU-Staaten sowie des West-Balkans geführt.[314]	☐ Legislation ☐ Policy ☒ Practice/Other
c) Information and prevention campaigns.	
Keine wesentlichen Neuerungen im Jahr 2019.	☐ Legislation ☐ Policy ☐ Practice/Other

**Please tick the appropriate box*

313 Schriftlicher Beitrag vom Bundeskriminalamt, 27. Jänner 2020.
314 Ebd.

9 RETURN AND READMISSION

9.1 Enhancing return migration management including cooperation among EU Member States on return practices

PLEASE NOTE THAT THIS **SECTION 9.1** OF THE SYNTHESIS REPORT WILL CONSIST OF THE FOLLOWING

Summary of the EMN REG return and reintegration activities developed during 2019 (To be drafted by the EMN Service Provider)

Summary of the Frontex Return Implementation Framework, including Joint Return Operations (JTOs) (To be provided by Frontex)[315]

9.2 Main national developments in the field of return

Swift, sustainable and effective return

9.2.1.1 General policy developments in the area of return

Were there any new developments in 2019 with regard to swift, sustainable and effective return? Y/N.

If **yes**, please elaborate and state the **driver for the change / intended impact** in 2019. Please indicate the nature of each development in the tick boxes below.

Development *(Please describe)*	**Nature***
Das hohe Niveau des Jahres 2018 im Bereich der Außerlandesbringungen konnte auch 2019 beibehalten werden. Insgesamt erfolgten bis Ende Dezember 2019 12.245 Ausreisen, davon 5.568 freiwillige Ausreisen (45%) und 6.677 zwangsweise Außerlandesbringungen (55%).[316] Im Vergleich zum Vorjahr 2018 gab es bei den Gesamtausreisen einen leichten Rückgang um 4,6 Prozent. Dies ist insbesondere auf die stark gesunkenen Dublin-Überstellungen zurückzuführen (-41%), die eine Konsequenz der niedrigeren EU-weiten Asylantragszahlen sind. Bei Betrachtung der Außerlandesbringungen ohne Dublin-Überstellungen zeigt sich ein Plus von rund 3 Prozent gegenüber 2018. Die Zahl der Abschiebungen ist gegenüber dem Vorjahr um 13 Prozent gestiegen und betrifft zu einem hohen Ausmaß strafrechtlich verurteilte Personen (46,1%). Im Vergleich zu 2019 ist die Zahl der aufenthaltsbeendenden Entscheidungen um 79 Prozent, und die Zahl der Rückkehrentscheidungen mit Einreise- beziehungsweise Aufenthaltsverboten um 29 Prozent gestiegen.[317] Bis Ende 2019 wurden 58 Charteroperationen (54 davon in Drittstaaten) in 17 Destinationen durchgeführt. Mit der Guinea, Mongolei und Usbekistan wurden neue Charterdestination erschlossen.[318]	☐ Legislation ☐ Policy ☒ Practice/Other

315 Please do not include any information related to participation in Frontex joint return operations, as this will be provided by Frontex.

316 Schriftlicher Beitrag vom Bundesministerium für Inneres, Abteilung V/10 (Rückkehr/Reintegration), 31. Jänner 2020 und 26. Februar 2020.

317 Ebd.

318 Ebd.

Im Jahr 2019 war das Bundesministerium für Inneres (BMI), in Zusammenarbeit mit dem Bundesministerium für Europa, Integration und Äußeres (BMEIA), auf bilateraler Ebene an Gesprächen, Konsultationen oder Verhandlungen zu Rückübernahmeabkommen oder alternativen Vereinbarungen mit Afghanistan, China, Marokko, der Islamischen Republik Iran, Indien, Kolumbien und der Mongolei beteiligt.[319] Außerdem ist Österreich Teil von EURINT (European Integrated Return Management Initiative), EURLO (European Return Liaison Officer) und ERRIN (European Return and Reintegration Network).[320] Für ERRIN liegt der finanzielle Beitrag Österreichs 2018–2019 bei EUR 62.000.[321]	☐ Legislation ☐ Policy ☒ Practice/Other
Siehe 2.1.	☒ Legislation ☐ Policy ☐ Practice/Other

**Please tick the appropriate box*

9.2.1.2 Issuing Return decisions

Were there any <u>new</u> developments with regard to the issuance of return decisions in 2019? Y/N.

If **yes**, please elaborate below and state the **driver for the change / intended impact** in 2019. Please indicate the nature of each development in the tick boxes below.

Development *(Please describe)*	**Nature***
Siehe 9.2.1.1.	☐ Legislation ☐ Policy ☒ Practice/Other

**Please tick the appropriate box*

9.2.1.3 Issuing Entry bans

Were there any <u>new</u> developments with regard to issuing entry bans in 2019? Y/N

If **yes**, please elaborate below and state the **driver for the change / intended impact** in 2019. Please indicate the nature of each development in the tick boxes below.

Development *(Please describe)*	**Nature***
Keine wesentlichen Neuerungen im Jahr 2019.	☐ Legislation ☐ Policy ☐ Practice/Other

**Please tick the appropriate box*

9.2.1.4 (Assisted) voluntary return

Were there any <u>new</u> developments with regard to (assisted) voluntary return in 2019? Y/N.

If **yes**, please elaborate below and state the **driver for the change / intended impact** in 2019. Please indicate the nature of each development in the tick boxes below.

---

319 Bundesministerium für Inneres, *Beantwortung der parlamentarischen Anfrage betreffend „Rückübernahmeabkommen" 2916/AB vom 25. April 2019 zu Nr 2969/J (XXVI.GP)*, S. 1. Verfügbar auf www.parlament.gv.at (Zugriff 18. Dezember 2019).

320 Ebd., S.3.

321 Bundesministerium für Inneres, *Beantwortung der parlamentarischen Anfrage betreffend „Rückübernahmeabkommen" 2916/AB vom 25. April 2019 zu Nr 2969/J (XXVI.GP)*, S. 4. Verfügbar auf www.parlament.gv.at (Zugriff 18. Dezember 2019).

Development *(Please describe)*	**Nature***
Siehe 9.3.	☐ Legislation ☐ Policy ☐ Practice/Other

**Please tick the appropriate box*

9.2.1.5 Use of (alternatives for) detention in return procedures

Were there any new developments with regard to detention and effective alternatives to detention in return procedures in 2019? Y/N

If **yes**, please elaborate below and state the **driver for the change / intended impact** in 2019. Please indicate the nature of each development in the tick boxes below.

Development *(Please describe)*	**Nature***
Betreffend der Überprüfung der Rückkehrberatungseinrichtungen in Fieberbrunn und Schwechat wurden Verbesserungen im Bereich der gesundheitlichen und psychologischen Unterstützung, eine Ausweitung des Schuttle-Dienstes und eine Verhältnismäßigkeitsprüfung nach maximal 6 Monaten Aufenthalt ausgearbeitet (siehe auch 3.1. g).[322]	☐ Legislation ☐ Policy ☒ Practice/Other

**Please tick the appropriate box*

9.2.1.6 Recording of entry bans in the SIS and exchange of information

Were there any new developments with regard to recording entry bans in the SIS and facilitating the exchange of information on entry bans in 2019?[323] Y/N.

If **yes**, please elaborate below and state the **driver for the change / intended impact** in 2019. Please indicate the nature of each development in the tick boxes below.

Development *(Please describe)*	**Nature***
Keine wesentlichen Neuerungen im Jahr 2019.	☐ Legislation ☐ Policy ☐ Practice/Other

**Please tick the appropriate box*

9.2.1.7 Operation of national forced return monitoring system

Were there any new developments with regard to the operation of the national forced return monitoring system (established in accordance with Article 8 (6) of the Return Directive) in 2019?[324] Y/N.

If **yes**, please elaborate below and state the **driver for the change / intended impact** in 2019. Please indicate the nature of each development in the tick boxes below.

---

322 Bundesministerium für Inneres, *Menschenrechtliche Überprüfung der Rückkehrberatungseinrichtungen durch Innenminister Peschorn.* Presseaussendung, 21. November 2019. Verfügbar auf www.bmi.gv.at (Zugriff 17. Dezember 2019). Bundesministerium für Inneres, *Menschenrechtliche Prüfung der Rückkehrberatungseinrichtungen (RÜBE).* Verfügbar auf www.bmi.gv.at (Zugriff 17. Dezember 2019).

323 This category of measure relates to the commitments of the Stockholm Programme specifically.

324 Directive 2008/115/EC.

Development *(Please describe)*	**Nature***
Keine wesentlichen Neuerungen im Jahr 2019.	☐ Legislation ☐ Policy ☐ Practice/Other

**Please tick the appropriate box*

9.2.1.8 Other actions related to swift, sustainable and effective return

Were there any <u>new</u> developments related to the field of return in 2019, which were not covered above? Y/N.

If **yes**, please elaborate below and state the **driver for the change / intended impact** in 2019. Please indicate the nature of each development in the tick boxes below.

Development *(Please describe)*	**Nature***
Im Mai 2019 gab es von Seiten des BMI einen Aufruf für Projekteinreichungen des Asyl-, Migrations- und Integrationsfonds (AMIF) in den Bereichen Asyl und Rückkehr.[325]	☐ Legislation ☐ Policy ☒ Practice/Other

**Please tick the appropriate box*

Return of rejected asylum seekers

Were there any <u>new</u> developments regarding the return of rejected asylum applicants (including measures in relation to reception and supports, (effective alternatives) to detention, etc.) in 2019? Y/N.

If **yes**, please elaborate below and state the **driver for the change / intended impact** in 2019. Please indicate the nature of each development in the tick boxes below.

Please specify if there are any specific measures for unaccompanied minors and other vulnerable groups.[326]

Development *(Please describe)*	**Nature***
Wie bereits im Vorjahr war ein Schwerpunkt des BFA, verstärkte Maßnahmen gegen irregulär aufhältige Personen umzusetzen. Gemeinsam mit den Landespolizeidirektionen wurden Schwerpunktaktionen an Brennpunkten im öffentlichen Raum umgesetzt, um beispielsweise untergetauchte ehemalige AsylwerberInnen mit negativem Bescheid zu identifizieren und Sicherheitsmaßnahmen zu treffen.[327] Im Jahr 2019 hat das BFA an 808 Schwerpunktaktionen teilgenommen, was einer Verdoppelung gegenüber dem Vorjahr entspricht. Dabei wurden 26.138 Personenkontrollen durchgeführt, rund 670 Personen festgenommen und in 297 Fällen eine Schubhaft verhängt.[328]	☐ Legislation ☐ Policy ☒ Practice/Other

---

325 Bundesministerium für Inneres, *Informationsveranstaltung zum Asyl-, Migrations- und Integrationsfonds.* Presseaussendung, 23. Mai 2019. Verfügbar auf www.bmi.gv.at (Zugriff 4. Dezember 2019).

326 This group includes minors, disabled people, elderly people, lesbian, gay, bisexual, transgender, queer or questioning, and intersex (LGBTQI) people, pregnant women, single parents with minor children, persons with serious illnesses, persons with mental disorders and persons who have been subjected to torture, rape or other serious forms of psychological, physical or sexual violence, such as victims of female genital mutilation.

327 Bundesministerium für Inneres, Interview mit Gerhard Reischer: Kontrolle, Aberkennung, Qualität, *Öffentliche Sicherheit 5-6/19.* Verfügbar auf www.bmi.gv.at (Zugriff 15. November 2019).

328 Schriftlicher Beitrag vom Bundesministerium für Inneres, Abteilung V/10 (Rückkehr/Reintegration), 31. Jänner 2020.

Return of irregular migrants

Were there any new developments to ensure the swift return of persons overstaying permissions to stay, misusing legal migration channels or otherwise illegally staying in 2019? Y/N.

If **yes**, please elaborate below and state the **driver for the change / intended impact** in 2019. Please indicate the nature of each development in the tick boxes below.

Please specify if there are any specific measures for unaccompanied minors and other vulnerable groups.

Development *(Please describe)*	**Nature***
Keine wesentlichen Neuerungen im Jahr 2019.	☐ Legislation ☐ Policy ☐ Practice/Other

**Please tick the appropriate box*

Evidence of the effectiveness of the measures to ensure return

Please provide information regarding the **effectiveness** of the above-mentioned measures in supporting successful returns *(where evidence exists and stating how this is measured)*.

Keine Angaben.

9.3 Strengthening cooperation with third countries of origin and transit on return and reintegration management

Involvement of third countries in return measures

Were there any new developments regarding return activities implemented in cooperation with third countries in 2019? Y/N.

If **yes**, please elaborate below and state the **driver for the intended change/impact** in 2019. Please indicate the nature of each development in the tick boxes below.

Development *(Please describe)*	**Nature***
Mit der Schaffung der Abteilung für „Rückkehr, Reintegration und Qualitätsentwicklung“ im BMI gingen auch verstärkte Bemühungen des BMI zur Intensivierung der Zusammenarbeit mit Drittstaaten im Bereich der Rückkehr einher.[329] Weiters steht das BMI in ständigem Austausch mit anderen EU-Mitgliedstaaten, um gesamteuropäische Lösungsansätze zur Forcierung der Rückkehrkooperation zu erarbeiten und von „Best Practices“ zu profitieren. Zur Verbesserung der Zusammenarbeit mit nicht kooperativen Drittstaaten setzte sich Österreich im Rahmen der EU-Verhandlungen des Visakodex 2019 für einen „Visahebel“ ein (siehe 6.3).[330] Mit dem Ziel der Verbesserung der Rückkehrkooperation wurden zahlreiche Gespräche mit Vertretungsbehörden und hochrangige Delegationsbesuche im In- und Ausland durchgeführt; darunter unter anderem:	☐ Legislation ☐ Policy ☒ Practice/Other

329 Schriftlicher Beitrag vom Bundesministerium für Inneres, Abteilung V/10 (Rückkehr/Reintegration), 31. Jänner 2020.
330 Ebd.

(a) Mit der Islamischen Republik Iran gab es im Februar 2019 Arbeitsgespräche zum Thema irreguläre Migration und Rückführungen. Ein Fokus war hierbei die Kooperation mit der iranischen Botschaft in Wien bezüglich der Ausstellung von Heimreisezertifikaten.[331] (b) Im März 2019 gab es bilaterale Gespräche mit Afghanistan hinsichtlich Rückführung von AsylwerberInnen mit einem negativen Bescheid. Grund für die Priorität seitens des BMI sei die hohe Zahl an Anträgen von afghanischen Asylsuchenden.[332] (c) Weiters wurde im Oktober 2019 ein „Runder Tisch" mit VertreterInnen von afrikanischen Botschaften (u.a. Burkina Faso, Côte d'Ivoire, Gabun, Kamerun, Demokratische Republik Kongo, Mali und Togo) abgehalten, um die Zusammenarbeit im Bereich Rückkehrkooperationen sowie Reintegrationsmaßnahmen zu verstärken.[333] (d) Im Oktober 2019 fanden diplomatische Gespräche mit Indien statt, bei denen die Themen Visabefreiung und Rückübernahme besprochen wurden.[334]	
Im Rahmen der Return Expert Group des Europäischen Migrationsnetzwerks (EMN-REG) wurde im September 2019 zu einem Treffen der ExpertInnen in Wien geladen. Besprochen wurden aktuelle Entwicklungen im Rückkehr- und Asylbereich, Rückkehrstatistiken sowie wichtige strategische und operative Entwicklungen im Rückkehrbereich. Darüber hinaus kam es zu einem Austausch mit internationalen Organisationen und Nichtregierungsorganisationen.[335]	☐ Legislation ☐ Policy ☒ Practice/Other

**Please tick the appropriate box*

Ensuring implementation of all EU readmission agreements to their full effect[336]

Please report on activities undertaken to support the implementation of **EU readmission agreements** (implementing protocols, cooperation (including diplomatic pressure) with third countries to encourage implementation) by completing the table and providing any additional relevant information in the box below:

EU Readmission agreement (country)	**National development (i.e. implementing protocol, cooperation)**	**Date of agreement (if relevant)**
Georgien	Diplomatische Verhandlungen zum Thema Visaliberalisierung und die Kooperation im Bereich irreguläre Migration.[337]	26. Februar 2019

331 Bundesministerium für Inneres, *Bezdeka: Gute Kooperation mit Iran besonderes Anliegen.* Presseaussendung, 8. Februar 2019. Verfügbar auf www.bmi.gv.at (Zugriff 13. Dezember 2019).

332 Bundesministerium für Inneres, *Kickl: Schleppereibekämpfung und Rückführungen auf gemeinsamer Agenda mit Afghanistan*. Presseaussendung, 19. März 2019. Verfügbar auf www.bmi.gv.at (Zugriff 19. November 2019).

333 Bundesministerium für Inneres, *Round-Table mit Vertretern von afrikanischen Botschaften im BMI*. Presseaussendung, 25. Oktober 2019. Verfügbar auf www.bmi.gv.at (Zugriff 13. Dezember 2019).

334 Schriftlicher Beitrag vom Bundesministerium für Inneres, Abteilung I/4 (Internationales), 24. Jänner 2020.

335 Bundesministerium für Inneres, *Treffen von Rückkehr-Experten des Europäischen Migrationsnetzwerks*. Presseaussendung, 2. Oktober 2019. Verfügbar auf https://bmi.gv.at (Zugriff 13. Dezember 2019).

336 Norway is invited to report on any national agreements in place.

337 Bundesministerium für Inneres, *Goldgruber: Georgien wichtiger bilateraler Partner für Österreich*. Presseaussendung, 26. Februar 2019. Verfügbar auf www.bmi.gv.at (Zugriff 13. Dezember 2019).

Albanien	Unterstützung in der Umsetzung einer Informationskampagne zur Förderung der freiwilligen Rückkehr aus Albanien.[338]	18.-20. November 2019

Reintegration measures

Were there any <u>new</u> developments regarding **reintegration activities, including those** implemented in cooperation with countries of origin in 2019? **Y/N**

Measures to support reintegration may include developing a rights-based framework for re-integration and for temporary and circular migration.

If yes, please elaborate below and state the **driver for the intended change/impact** in 2019. Please indicate the nature of each development in the tick boxes below.

Development *(Please describe)*	**Nature***
Von 1. Jänner 2017 bis 31. Dezember 2019 implementierte die Internationale Organisation für Migration (IOM) Landesbüro für Österreich das Projekt *RESTART II – Reintegrationsunterstützung für Freiwillige Rückkehrer/innen nach Afghanistan und Iran*. Das Projekt wurde durch AMIF und das BMI kofinanziert. Im Rahmen des Projekts konnten 2019 152 Drittstaatsangehörige bei ihrer freiwilligen Rückkehr nach Afghanistan und in die Islamische Republik Iran sowie bei ihrer nachhaltigen Reintegration im jeweiligen Herkunftsland unterstützt werden.[339]	☐ Legislation ☐ Policy ☒ Practice/Other
Im Jahr 2019 wurde das Reintegrationsangebot des BMI um das Land Somalia ergänzt. Reintegrationsunterstützung wurde somit in insgesamt 29 Herkunftsländern angeboten. Im Sommer 2019 wurde die bilaterale Kooperation mit dem französischen Amt für Immigration und Integration (OFII) verlängert, wodurch die Reintegrationsprogramme in 13 afrikanischen Staaten weiterhin in Anspruch genommen werden können.[340]	☐ Legislation ☐ Policy ☒ Practice/Other

**Please tick the appropriate box*

338 Bundesministerium für Inneres, *Bezdeka: Herausfordernde Tätigkeit des grenzpolizeilichen Einsatzes in Albanien.* Presseaussendung, 25. November 2019. Verfügbar auf www.bmi.gv.at (Zugriff 17. Dezember 2019).

339 IOM Landesbüro für Österreich, *RESTART II*, verfügbar auf https://austria.iom.int (Zugriff 13. Dezember 2019). IOM Landesbüro für Österreich, *Freiwillige Rückkehr aus Österreich 2019: IOM unterstützte knapp 3.000 Menschen.* Presseaussendung, 24. Jänner 2020. Verfügbar auf https://austria.iom.int (Zugriff 29. Jänner 2020).

340 Schriftlicher Beitrag vom Bundesministerium für Inneres, Abteilung V/10 (Rückkehr/Reintegration), 31. Jänner 2020.

10 MIGRATION AND DEVELOPMENT

10.1 Mobility Partnerships

Were there any **new developments regarding your Member State's participation in the EU Mobility Partnerships (MPs)/Common Agendas on Migration and Mobility (CAMMs)** under the **Global Approach to Migration and Mobility (GAMM)?**[341] Please provide your response below according to the priority themes of the GAMM.

BETTER ORGANISING LEGAL MIGRATION AND FOSTERING WELL-MANAGED MOBILITY

Mobility Partnership / CAMM	Name of the activity	Objective(s) and nature of the activity	Funding mechanism	Period of implement-ation	Partner(s) (if any)
	Keine Angaben.				

PREVENTING AND COMBATTING IRREGULAR MIGRATION AND ERADICATING TRAFFICKING IN HUMAN BEINGS

Mobility Partnership / CAMM	Name of the activity	Objective(s) and nature of the activity	Funding mechanism	Period of implement-ation	Partner(s) (if any)
	Keine Angaben.				

MAXIMISING THE DEVELOPMENT IMPACT OF MIGRATION AND MOBILITY

Developments here could include: facilitating the positive impact of remittances, facilitating the engagement of the diaspora in development of the country of origin; efforts to mitigate brain drain, mainstreaming of migration in development policies, capacity-building in partner countries etc.

Mobility Partnership / CAMM	Name of the activity	Objective(s) and nature of the activity	Funding mechanism	Period of implement-ation	Partner(s) (if any)
	Keine Angaben.				

PROMOTING INTERNATIONAL PROTECTION AND ENHANCING THE EXTERNAL DIMENSION OF ASYLUM

Mobility Partnership / CAMM	Name of the activity	Objective(s) and nature of the activity	Funding mechanism	Period of implement-ation	Partner(s) (if any)
	Keine Angaben.				

[341] Communication 2011/743 final from the Commission to the European Parliament, the Council, the European Economic and Social Committee and the Committee of the Regions on the Global Approach to Migration and Mobility.

10.2 National actions to support migration and development

Were there any significant **new national legal / policy developments** in your Member States and or **new national projects and / or other activities** (e.g. national strategies or specific nationally-funded project) aimed at facilitating migration and development with third countries, not reported on above? Please **only report on activities implemented through national funding**. If yes, please provide a brief overview of activities by filling in the below table (add rows as needed)

Development *(Please describe)*	**Nature***
Bei der EU-Konferenz im März 2019 zur *Unterstützung der Zukunft Syriens und der Region* in Brüssel wurde von Österreich ein Beitrag von rund EUR 18,3 Millionen für die Betreuung syrischer Flüchtlinge im Libanon und in Jordanien sowie zur Umsetzung humanitärer Projekte in der Arabischen Republik Syrien zugesagt.[342] (a) Beschlossen wurde bei der Ministerratssitzung am 31. Juli 2019 eine Unterstützungsleistung von je EUR 500.000 für die Arbeit des Internationalen Komitees vom Roten Kreuz (IKRK) und der Weltgesundheitsorganisation (WHO) in den Flüchtlingslagern im Nordosten der Arabischen Republik Syrien.[343] (b) Am 11. September 2019 wurde die Auszahlung humanitärer Mittel zugunsten Hilfsaktivitäten des IKRK für syrische Flüchtlinge in Jordanien und im Libanon in Höhe von je EUR 500.000 beschlossen.[344] (c) Weiters wurde über die Austrian Development Agency (ADA) im September die Erhöhung des österreichischen Beitrags zum EU-Treuhandfonds für die Arabische Republik Syrien (15. November 2015 – 14. Dezember 2019: EUR 13,5 Millionen)[345] um weitere EUR 4 Millionen beschlossen.[346] (d) Zusätzlich wurde in der Ministerratssitzung vom 23. Oktober 2019 die Auszahlung von EUR 750.000 aus dem Auslandskatastrophenfonds (AKF), für die Koordinierung humanitärer Angelegenheiten der Vereinten Nationen (OCHA) sowie dem Hochkommissar der Vereinten	☐ Legislation ☐ Policy ☒ Projects/ Practice/Other

342 Bundesministerium für Europa, Integration und Äußeres, *Österreich unterstützt Syrien und seine Nachbarländer mit 11 Mio. Euro humanitärer Hilfe*. Presseaussendung, 14. März 2019. Verfügbar auf www.bmeia.gv.at (Zugriff 13. Dezember 2019); Schriftlicher Beitrag vom Bundesministerium für Europa, Integration und Äußeres, Sektion IV (Konsularsektion und Unternehmensservice), 26. Februar 2020.

343 Bundesministerium für Europa, Integration und Äußeres, *Alexander Schallenberg: „Österreich leistet humanitäre Hilfe für die Menschen in den syrischen Flüchtlingslagern.* Presseaussendung, 31. Juli 2019. Verfügbar auf www.bmeia.gv.at (Zugriff 13. Dezember 2019).

344 Bundeskanzleramt, *Ministerrat: Humanitäre Hilfe für Jordanien, den Libanon und Jemen beschlossen*. Presseaussendung, 11. September 2019. Verfügbar auf www.bundeskanzleramt.gv.at (Zugriff 13. Dezember 2019). Bundeskanzleramt, *Beschlussprotokoll des 10. Ministerrates vom 11. September 2019.* Verfügbar auf www.bundeskanzleramt.gv.at (Zugriff 13. Dezember 2019).

345 Austrian Development Agency, *EU Trust Fund Syrian Crisis / MADAD Fund*. Verfügbar auf www.entwicklung.at (Zugriff 30. Dezember 2019); Austrian Development Agency, *EU Trust Fund Syrian Crisis / MADAD Fund – Zweiter Betrag*. Verfügbar auf www.entwicklung.at (Zugriff 30. Dezember 2019), Schriftlicher Beitrag vom Bundesministerium für Europa, Integration und Äußeres, Sektion IV (Konsularsektion und Unternehmensservice), 26. Februar 2020.

346 Bundesministerium für Europa, Integration und Äußeres, *Alexander Schallenberg: „Zusätzliche 4 Mio. Euro für die Unterstützung syrischer Flüchtlinge vor Ort“.* Presseaussendung, 19. September 2019. Verfügbar auf www.bmeia.gv.at (Zugriff 13. Dezember 2019).

Nationen für Menschenrechte (OHCHR) für Hilfsaktivitäten in der Arabischen Republik Syrien beschlossen.[347]	
Die ADA investierte rund EUR 5 Millionen in laufende Wasserprojekte in Uganda und im Libanon, um das Leben von Flüchtlingen sowie Aufnahmegemeinden zu verbessern.[348] Ein Teil fließt unter anderem in neue Latrinenblöcke, eine Abfallverwertungsanlage und Hygieneschulungen im Flüchtlingscamp *Imvepi* in Uganda.[349]	☐ Legislation ☐ Policy ☒ Projects/ Practice/Other
Ebenso wurde seitens Österreichs EUR 500.000 aus dem Auslandskatastrophenfonds zur Verfügung gestellt, um Bangladesch bei der Betreuung von Flüchtlingen der Rohingya aus Myanmar zu unterstützen. Weiters sollen bilaterale Wirtschaftsbeziehungen und die Entwicklungszusammenarbeit gestärkt werden.[350]	☐ Legislation ☐ Policy ☒ Projects/ Practice/Other
Auch für humanitäre Hilfe in Äthiopien und Burkina Faso wurden durch den Auslandskatastrophenfonds EUR 1,4 Millionen bereitgestellt. Die durch den Klimawandel und Konflikte verstärkte humanitäre Notlage betrifft die lokale Bevölkerung sowie Binnenvertriebene und Flüchtlinge aus Nachbarregionen.[351]	☐ Legislation ☐ Policy ☒ Projects/ Practice/Other

347 Bundesministerium für Europa, Integration und Äußeres, *Alexander Schallenberg: „Österreich wird seine Anstrengungen zum Schutz der syrischen Zivilbevölkerung konsequent weiterführen."* Presseaussendung, 23. Oktober 2019. Verfügbar auf www.bmeia.gv.at (Zugriff 13. Dezember 2019).

348 Austrian Development Agency, *ADA zum Weltwassertag: Sauberes Wasser und Siedlungshygiene für Flüchtlinge*. Presseaussendung, 21. März 2019. Verfügbar auf www.entwicklung.at (Zugriff 13. Dezember 2019).

349 Austrian Development Agency, *Welttoilettentag: Wenn die Toilette zum Lebensretter wird*. Presseaussendung, 18. November 2019. Verfügbar auf www.entwicklung.at (Zugriff 13. Dezember 2019).

350 Bundesministerium für Europa, Integration und Äußeres, *Karin Kneissl zu Gast in Bangladesch.* Presseaussendung, 20. Februar 2019. Verfügbar auf www.bmeia.gv.at (Zugriff 13. Dezember 2019).

351 Bundesministerium für Europa, Integration und Äußeres, *Schallenberg: „Österreich setzt sein humanitäres Engagement in Afrika konsequent fort."* Presseaussendung, 27. November 2019. Verfügbar auf www.bmeia.gv.at (Zugriff 17. Dezember 2019).